



Zeitpolitik in Wien – Politik zur Sicherung der Lebensqualität

Machbarkeitsstudie: Kommunale Zeitpolitik und Projektideen für Wien

Ingrid Mairhuber

Roland Atzmüller

Jänner 2009

Machbarkeitsstudie im Auftrag der Magistratsabteilung 27
EU-Strategien und Wirtschaftsentwicklung
(Dezernat: Arbeit, Wirtschaft, Technologie und Forschung)

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt
A-1020 WIEN, Aspernbrückengasse 4/5
Tel.: +431 21 24 700
Fax: +431 21 24 700-77
office@forba.at
<http://www.forba.at>

INHALT

EXECUTIVE SUMMARY	1
Kommunale Zeitpolitik – Hintergründe und europäische Entwicklungen.....	1
Zeitpolitik in Wien – Politik zur Sicherung der Lebensqualität	2
1. KONZEPT: KOMMUNALE ZEITPOLITIK UND PROJEKTIDEEN FÜR WIEN.....	6
1.1. Einleitung	6
1.2. Grundsätzliche Überlegungen zur Machbarkeit von Zeitpolitik in Wien.....	7
1.3. Handlungsfelder und Problemlagen	8
1.4. Makroebene – Magistrat und Stadtpolitik	13
1.4.1. Konkrete Aktivitäten und mögliche Pilotprojekte.....	13
1.4.2. Organisationsformen und Arbeitsweisen.....	17
1.5. Meso- und Mikroebene – Bezirks- und Stadteilebene.....	19
1.5.1. Konkrete Aktivitäten und mögliche Pilotprojekte.....	20
1.5.2. Organisationsformen und Arbeitsweisen.....	21
2. AUSGANGS- UND ANSATZPUNKTE KOMMUNALER ZEITPOLITIK.....	23
2.1. Sozioökonomische Hintergründe kommunaler Zeitpolitik.....	23
2.2. Anfänge kommunaler Zeitpolitik im internationalen Vergleich	27
2.3. Ziele, Ansätze und Verfahren kommunaler Zeitpolitik	29
3. INTERNATIONALE BEISPIELE KOMMUNALER ZEITPOLITIK	31
3.1. Sondereinheit „Projekt Zeiten der Stadt“ in Bozen.....	31
3.2. „Zeitbüro“ und „Zeitleitplan“ für Rom.....	36
3.3. „Zeit/Raumpolitik“ in Florenz.....	43
3.4. Modellversuch: ZeitBüro Bremen-Vegesack	47
3.5. Hamburg: VERA – Verzeitlichung des Raumes.....	52
3.6. „Zeitbüro“ und Zeitpolitik in Paris	55

4.	<i>RECHERCHE ZUR STADT WIEN</i>	60
4.1.	<i>Zusammenfassende Ergebnisse der Dokumentenanalyse</i>	60
4.2.	<i>Zusammenfassende Ergebnisse der ExpertInneninterviews</i>	64
4.3.	<i>Zusammenfassende Ergebnisse der Fokusgruppen</i>	67
4.3.1.	<i>Fokusgruppe 1: Arbeit und Wirtschaft</i>	67
4.3.2.	<i>Fokusgruppe 2: Lokale Ebene</i>	71
5.	<i>METHODISCHE VORGEHENSWEISE</i>	77
	<i>LITERATUR</i>	81
	<i>ANHANG 1: STELLUNGNAHME VON DR. MARTINA HEITKÖTTER</i>	84
	<i>ANHANG 2: BEISPIELE FÜR CHRONOMAPS</i>	98

EXECUTIVE SUMMARY

Kommunale Zeitpolitik – Hintergründe und europäische Entwicklungen

Kommunale Zeitpolitik zielt grundsätzlich darauf ab, die alltägliche **Lebensqualität** in **zeitlicher Hinsicht** bzw. den „Zeitwohlstand“ von Menschen zu verbessern. Individuelle, persönliche Anstrengungen zur Verbesserung des Zeitmanagements greifen dafür zu kurz, denn die zeitliche Gestaltung des Alltags hängt stark von den gesellschaftlich vorgegebenen Zeitstrukturen vor Ort – etwa Erwerbsarbeitszeiten, Öffnungszeiten, Fahrpläne, Kinderbetreuungs- und Schulzeiten – ab. Während etwa die politische Relevanz der gesellschaftlichen Nutzung des Raumes traditionell ihren Niederschlag in Raumplanung und Raumordnung findet, wurde Zeitpolitik bisher entweder nicht integriert betrachtet oder stellt – so wie in einigen EU-Ländern – noch ein relativ junges politisches Handlungsfeld dar.

Die **Hintergründe** für das zunehmende Interesse an kommunaler Zeitpolitik sind in den tief greifenden **Veränderungen der gesellschaftlichen Zeitstrukturen**, die durch den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ausgelöst wurden, zu finden. Die industrielle Zeitordnung beruhte auf kollektiven Zeitmustern, wie etwa der standardisierten wöchentlichen und täglichen „Normalarbeitszeit“ – insbesondere für erwerbstätige Männer. Diese Zeitmuster verloren insbesondere durch die **Flexibilisierung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit**, durch das geänderte **Erwerbsverhalten der Frauen**, durch neue und verstärkte **Migrationsströme** sowie durch gesellschaftliche **Individualisierungstendenzen** zunehmend an Bedeutung. Vor allem mit der gestiegenen (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit von Frauen kann die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Zeiten und Zeitlogiken der Unternehmen, der öffentlichen Einrichtungen und der Privatsphäre nur mehr unter großen Schwierigkeiten erbracht werden. Verstärkt wird diese Problematik durch die Zunahme von AlleinerzieherInnen und von jungen Familien ohne Großeltern vor Ort (vor allem bei Migrationshintergrund). Da die Familien – und in ihnen die Frauen – nicht mehr als Ausgleichspuffer für Zeitkonflikte dienen (können), erfordert die Organisation des Alltags aufwändige zeitliche Abstimmungsleistungen. Erschwert wird die Bewältigung des Alltags, wenn öffentliche Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Verkehrsmittel etc. im lokalen Umfeld nach wie vor eher den „alten“ Zeitmustern folgen.

In Italien haben die Debatten über die Notwendigkeit einer expliziten Zeitpolitik und die Gestaltung der kommunalen Zeitpolitik unter dem Begriff *tempi della città* („Zeiten der Stadt“ bzw. „Stadtzeiten“) bereits in den 80er Jahren ihren Anfang genommen und sind in der Praxis auch am weitesten verbreitet. Maßgeblich beteiligt an der Entstehung kommunaler Zeitprojekte waren die politische und autonome Frauenbewegung, Gewerkschafterinnen sowie Wissenschaftlerinnen. **Ausgangspunkte** für die ersten Zeitprojekte stellten die **alltägliche Zeitknappheit der (vollzeit-)erwerbstätigen Frauen** sowie die zunehmenden Flexibilitätsanforderungen dar. Die Vereinbarkeit der Lebens-

und Arbeitsbedingungen soll u.a. durch die verbesserte zeitliche Zugänglichkeit zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen erreicht werden. **Kommunale Zeitprojekte** beziehen sich daher etwa auf die Anpassung und/oder Koordinierung der **Öffnungszeiten** von Kindergärten, Horten, Schulen, ambulanten Pflegediensten und anderen sozialen Diensten, öffentlichen Verwaltungseinrichtungen und Bibliotheken, aber auch von Angeboten der täglichen Versorgung im Stadtteil sowie Bildungs- und Kulturangeboten. Daneben spielt die bessere Befriedigung und/oder Reduzierung des **Mobilitätsbedarfs** eine wichtige Rolle. Konkrete zeitpolitische Projekte zielen auf die De-Synchronisation von Verkehrsströmen sowie die Vermeidung von Weg- und Wartezeiten ab (etwa durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Abstimmung von Fahrplänen, bürokratische Vereinfachungen und e-government, Abbau des Versorgungsgefälles zwischen Zentrum und Peripherie, Organisation von Arbeit, Wohnen und Freizeit in räumlicher Nähe). In Italien ist kommunale und lokale Zeitpolitik seit 2000 gesetzlich verankert und zu einem umfassenden Gestaltungsansatz avanciert. In vielen italienischen Kommunen wurden so genannte Zeitbüros eingerichtet und in einigen Städten Raumordnungs- und Flächenwidmungspläne durch so genannte Zeitordnungspläne ergänzt.

Im Laufe der 90er Jahre verbreitete sich das Konzept der „Stadtzeiten“ im Rahmen europäischer Kooperations- und Vernetzungszusammenhänge (etwa durch das von der EU finanzierte Eurexter-Projekt) über Italien hinaus. Neben der Entwicklung **zeitpolitischer Handlungsansätze in einzelnen EU-Ländern**, wie etwa Frankreich, entstanden auch in einzelnen deutschen Städten, wie Bremen und Hamburg, Modellprojekte und praktische Gestaltungsexperimente. Mittlerweile sind verschiedene Entwicklungen in zahlreichen europäischen Städten über den Versuchscharakter hinausgewachsen: Zum Beispiel thematisiert das „**Zeitbüro**“ in Bremen-Vegesack, das seit 1997 besteht, Zeitkonflikte und moderiert Veränderungsprozesse. Zu diesem Zweck arbeitet das Zeitbüro eng mit öffentlichen und privaten DienstleisterInnen und anderen wichtigen Organisationen vor Ort zusammen und hat entsprechende Arbeits-, Abstimmungs- und Beteiligungsstrukturen etabliert. Zentrales Handlungsfeld des Zeitbüros sind Synchronisation von Öffnungszeiten zur Innenstadtbelebung, alltagstaugliche zeitsparsame Mobilitätsstrukturen und eine stärkere BürgerInnenorientierung der Verwaltung. Im März 2005 hat weiters der Gemeinderat von Bozen einen „**Zeitordnungsplan**“ genehmigt, der nach umfassenden Gesprächen mit den BürgerInnen erarbeitet wurde. Es handelt sich dabei um ein spezifisches Planungsdokument, das der kommunalen Zeitpolitik eine neue Entwicklungsperspektive für die kommenden zehn Jahre gibt und Teil des Strategischen Entwicklungsplans der Stadt Bozen „Idee 2015“ ist.

Zeitpolitik in Wien – Politik zur Sicherung der Lebensqualität

Implizite und explizite Zeitdimensionen

Wien hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen gesetzt, um das hohe Niveau städtischer Lebensqualität zu erhalten und auszubauen. Konflikte zwischen verschiedenen

Gruppen werden durch geeignete Mediationsinstrumente (Gebietsbetreuung) bearbeitet und lokale Partizipationsprozesse gestartet (Agenda 21). Die kommunale öffentliche **Verwaltung** wurde einer **tief greifenden Modernisierung** unterzogen (Stichwort: KundInnenorientierung, Verwaltungsvereinfachung, Verbesserung der Dienstleistungsqualität) und durch die Nutzung neuer Technologien (**e-government**) bürgernäher gestaltet und damit den mannigfaltigen und vielfältigen Bedürfnissen der BewohnerInnen der Stadt näher gebracht (Bürgerservice).

Viele dieser Maßnahmen und Strategien wie auch die Probleme und Bedürfnisse, auf die sie reagieren, sind von zeitpolitischer Bedeutung bzw. tangieren explizit zeitpolitische Fragestellungen. Im Bereich der **Planung des Raumes** und seiner Überwindung durch (intelligente und nachhaltige Formen der) **Mobilität** spielt die Zeitdimension ebenfalls eine Rolle. Mobilitätsbezogene Problemlagen und Maßnahmen werden in Wien im Rahmen der Verkehrsplanung (etwa Masterplan Verkehr 2003, *Intelligent Transport System*) behandelt und umgesetzt. Zeitpolitische Dimensionen sind in der **Verwaltungsmodernisierung**, aber auch in den **alltags- und/oder frauenrelevanten Verwaltungsbereichen** und Angelegenheiten (etwa alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen, Mehrfach- und Zwischennutzung, öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen) offensichtlich.

Entwicklung eines integrierten zeitpolitischen Ansatzes

Obwohl es in Wien eine Reihe von expliziten und v.a. impliziten zeitpolitischen Maßnahmen gibt, fehlt sowohl eine **systematische öffentliche Debatte** über die (sich ändernden) Zeitstrukturen der Stadt als auch ein integrierter zeitpolitischer Ansatz, der die verschiedenen kommunalen Politikfelder aus zeitpolitischer Perspektive miteinander verknüpft und vor dem Hintergrund des Wandels der Erwerbsgesellschaft und der Geschlechterverhältnisse weiterentwickelt. Auch könnten die vielen impliziten Maßnahmen unter dem Stichwort „Zeitpolitik“ oder „Zeiten der Stadt“ politisch besser kommuniziert werden.

Handlungsfelder und Problemlagen

In der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurden eine Reihe von inhaltlichen Handlungsfeldern und konkreten Problemlagen kommunaler Zeitpolitik für Wien identifiziert (etwa ständige **Verfügbarkeit in der Arbeitswelt und Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familien-/Privatleben, Kontakte zwischen BürgerInnen und Verwaltung** sowie **BürgerInnenbeteiligung**), für die im Rahmen von zeitpolitischen Gestaltungsprojekten Lösungen gesucht werden sollten. Weiters wurden Querschnittsfragen bzw. wichtige konzeptionelle Fragen des zeitpolitischen Zugangs benannt (etwa **Dilemma der Flexibilisierung, Entschleunigung und Beschleunigung, Lebensqualität und Zeitwohlstand, Ziele und Zielgruppen**), die nicht einfach zu beantworten sind, sondern selbst Teil einer vertieften zeitpolitischen Diskussion bzw. eines zeitpolitischen Pilotprojekts in Wien sein sollten.

Organisationsformen und Arbeitsweisen

Als wesentlichste Voraussetzung für die Etablierung eines neuen kommunalpolitischen Handlungsfeldes „Zeitpolitik“ gilt ein **hochrangiges Interesse und Commitment von Politik und Verwaltung**. Weiters scheint es sinnvoll, kommunale Zeitpolitik auf zwei miteinander zu verknüpfenden Ebenen anzusiedeln. Auf der „Makroebene“ des Magistrats bzw. der Stadtpolitik sollten gewisse Rahmenbedingungen geschaffen werden (etwa Einrichtung einer „**zeitpolitischen Stelle**“, behörden- und abteilungsübergreifende Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen sowie adäquate **Einbindung der „NachfrageInnen und AnbieterInnen von Zeit“**), damit Zeitpolitik möglichst umfassend und nachhaltig etabliert werden kann. Damit werden gleichzeitig auch wesentliche Voraussetzungen für die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung von zeitpolitischen Projekten auf lokaler bzw. „dezentraler“ Ebene geschaffen.

Erste Projektideen – Magistratsebene

Bestimmte zeitpolitische Projekte, die sich auf die gesamte Stadt beziehen, sind auf der Magistratsebene anzusiedeln. Ausgangspunkte kommunaler Zeitpolitik in Wien könnten Projektideen sein, die die Transparenz und adäquate Kommunikation von Öffnungszeiten und bestehenden (expliziten wie impliziten) zeitpolitischen Maßnahmen oder auch eine Sensibilisierung für das Thema zum Ziel haben (etwa umfassende **Erhebung und Darstellung zeitpolitischer Maßnahmen, zeitpolitische Erweiterung bzw. Optimierung bestehender Stadtinformationssysteme, Sondernummer der Zeitung „wien.at“** oder **Veranstaltung zum Thema „Zeiten der Stadt“**). Auf diese Weise könnten bestehende Zeitangebote (Öffnungszeiten und zeitpolitische Maßnahmen) der Stadt Wien sowohl innerhalb des Magistrats als auch für die BewohnerInnen der Stadt sichtbar(er) gemacht sowie ein Bewusstsein geschaffen werden, dass individuelle Zeitprobleme häufig strukturelle Ursachen haben, öffentliche bzw. kollektive Zeitpläne gestaltbar und Zeitkonflikte moderierbar sind.

Insgesamt fehlen für Wien genauere, quantitative und qualitative wissenschaftliche Befunde über zeitpolitische Problemlagen – besonders mit Blick auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, aber auch auf wirtschaftliche Branchen und ökonomische Abläufe. Detaillierte **KundInnenbefragungen, Sonderauswertungen** von derzeit noch in Arbeit befindlichen Erhebungen **über die Zeitverwendung** (im Auftrag der Bundesministerin für Frauen) und zu **subjektiven Indikatoren von Zeitwohlstand** (im Auftrag des Lebensministeriums) sowie **vertiefende qualitative Untersuchungen** in einzelnen Themenbereichen, aber auch die Erstellung von dynamischen Zeitkarten, so genannten **Chronomaps der Stadt**, stellen daher ebenfalls konkrete **Projektideen** dar. Auf Basis dieser Befunde könnten dann **konkrete Gestaltungsprojekte** entwickelt und umgesetzt werden.

Eine Möglichkeit, „Zeitpolitik“ zu etablieren, besteht in der Initiierung von Leitprojekten in maßgeblichen Abteilungen (ähnlich den existierenden Gender Mainstreaming-Leitprojekten). Als ein mögliches **Pilotprojekt** wurde **das neue Sozialmedizinische**

Zentrum Nord genannt. Hier sollte bereits bei der Planung die Zeitdimension (etwa Ambulanzzeiten) mitbedacht und gestaltet werden.

Eher langfristig angelegte Projektideen betreffen die Schaffung eines *Diskussionsforums für „Zukunftsfragen, Zeitpolitik und Lebensqualität“* oder auch von *Instrumenten zu „Zeitfolgenabschätzung“ und „Timebudgeting“*.

Erste Projektideen – dezentrale Ebene

Die *lokale bzw. „dezentrale“ Ebene* spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Erfassung konkreter Zeitnöte und -konflikte und bei der Umsetzung zeitpolitischer Gestaltungsprojekte, da hier Pilotprojekte – gemeinsam mit den BürgerInnen – entwickelt und nach einer Testphase auch auf andere Stadtteile oder Bezirke ausgeweitet werden können. Dennoch bedarf es auch auf dieser Ebene entsprechender organisatorischer Rahmenbedingungen und vor allem der *Vernetzung und Kooperation relevanter AkteurInnen vor Ort*. Anregungen für zeitpolitische Projekte könnten von der Makroebene (etwa von einer „zeitpolitischen Stelle“) ausgehen; größere stadtnahe Institutionen oder die Bezirksvorstehungen, die Gebietsbetreuung und die Agenda 21 kommen als mögliche InitiatorInnen bzw. TrägerInnen in Frage.

Im Rahmen der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurden auch für diese Ebene *konkrete Projektideen* identifiziert. Diese beziehen sich auf die Erhebung der unterschiedlichen Zeitstrukturen bzw. konkreter Zeitprobleme (etwa: *„Was bedeutet Zeit im Tagesablauf für WienerInnen“* – im Zusammenhang mit der Evaluierung des „Mariahilfer Platzls“) sowie auf die Verbesserung der Transparenz von Öffnungszeiten vor Ort (etwa *Erweiterung der Bezirkspläne um zeitliche Informationen*).

Ein *breit angelegtes Pilotprojekt auf Bezirksebene*, das unterschiedliche Zeitstrukturen bzw. Zeitprobleme vor Ort analysiert, den konkreten Handlungsbedarf identifiziert sowie in Kooperation mit allen relevanten AkteurInnen – auf kommunaler und Bezirksebene – konkrete Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet und deren Umsetzung betreibt, könnte ein erster konkreter Schritt der Etablierung von kommunaler Zeitpolitik in Wien sein.

1. KONZEPT: KOMMUNALE ZEITPOLITIK UND PROJEKTIDEEN FÜR WIEN

1.1. Einleitung

Zeitpolitik zielt grundsätzlich darauf ab, die alltägliche Lebensqualität in zeitlicher Hinsicht bzw. den „Zeitwohlstand“ von Menschen zu verbessern. Klagen über Zeitmangel und Zeitkonflikte sind zum Allgemeinplatz geworden. Individuelle Anstrengungen zur Verbesserung des Zeitmanagements greifen aber zu kurz. Die zeitliche Gestaltung des Alltags hängt nämlich stark von den gesellschaftlich vorgegebenen Zeitstrukturen vor Ort ab – etwa Erwerbsarbeitszeiten, Öffnungszeiten, Fahrpläne, Kinderbetreuungs- und Schulzeiten. Daher ist Zeitpolitik vor allem auch eine kommunalpolitische Aufgabe (Heitkötter 2007). Doch während etwa die politische Relevanz der gesellschaftlichen Nutzung des Raumes traditionell ihren Niederschlag in Raumplanung und Raumordnung findet, wurde Zeitpolitik bisher entweder nicht integriert betrachtet oder stellt – so wie in einigen EU-Ländern – noch ein relativ junges politisches Handlungsfeld dar (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen 2000).

Das vorliegende Konzept „Kommunale Zeitpolitik und Projektideen für Wien“ stellt den Kern der im Auftrag der Magistratsabteilung 27 EU-Strategien und Wirtschaftsentwicklung (Dezernat: Arbeit, Wirtschaft, Technologie und Forschung) erstellten Machbarkeitsstudie dar. Ziel dieses Konzepts ist es einerseits, mögliche Handlungsfelder und Problemlagen kommunaler Zeitpolitik für Wien darzustellen, andererseits mögliche Organisationsformen und Arbeitsweisen zu erörtern sowie Vorschläge für konkrete Aktivitäten und Projektideen zu machen. Das Konzept soll damit auch eine Grundlage für politische Entscheidungen zum möglichen Handlungsfeld „kommunale Zeitpolitik“ sein.

Das Konzept beruht auf der integrierten Bearbeitung der Ergebnisse, die im Rahmen der Machbarkeitsstudie erzielt wurden. Im Zeitraum zwischen Juni und November 2008 wurden sechs internationale Fallstudien, 19 leitfadengestützte Interviews – vor allem mit ExpertInnen des Magistrats – sowie zwei explorative Fokusgruppen – eine mit ExpertInnen aus dem Bereich „Arbeit und Wirtschaft“ in Wien und eine mit VertreterInnen der „dezentralen“ Bezirksebene von Wien – gemacht. Darüber hinaus fanden sowohl die Stellungnahme der deutschen zeitpolitischen Expertin Martina Heitkötter¹ zum „vorläufigen Konzept der Machbarkeit“ als auch die Diskussionsbeiträge der Begleitgruppe Berücksichtigung.

Im Zuge der empirischen Forschungsarbeit wurden sehr viele Informationen und ExpertInnenwissen sowohl über explizite und vor allem implizite zeitpolitische Maßnah-

¹ Martina Heitkötter ist Gründungs- und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, wissenschaftliche Expertin auf dem Gebiet der „lokalen Zeitpolitik“ und ehemalige Leiterin des ZeitBüros Bremen-Vegesack.

men in Wien als auch hinsichtlich von Problemlagen und Projektideen gesammelt. Angesichts der Vielschichtigkeit des Themas und der Größe der Stadt Wien bzw. des Wiener Magistrats (und seiner Bezirke) können die vorliegenden Ergebnisse aber nur erste Ausgangspunkte für die Etablierung einer umfassenden und vor allem expliziten kommunalen Zeitpolitik in Wien darstellen. Weiterführende und umfassende Recherchen, Analysen und Darstellungen vor allem von impliziten zeitpolitischen Ansätzen und Maßnahmen sowie von konkreten zeitlichen Problemlagen in Wien sind daher auch Teil der nachfolgenden Projektvorschläge.

1.2. Grundsätzliche Überlegungen zur Machbarkeit von Zeitpolitik in Wien

Obwohl es in Wien eine Reihe von expliziten, aber vor allem auch impliziten zeitpolitischen Maßnahmen gibt, sind diese sowohl innerhalb des Magistrats (zwischen den verschiedenen Ressorts und Abteilungen) als auch in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt bzw. werden nicht ausreichend kommuniziert. Darüber hinaus fehlt sowohl eine systematische öffentliche Debatte um die (sich ändernden) Zeitstrukturen der Stadt als auch ein integrierter zeitpolitischer Ansatz, um die verschiedenen kommunalen Politikfelder in zeitlicher Hinsicht miteinander zu verknüpfen und vor dem Hintergrund des kontinuierlichen Wandels der Erwerbsgesellschaft und der Geschlechterverhältnisse weiterzuentwickeln. In der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurden auch eine Reihe von inhaltlichen Handlungsfeldern und konkreten Problemlagen kommunaler Zeitpolitik für Wien identifiziert, für die im Rahmen von zeitpolitischen Gestaltungsprojekten Lösungen gesucht und deren Umsetzung betrieben werden sollte.

Aus den durchgeführten Erhebungen, Diskussionen und Analysen wird offensichtlich, dass kommunale Zeitpolitik auf zwei Ebenen ansetzen sollte. Zum einen sollten auf der „Makroebene“ des Magistrats bzw. der Stadtpolitik gewisse Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Zeitpolitik möglichst umfassend und weit reichend als „neues“ kommunalpolitisches Thema etabliert werden kann. Damit werden zum anderen gleichzeitig auch wesentliche Voraussetzungen für die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung von zeitpolitischen Projekten auf lokaler bzw. „dezentraler“ Ebene geschaffen. Daraus folgt, dass einerseits bestimmte zeitpolitische Projekte, die sich auf die gesamte Stadt beziehen, auf der Magistratsebene anzusiedeln sind. Andererseits ist aber hervorzuheben, dass die lokale bzw. „dezentrale“ Ebene (Meso- oder Mikroebene) eine sehr wichtige Rolle spielt, wenn es um die Erfassung von Zeitnöten und -konflikten sowie um die Umsetzung von zeitpolitischen Gestaltungsprojekten geht, da dort Pilotprojekte – gemeinsam mit den BürgerInnen – entwickelt und nach einer Testphase auch auf andere Stadtteile bzw. Bezirke ausgeweitet werden können.

Wie von Martina Heitkötter festgehalten wurde, entspricht der Mehrebenenansatz sowohl der zeitpolitischen Praxis als auch dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion der Zeitpolitikforschung. Darüber hinaus ist jedoch die adäquate Vernetzung und Verzahnung dieser beiden Ebenen vor allem im Hinblick auf einen entsprechenden Informationsaustausch sehr wichtig. Diese Aufgabe könnte von einer einzurichtenden „zeitpolitischen Stelle“ übernommen werden.

Bevor auf die beiden Ebenen näher eingegangen wird und einerseits Organisationsformen und Arbeitsweisen und andererseits erste konkrete Aktivitäten und Projektideen ausgeführt werden, folgt zunächst die Skizzierung der Handlungsfelder und Problemlagen, die sich aus den Ergebnissen der ExpertInneninterviews und Fokusgruppen für Wien ableiten lassen. Da in einzelnen Bereichen bereits mögliche Lösungsansätze diskutiert wurden, werden auch diese angeführt. Konkrete Gestaltungsprojekte, die im Rahmen kommunaler Zeitpolitik für Wien entwickelt werden sollten, könnten an diese Diskussionen anknüpfen.

Für alle drei Dimensionen des vorliegenden Konzepts, nämlich Handlungsfelder und Problemlagen, Organisationsformen und Arbeitsweisen sowie konkrete Aktivitäten und Projektideen finden sich zahlreiche, vor allem internationale Beispiele an entsprechender Stelle im Projektbericht. Auf eine Darstellung innerhalb des Konzepts wurde weitestgehend verzichtet, um dessen Umfang in Grenzen zu halten.

1.3. *Handlungsfelder und Problemlagen*

Die identifizierten inhaltlichen Handlungsfelder und konkreten Problemlagen lassen sich grob in drei Bereiche unterteilen: Arbeit und Wirtschaft, Verwaltung, BürgerInnenkontakte und Partizipation sowie Querschnittsfragen.

Arbeit und Wirtschaft

- Im Kontext der zunehmenden Flexibilisierung von Arbeits- und Betriebszeiten, neuer Beschäftigungsformen und der „Entgrenzung der Erwerbsarbeit“ nehmen die Anforderungen an die **Verfügbarkeit der Erwerbstätigen** massiv zu. Auch der vermehrte Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien trägt wesentlich zu diesem immer wieder angesprochenen Problem bei. Dabei bezieht sich das Problem der ständigen Verfügbarkeit nicht nur auf ArbeitnehmerInnen, sondern ist auch für Wiener UnternehmerInnen selbst (etwa im Kontext der Diskussion um die Ladenöffnungszeiten für kleine Handelsgeschäfte) ein Thema. Hervorzuheben ist weiters, dass auch von den Beschäftigten des Magistrats und anderen öffentlichen Einrichtungen (also so genannten „ZeitanbieterInnen“) die Frage ihrer eigenen Verfügbarkeit immer wieder als Problem angesprochen wurde. Die Stadt Wien könnte hier einerseits als Dienstgeberin, Anbieterin und Auftraggeberin von Dienstleistungen bzw. dort, wo kommunale Hoheit besteht, auf eine Begrenzung der ständigen Verfügbarkeit hinwirken. Andererseits sollte Wien als politischer „Zeitgestalter“ diese Problematik explizit thematisieren bzw. konkrete Positionen erarbeiten (etwa in Zusammenarbeit mit der „Allianz für den freien Sonntag“²) und diesbezüglich auch den Einfluss von Wien als Bundeshauptstadt auf die politische Diskussion in Österreich geltend machen.

² Die „Allianz für den freien Sonntag“ wurde am 3.10.2001 offiziell gegründet und umfasst 54 Mitgliederorganisationen (z.B. Katholische Sozialakademie, ÖGB und Fachgewerkschaften, Wirtschaftsforum der Führungskräfte). Sie arbeitet daran, „Bewusstsein für den sozialen Wert gemeinsamer freier Zeit zu schaffen“ (www.freiersonntag.at).

- Die veränderten und vor allem zeitlich entgrenzten Anforderungen der Arbeitswelt haben massive Auswirkungen auf andere Lebensbereiche und hier vor allem auf die **Vereinbarkeit der Erwerbstätigkeit mit dem Familien-/Privatleben**. Auch wenn in Wien die Situation der öffentlich angebotenen Kinderbetreuung – vor allem im Verhältnis zu Rest-Österreich – überwiegend positiv ist, besteht vor allem im Bereich der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern, bei privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch im Fall von kurzfristig auftretenden Ausnahmesituationen (Ausfall von Schulstunden, Krankheit etc.) Handlungsbedarf. Vereinbarkeitsprobleme bestehen aber auch im Hinblick auf die Pflege von hilfs- und pflegebedürftigen kranken oder behinderten Angehörigen. Darüber hinaus stellen Arbeitszeiten, die keine Rücksicht auf familiäre Angelegenheiten nehmen – etwa Besprechungstermine in den Abendstunden oder zu wichtigen „familiären“ Terminen (wie Schulbeginn, Zeugnisverteilung) –, ein Problem dar. Hier wären eine Erweiterung des (flexiblen) Angebots im Kinderbetreuungsbereich (auch auf betrieblicher Ebene), mehr Ganztagschulen, eine Verbesserung der Zusammenarbeit von Betrieben mit öffentlichen Einrichtungen sowie eine bessere Berücksichtigung von außerberuflichen Lebensbereichen am Arbeitsplatz notwendig. (Konkrete zeitpolitische **Gestaltungsprojekte** könnten hier ansetzen.)
- Die „entgrenzte“ Erwerbsarbeit bzw. die ständige Verfügbarkeit für die Erwerbsarbeit schafft das Problem steigender Anforderungen an **Aus- und Weiterbildung und die Notwendigkeiten des „Lebenslangen Lernens“**. Viele ArbeitnehmerInnen, aber auch UnternehmerInnen sind gezwungen, Weiterbildungsaktivitäten in die Freizeit zu verlagern, was ebenfalls Fragen der Work-Life-Balance und der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie aufwirft. Auch hier spielt die Frage der Kinderbetreuung eine bedeutende Rolle. Jedoch stößt der steigende Anpassungsdruck aller Arbeits- und Lebensbereiche an die „entgrenzte Erwerbsarbeit“ (etwa in Form einer weiteren Ausdehnung von Öffnungszeiten) auf starke Kritik. Im Rahmen der empirischen Arbeit der Machbarkeitsstudie wurden zwar keine konkreten Lösungsansätze genannt, dies könnte jedoch Aufgabe von kommunaler Zeitpolitik oder eines konkreten Pilotprojektes sein.
- **Generationengerechtes Arbeiten**: Hier ist insbesondere auf Probleme alternsgerechter Arbeitsverhältnisse zu verweisen, die in zunehmendem Maße eine Herausforderung an die Wirtschaft darstellen („diachrone Perspektive“). Unternehmen müssen sich darauf einstellen, dass die Anzahl älterer Arbeitskräfte in den nächsten Jahren zunehmen wird. Das stellt neue Anforderungen an die Gestaltung der Arbeitsplätze, an Probleme der Weiterbildung und Umschulung und insbesondere an die Gestaltung der Arbeitszeiten. Die angesprochenen Problemlagen weisen zwar in vielerlei Hinsicht über die kommunale Ebene hinaus. Aus Perspektive präventiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ergeben sich hier aber auch Fragestellungen für kommunale Institutionen, wie sie Unternehmen, aber auch Arbeitskräfte bei der alternsgerechten Gestaltung der Arbeit unterstützen können.

Verwaltung, BürgerInnenkontakte und Partizipation

- Ein wichtiges, in vielen Gesprächen und Diskussionen auftauchendes Thema war die erfolgreiche Einführung von e-government. Basierend auf den positiven Erfahrungen wurde die Weiterentwicklung dieses Verwaltungsinstruments angeregt – Letzteres auch aus der Perspektive der Wirtschaft. Die Erleichterung bürokratischer Abläufe ist – so ein immer wieder angesprochener Punkt – aus Wirtschaftsperspektive nämlich weiterhin ein Thema. Der ***Weiterentwicklung von e-government*** wurde hier eine wichtige Bedeutung zugeschrieben. Insbesondere wurde angeregt, das One-stop-shop-Prinzip für möglichst viele Bereiche (etwa für Personalfragen wie Anmeldung bei der Krankenversicherung, Krankmeldung, Lohnverrechnung) einzuführen. Dafür ist aber – unter Berücksichtigung des Datenschutzes – eine weitere Vernetzung unterschiedlicher Stellen notwendig. Im Kontext der Diskussionen um die Möglichkeiten des e-government wurde aber auch auf jene Bevölkerungsgruppen verwiesen, die nicht Internet-affin sind. Hier stellt sich die Frage, wie diese Personen bei Verwaltungskontakten in dezentralen Strukturen unterstützt werden können (öffentlich zugängliche PCs in Bezirks- oder Postämtern, Unterstützung bei der Bearbeitung von Formularen durch dortiges Personal). (Konkrete zeitpolitische ***Gestaltungsprojekte*** könnten hier ansetzen.)
- Beim direkten ***Kontakt zwischen BürgerInnen und Verwaltung*** treten ebenfalls zeitpolitische Probleme auf. Insbesondere im lokalen bzw. „dezentralen“ Bereich ergeben sich diese in der Frage des Umgangs mit, der Einbindung von und der konkreten Arbeit für die BürgerInnen. Das heißt, die Menschen in der kommunalen und lokalen Verwaltung sind – vor allem angesichts der gestiegenen Erwartungshaltung und der veränderten Politik – selbst immer stärker Zeitproblemen ausgesetzt, da die BürgerInnen eine möglichst rasche Beantwortung ihrer Fragen oder Bearbeitung ihrer Anliegen erwarten. Gleichzeitig ist die „langsame Bürokratie“ noch immer ein Thema. Die Schaffung von mehr Transparenz bei Verwaltungsabläufen, sodass BürgerInnen eventuell sogar online erfahren könnten, in welchem Bearbeitungsstadium bestimmte Projekte sind, könnte ein mögliches Verbesserungsinstrument darstellen. (Konkrete zeitpolitische ***Gestaltungsprojekte*** könnten hier ansetzen.)
- Partizipationsprozesse und die ***Beteiligung von BürgerInnen*** sind nicht nur ein zentraler Aspekt von Zeitpolitik, sondern selbst ein zeitpolitisches Problemfeld. Einerseits ist die Bereitschaft bzw. Möglichkeit der BürgerInnen zur Partizipation stark von individuellen Zeitbudgets und den unterschiedlichen zeitlichen Rhythmen verschiedener Bevölkerungsgruppen beeinflusst. So ist es etwa für PensionistInnen ein geringeres Problem, sich am Vormittag zu bestimmten Aktivitäten zu treffen, während Erwerbstätige eher auf die Abendstunden verwiesen sind. Konkrete Beteiligungsaktivitäten, wie z.B. Sitzungen, dürfen auch nicht zeitlich ausufern. Aufgrund der Veränderungen in der Arbeitswelt, der Flexibilisierung und Veränderung der Lage von Arbeitszeiten vieler Gruppen wird der (zeitliche) Raum für gemeinsame Partizipationsprozesse zudem mehr und mehr fragmentiert. Andererseits sind Beteiligungsprozesse meist sehr zeitintensiv und werden auch als „Zeitfresser“ etwa bei der Umsetzung von konkreten Vorhaben wahrgenommen. Es geht aber auch um die Frage des (hohen) zeitlichen Aufwands für die einzelnen Menschen, die sich an

solchen Prozessen beteiligen und insbesondere für jene Menschen, die für diese verantwortlich sind (etwa in der kommunalen und lokalen Verwaltung).

Querschnittsfragen

Neben diesen konkreten inhaltlichen Handlungsfeldern und Problemlagen konnten auch Themenbereiche identifiziert werden, die in erster Linie wichtige konzeptionelle Fragen des zeitpolitischen Zugangs berühren.

- ***Dilemma der Flexibilisierung:*** Einerseits wird gefordert, der Flexibilisierung in der Arbeitswelt und den Forderungen nach ständiger Verfügbarkeit entgegenzuwirken, was konkret bedeuten kann, dass etwa die Öffnungszeiten von Kindergärten sich nicht an den Bedürfnissen der Unternehmen bzw. den entgrenzten Arbeitszeiten orientieren sollen, da dadurch möglicherweise Anreize geschaffen werden, die Flexibilisierungstendenzen weiter zu verstärken. Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen flexiblen Arbeitszeiten und erhöhter Verfügbarkeit ausgesetzt sind, entsteht dadurch andererseits die Gefahr, dass die Menschen derartige Vereinbarkeitsprobleme individuell lösen müssen bzw. unter extremen „Zeitdruck“ kommen. Das Dilemma der Flexibilisierung ist keineswegs einfach aufzulösen, könnte und sollte aber Teil einer vertieften Diskussion über die Ziele von kommunaler Zeitpolitik in Wien sein.
- ***Diachrone (langfristige Perspektive) und synchrone Zeit (Gegenwart):*** Bei der Analyse der durchgeführten Interviews und Diskussionen kamen zwei zeitliche Achsen zum Vorschein, die zeitpolitische Strategien berücksichtigen sollten. Diachrone Dimensionen ergeben sich, weil – etwa basierend auf Projektionen zukünftiger Entwicklungen – langfristige Pläne der Stadtgestaltung entwickelt werden müssen. D.h., es müssen Entscheidungen getroffen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Leben der Menschen in der Zukunft betreffen. Im Idealfall ermöglichen derartige Rahmenbedingungen den BürgerInnen, langfristige Entscheidungen zu treffen und ihre Biografie zu planen (in diesem Kontext ist etwa auf die altersgerechte und alternsgerechte Gestaltung von Wohnanlagen zu verweisen). Synchrone Dimensionen von Zeitpolitik betreffen quasi das zeitpolitische Tagesgeschäft, weil es darum geht, die Menschen bei der Bewältigung der Anforderungen verschiedener alltäglicher gesellschaftlicher Bereiche (Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung etc.) durch eine adäquate Planung der städtischen Umwelt und eine zeitliche Koordinierung der unterschiedlichen Lebensbereiche zu unterstützen. In vielen der bereits genannten Felder geht es darum zeitliche Rhythmen unterschiedlicher Gruppen je nach ihren Bedürfnissen zu gestalten und zu koordinieren.
- ***Entschleunigung und Beschleunigung:*** Aus den Interviews und Diskussionen wie auch den internationalen Fallbeispielen geht hervor, dass die notwendigen Veränderungen der gegenwärtigen zeitlichen Strukturen und Rhythmen nicht einfach nur mit dem Begriff Beschleunigung beschrieben werden können. Bereichen, in denen BürgerInnen eine Beschleunigung begrüßen (Bearbeitung von Verwaltungskontakten, öffentlicher Verkehr usw.), stehen Bereiche gegenüber, in denen Entschleunigung gewünscht wird (z.B. weniger allgemeine Verfügbarkeit und Termindruck). Damit

resultiert zeitpolitischer Handlungsbedarf v. a. aus der zunehmenden Diversität und Heterogenität unterschiedlicher Zeitlichkeiten und zeitlicher Anforderungen und den daraus resultierenden Friktionen und Abstimmungsproblemen, die nicht zuletzt von Prozessen der Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeit und wirtschaftlichen Prozessen herrühren. Das erschwert das Gleichgewicht zwischen verschiedenen Lebensbereichen und ihre Vereinbarkeit (etwa im Bereich Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung). Zeitpolitik bedeutet also auch, eine richtige Balance zwischen Beschleunigung und Entschleunigung zu finden.

- **Lebensqualität und Zeitwohlstand:** Zeitpolitik ist ein besonderer Aspekt der Diskussionen um Lebensqualität, die auf europäischer Ebene z.B. im Kontext der Diskussionen um das europäische Sozialmodell geführt werden. Die Dimension Zeit ermöglicht hier einen spezifischen Zugang, da sie gewissermaßen „abstrakt“ ist, also von allzu konkreten, vielleicht als bevormundend wahrgenommenen Vorstellungen über Lebensweisen etc. absieht und die Frage der zeitlichen Budgets und unterschiedlichen Rhythmen verschiedener Lebensbereiche in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Durch die Bearbeitung zeitpolitischer Probleme kann trotzdem Raum für „qualitative“ Diskussionen über den Inhalt bestimmter Politikbereiche geschaffen werden, da im Idealfall der Druck, die zeitlichen Anforderungen unterschiedlicher Bereiche managen zu müssen, gelindert oder gar von den BürgerInnen genommen werden kann. Zeitpolitik könnte daher ein wichtiges sozialpolitisches Instrument in einer pluralen und multikulturellen Gesellschaft sein. Das Konzept bzw. der Begriff Zeitwohlstand (Rinderspacher 2002) kann einerseits als Ergänzung zu Güterwohlstand verstanden werden und definiert sich andererseits als Gegenbegriff zu Zeitnot und Zeitdruck. Zeitwohlstand hat eine individuelle und eine gesellschaftlich-kollektive Dimension. Aus der Perspektive von Einzelpersonen umfasst Zeitwohlstand laut Manfred Garhammer (2000) als Element der Lebensqualität die Verfügung über individuelle Zeitressourcen und -spielräume im Privat-, Arbeits- und im öffentlichen Leben. Aus gesellschaftlicher Perspektive sind darüber hinaus aber auch kollektive Rhythmen und so genannte Zeitinstitutionen (etwa Feierabend, Wochenende, Urlaub) von größter Bedeutung, denn erst diese ermöglichen gemeinsame soziale Zeit für Familie, Muße, Hobby und Kultur sowie soziales Engagement und politische Beteiligung. Zeitwohlstand ist somit auch eine wesentliche Voraussetzung für Erhalt und Aufbau von Sozialkapital.³ Auf österreichischer Bundesebene wird das Thema Zeitwohlstand aktuell im Rahmen der „Allianz für den freien Sonntag“ (www.freiersonntag.at), aber auch vom „Lebensministerium“ im Zuge der Debatte um „Nachhaltige Entwicklung“ thematisiert und bearbeitet.
- **Zielgruppenspezifische Orientierung:** „Zeit“ stellt sich für verschiedene Gruppen von Menschen unterschiedlich dar, und implizites wie explizites zeitpolitisches Handeln wirkt sich auf verschiedene Gruppen auch unterschiedlich aus. Daher sollte die Zeitdimension zielgruppenspezifisch erfasst und gestaltet werden. Im Rahmen der

³ Hanappi et al. (2009:18) stellen in ihrer Studie „Ageing Society“ fest, dass Sozialkapital relativ resistent gegenüber ökonomischen Krisen ist und empfehlen der Stadtpolitik daher die „Unterstützung des Aufbaus von Sozialkapital in ganz besonderem Ausmaß“.

Diskussion mit den ExpertInnen in Wien wurde daher „Zeit“ als ein wesentlicher Faktor von Chancengleichheit bzw. Benachteiligung identifiziert. Damit stellt sich die Frage, auf welche Zielgruppen kommunale Zeitpolitik insbesondere abzielen sollte bzw. könnte. In den Diskussionen mit ExpertInnen in Wien wurden „benachteiligte“ Menschen allgemein, aber insbesondere Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Alleinerziehende als Zielgruppen identifiziert. Martina Heitkötter weist zudem auf den grundlegenden Unterschied zwischen erwerbstätigen Menschen und Menschen mit einem Zuviel an häufig entwerteter Zeit (etwa Langzeitarbeitslose oder ältere, isoliert lebende Menschen) hin.

1.4. Makroebene – Magistrat und Stadtpolitik

Obwohl die „Zeitdimension“ in Wien auf kommunalpolitischer Ebene jedenfalls implizit (Raumplanung und Stadtentwicklung) und in manchen Bereichen auch explizit (etwa Verkehr und Mobilität, e-government, alltags- und frauenrelevante Bereiche und Angelegenheiten) eine Rolle spielt, besteht unter den ExpertInnen, die im Rahmen der Machbarkeitsstudie befragt wurden, weitgehend Konsens darüber, dass die „Zeitdimension“ stärker und vor allem expliziter sowohl in den jeweiligen Aufgaben- und Tätigkeitsbereich als auch in andere kommunalpolitische Handlungsfelder bzw. in die Kommunalpolitik insgesamt integriert werden soll.

Damit Zeitpolitik möglichst umfassend und weit reichend als „neues“ kommunalpolitisches Thema etabliert werden kann, ist die Schaffung gewisser Rahmenbedingungen auf der „Makroebene“ des Magistrats bzw. der Stadtpolitik notwendig. Damit werden auch wesentliche Voraussetzungen für die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung von zeitpolitischen Projekten auf lokaler bzw. „dezentraler“ Ebene geschaffen. Gleichzeitig sind Pilotprojekte und konkrete zeitpolitische Aktivitäten aber auch auf Magistratsebene möglich und erforderlich. Im Folgenden werden daher sowohl konkrete Aktivitäten und mögliche Pilotprojekte als auch Organisationsformen und Arbeitsweisen auf Magistratsebene dargestellt.

1.4.1. Konkrete Aktivitäten und mögliche Pilotprojekte

Bei den konkreten Aktivitäten und möglichen Pilotprojekten, die sich auf Basis der Interviews und Diskussion mit den ExpertInnen in Wien ergeben, lässt sich grob zwischen kurz- und eher längerfristigen Perspektiven unterscheiden.

Folgende Aktivitäten und Prozesse könnten *am Anfang von kommunaler Zeitpolitik* in Wien stehen:

Transparenz und Kommunikation von Öffnungszeiten und zeitpolitischen Maßnahmen

Wie sich im Rahmen der Machbarkeitsstudie zeigte, gibt es im Wiener Magistrat zahlreiche zeitpolitische Maßnahmen bzw. spielt die Dimension Zeit in vielen Bereichen explizit (etwa e-government, alltags- und frauenbezogene Bereiche oder Angelegenheiten, Mobilität und Verkehr), aber vor allem implizit (Raumplanung und Stadtentwicklung) eine Rolle. Da es im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie jedoch nicht möglich war, alle zeitpolitischen Maßnahmen und Dimensionen aufzuspüren oder zu dokumentieren, könnte die *umfassende Erhebung und Darstellung zeitpolitischer Maßnahmen* ein erstes *zeitpolitisches Pilotprojekt* auf Magistratsebene sein. Das würde die zeitpolitische Dimension kommunalen Verwaltungshandelns einerseits nach innen sichtbarer und bewusster machen. Andererseits sollte diese Erhebung und Darstellung aber auch adäquat nach Außen kommuniziert werden. Damit könnte gleichzeitig auch ein erster Schritt in Richtung Sensibilisierung für das Thema „kommunale Zeitpolitik“ gemacht und mehr zeitpolitisches Bewusstsein geschaffen werden (siehe weiter unten).

In diesem Zusammenhang stehen auch zwei weitere, kurzfristig umsetzbare *Projektideen*, die sich ebenfalls auf die Transparenz und Kommunikation beziehen. Konkret geht es darum, die Informationen der Stadt Wien über bestehende Zeitangebote (vor allem Öffnungszeiten) zu erweitern bzw. den Informationsfluss zu verbessern. Hier würde einerseits die Möglichkeit bestehen, *Stadtinformationssysteme gezielt um die zeitliche Perspektive* (insbesondere als Suchkategorie) zu *erweitern* und/oder diese sichtbar(er) zu gestalten. Andererseits wurde der Vorschlag gemacht, eine *Sondernummer* oder auch einen Sonderteil *der Zeitung „wien.at“ dem Thema „Zeiten der Stadt“* zu widmen und hier vor allem über die Öffnungs- und KundInnenverkehrszeiten der bestehenden Angebote der Stadt zu informieren.

Sensibilisierung für das Thema

Die internationalen Beispiele und die Erfahrungen im Zuge der empirischen Arbeit der Machbarkeitsstudie in Wien zeigen, dass eine wesentliche Aufgabe und gleichzeitig Voraussetzung für eine erfolgreiche Etablierung von kommunaler Zeitpolitik die Sensibilisierung für das Thema ist. Das heißt, es geht darum, die Zeitdimensionen – vor allem im Hinblick auf die permanente Dynamik in der Stadtentwicklung – sichtbar zu machen. Weiters ist es notwendig, im Magistrat, aber auch bei anderen AkteurInnen und bei der Bevölkerung selbst, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass individuell erlebte Zeitprobleme häufig strukturelle Ursachen haben, öffentliche bzw. kollektive Zeitpläne gestaltbar bzw. veränderbar und Zeitkonflikte moderierbar sind. In diesem Kontext spielen auch Untersuchungen und Erhebungen zu den zeitlichen Strukturen und Rhythmen der Stadt eine entscheidende Rolle.

Zur zeitpolitischen Sensibilisierung innerhalb des Magistrats kann auf bewährte Formen der innerorganisatorischen Kommunikation und Informationsvermittlung (Informationsveranstaltungen, Weiterbildungsaktivitäten etc.) zurückgegriffen werden. Die Formen zeitpolitischer Sensibilisierung, die auch andere AkteurInnen und/oder BürgerInnen ansprechen, hängen auch von den unterschiedlichen Formen der Einbindung dieser Gruppen ab. Ein erstes *Pilotprojekt* könnte hier die Gestaltung einer Ausstellung oder einer hochrangigen *Veranstaltung zum Thema „Zeiten der Stadt“* (z.B. im Rahmen der Wiener Vorlesungen) oder die bereits erwähnte Sondernummer der Zeitung „wien.at“ mit einer inhaltlichen Schwerpunktsetzung sein.

Erhebung der zeitlichen Strukturen und Problemlagen

Die Analysen der internationalen Beispiele, aber auch die Interviews und Diskussionen mit den ExpertInnen in Wien ergaben, dass eine umfassende Erhebung der zeitlichen Strukturen und Problemlagen und ihrer Dynamik in Wien eine zentrale ***Voraussetzung für die Entwicklung konkreter zeitpolitischer Gestaltungsprojekte*** und Maßnahmen darstellt. Obwohl im Rahmen der Machbarkeitsstudie einige zeitpolitische Handlungsfelder und Problemlagen grob umrissen werden konnten, fehlen genaueres Wissen bzw. quantitative und qualitative Befunde. Das gilt besonders mit Blick auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, aber auch auf wirtschaftliche Branchen und ökonomische Abläufe. Angeregt wurde zu erheben, wie die Zeitbudgets und zeitlichen Rhythmen „durchschnittlicher“, die Diversität und Pluralität der Stadt abbildender BürgerInnen in Wien aussehen und wo sich besondere zeitliche Bedürfnisse und Problemlagen ergeben. Ausgangspunkt dafür könnte die von der Bundesministerin für Frauen in Auftrag gegebene neue Zeitverwendungserhebung sein. Mit Hilfe dieser Erhebung kann dargestellt werden, wie viel Zeit verschiedene Bevölkerungsgruppen für die unterschiedlichen Tätigkeiten pro Tag aufwenden (so genannte objektive Indikatoren von Zeitwohlstand). Erste Ergebnisse der Zeitverwendung 2008/2009 – auch auf Bundesländerebene – werden ab Herbst 2009 vorliegen (www.statistik.gv.at). Darüber hinaus hat das Lebensministerium im Dezember 2008 eine Befragung zu subjektiven Indikatoren von Zeitwohlstand beauftragt. Hier werden die ÖsterreicherInnen z.B. gefragt, wie zufrieden sie mit der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit sind, oder welchem Zeitdruck sie ausgesetzt sind. Eine Auswertung der Befragungsergebnisse wird aber erst im Jahr 2010 vorliegen. ***Sonderauswertungen über die Zeitverwendung und zu den subjektiven Indikatoren von Zeitwohlstand für Wien sowie vertiefende qualitative Untersuchungen*** in einzelnen Themenbereichen stellen weitere wichtige ***Projektideen*** zur Erhebung der zeitlichen Struktur, aber vor allem zur Identifizierung von Problemlagen in Wien dar. Weiters sollten bei ***KundInnenbefragungen*** zeitliche Aspekte stärker berücksichtigt bzw. detaillierter erfragt werden.

Den internationalen Beispielen entsprechend könnte die Erfassung und Analyse der „Zeitstrukturen“ der Stadt und ihrer Veränderungen zur ***Erstellung von dynamischen Zeitkarten***, so genannten ***Chronomaps der Stadt***, führen. Chronomaps sind Versuche, zeitliche Phänomene, die z.B. in einem Stadtteil stattfinden, visuell zugänglich zu machen und so zu einem besseren Verständnis zu kommen, wie dieser Stadtteil rhythmisch

„tickt“ (Pohl 2007). Methodisch wird dabei etwa folgendermaßen vorgegangen: An verschiedenen Zählpunkten wird anhand der Zahl dort vorbeikommender Personen (Passantenfrequenz), aber auch anderer VerkehrsteilnehmerInnen der tageszeitliche Rhythmus gemessen. Die Frequenz der Verkehre wird dann durch ein adäquates elektronisches Darstellungsverfahren – v.a. Geografische Informationssysteme (GIS) – visualisiert. Neben Analysen der Zahl der an bestimmten Stellen vorbeikommenden Verkehre, die als so genannte TaktnehmerInnen angesehen werden und deren Wegeketten in elaborierten Verfahren dargestellt werden können, werden auch TaktgeberInnen in derartige Darstellungen miteinbezogen. TaktgeberInnen ergeben sich etwa aus Öffnungszeiten, Betriebszeiten, Betriebsdauer und Frequenz von Verkehrsmitteln, die massiv auf die zeitlichen Strukturen und Rhythmen von Gebieten Einfluss nehmen. Wesentlich bei Chronomaps ist also der Versuch, die Dimension Zeit in visuelle Darstellungen des Raums einzuführen, wofür unterschiedliche (grafische) Verfahren entwickelt wurden.

Zieldefinition und/oder Etablierung strategischer Leitlinien für Zeitpolitik

Aufgrund der Breite und Vielschichtigkeit des Themas ist es notwendig, die Ziele bzw. Zielsetzungen von kommunaler Zeitpolitik zu definieren. Diese Zieldefinition stellt selbst einen Prozess dar, der nicht nur auf politischer oder magistratsinterner Ebene ablaufen soll, sondern an dem möglichst viele relevante AkteurInnen (aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) zu beteiligen sind. Initiatorin dieses Prozesses könnte die verantwortliche „zeitpolitische Stelle“ auf Magistratsebene sein. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie kristallisierten sich folgende Inhalte heraus, entlang derer weiter diskutiert werden könnte: „Verbesserung der Lebensqualität – Zeitwohlstand als Indikator für Lebensqualität“, „Balance zwischen Entschleunigung und Beschleunigung“, „Zeitgerechtigkeit und Chancengleichheit – etwa zwischen den Geschlechtern, den Generationen und Ethnien“, „alternsgerechte Gestaltung der Stadt“.

Ergebnis eines *Pilotprojekts* „**Zieldefinition kommunaler Zeitpolitik**“ könnte auch ein „zeitpolitisches Leitbild“ für die Stadt sein, das idealerweise dann auch ein Mainstreaming von Zeitpolitik ermöglicht.

Leitprojekte in den Abteilungen

Eine weitere Möglichkeit, „Zeitpolitik“ schrittweise in der kommunalen Verwaltung zu etablieren, besteht in der Initiierung von so genannten Leitprojekten in maßgeblichen Abteilungen (ähnlich den existierenden Gender Mainstreaming-Leitprojekten in der Stadtverwaltung). Einzelne Abteilungen könnten hier eine Vorreiterrolle übernehmen und im Zuge von Pilotprojekten konkrete Anwendungs- und Umsetzungsschritte von kommunaler Zeitpolitik erarbeiten. Als ein mögliches *Pilotprojekt wurde das neue Sozialmedizinische Zentrum Nord* genannt. Hier sollte bereits bei der Planung die Zeitdimension (etwa Ambulanzzeiten) mitbedacht und gestaltet werden.

Weiters ergaben sich aus den Interviews und Diskussionen mit den ExpertInnen aus Wien folgende, eher *langfristig angelegte Ideen* für die Etablierung von kommunaler Zeitpolitik in Wien:

Forum für Zukunftsfragen, Zeitpolitik und Lebensqualität

Aus der internationalen Recherche geht hervor, dass die Etablierung von kommunaler Zeitpolitik oft mit der Schaffung eigener Diskussionsforen einhergeht. Wobei diese Foren mancherorts Voraussetzung für kommunale Zeitpolitik sind, durch diese aber auch initiiert werden können. Auch im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurde die Idee zur Schaffung eines Raums genannt, in dem Zukunftsfragen der Stadt Wien mit ExpertInnen, relevanten AkteurInnen und den BürgerInnen diskutiert werden können. Dieses Forum sollte unabhängig von den alltäglichen politischen Erfordernissen und international ausgerichtet sein sowie einen experimentellen Charakter besitzen und würde auch ein wesentliches Instrument der Sensibilisierung für das zeitpolitische Thema darstellen.

„Zeitfolgenabschätzung“ und Timebudgeting

- In der Diskussion wurde die Erhebung der zeitlichen Folgen von geplanten Maßnahmen angeregt (gewissermaßen in Anlehnung an Technikfolgenabschätzung oder Umweltverträglichkeitsprüfungen). Dafür müssten geeignete Instrumente entwickelt und sollte die Abschätzung zeitlicher Folgen vernetzt werden. D.h., es müsste eine wesentliche Dimension von Instrumenten der „Zeitfolgenabschätzung“ sein, die Auswirkungen von Maßnahmen in bestimmten Bereichen auf andere gesellschaftliche Bereiche zu untersuchen. Dabei könnte eine Leitfrage sein, welche Auswirkungen bestimmte Maßnahmen auf die zeitlichen Budgets durchschnittlicher StadtbürgerInnen haben. Ein Beispiel dafür ist die Frage, welche zeitlichen Auswirkungen die Auslagerung von bestimmten Tätigkeiten hat. Das heißt, es geht um die Frage, ob der Einspareffekt der Auslagerung nicht etwa durch die zeitlichen Mehrbelastungen des notwendigen Controllings wettgemacht wird. Darüber hinaus ist hier eine Verbindung mit dem Genderbudgeting denkbar, da es sich bei „Geld und Zeit“ um zwei kommunizierende Gefäße handelt. So können z.B. Einsparungen im stationären oder auch ambulanten Pflegebereich mehr Zeitaufwand für private häusliche Pflege durch Angehörige nach sich ziehen.

1.4.2. Organisationsformen und Arbeitsweisen

Commitment von Politik und Verwaltung

Als wesentlichste Voraussetzung für die Etablierung eines neuen kommunalpolitischen Handlungsfeldes „Zeitpolitik“ gilt ein hochrangiges Interesse und *Commitment* von Politik und Verwaltung. Insbesondere die politische Ebene sollte ein Interesse daran haben, Zeitpolitik als „neues“ Feld möglicher Interventionen zu betrachten (das korrespondiert mit den internationalen Ergebnissen).

Initiative und Ermöglichung

Dieses Interesse und *Commitment* von Politik und Verwaltung könnte zu einer konkreten Verortung von Verantwortlichkeit für die Anregung und Etablierung zeitpolitischer Prozesse auf Ebene der Magistratsdirektion, in einer Magistratsabteilung oder auch außerhalb der Kommunalverwaltung (z.B. beauftragtes Institut) führen. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder von einer – zunächst befristeten – „Stelle“ gesprochen. Dieser „zeitpolitischen Stelle“ werden von den ExpertInnen unterschiedliche Aufgaben zugedacht, die einander jedoch nicht ausschließen: Informationen zu Zeitproblematiken vor Ort sammeln und darstellen, Informationen zum Thema „kommunale Zeitpolitik“ zur Verfügung stellen und Informationsaustausch betreiben; Organisation von themenspezifischen Veranstaltungen und/oder Schulungen für Bedienstete der Kommunalverwaltung; Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „kommunale Zeitpolitik“, Initiierung und Begleitung von Pilotprojekten etwa auf Bezirksebene u.v.m. Aus den internationalen Beispielen und auf Basis der Stellungnahme von Martina Heitkötter lassen sich noch weitere mögliche Aufgaben anführen: Koordinierung und Vernetzung von AkteurInnen der verschiedenen Ebenen, Moderation von Aushandlungsprozessen, Einrichtung von zeitpolitischen Komitees und Foren.

Zeitpolitik ist Vernetzung

Da zeitpolitische Fragestellungen die Aufgabenbereiche unterschiedlicher Magistratsabteilungen und auch anderer öffentlicher Verwaltungseinheiten vor Ort betreffen, sind Vernetzung und Kooperation notwendig. Diese Vernetzung und Kooperation findet auch statt und hat vor allem dann Erfolg, wenn es auch auf informeller Ebene gute Kontakte gibt. Im Hinblick auf kommunale Zeitpolitik und auf Basis der internationalen Recherche bietet sich hier die Schaffung von „behörden- und/oder abteilungsübergreifenden Arbeitstischen“ an (Aufgaben: Vernetzung und Kooperation zwischen öffentlichen Verwaltungseinheiten und öffentlichen AnbieterInnen von Dienstleistungen; Erarbeitung, Begleitung und eventuell auch Umsetzung konkreter Gestaltungsprojekte). Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurde von den Magistratsbediensteten immer wieder die „Freiwilligkeit“ betont. Nur wenn das Engagement für kommunale Zeitpolitik auf freiwilliger Basis erfolgt, kann es auch erfolgreich sein.

Einbindung von weiteren AkteurInnen, BürgerInnen und ZeitanbieterInnen

Die Vernetzung kann aber nicht nur auf den Magistrat und andere öffentliche Verwaltungseinheiten beschränkt bleiben, da die Ursachen von zeitpolitischen Problemlagen und vor allem mögliche Lösungsansätze vielfach weit über deren Kompetenzbereiche hinausreichen. So sind aus zeitpolitischer Perspektive auch andere **AkteurInnen vor Ort** (etwa Interessenvertretungen, Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Einrichtungen, „Allianz für den freien Sonntag“) einzubeziehen. Die im Rahmen der Machbarkeitsstudie befragten Institutionen und Personen könnten einen ersten Ausgangspunkt für eine derartige Vernetzung darstellen. Die kommunale Ebene bzw. die zu schaffende zeitpolitisch verantwortliche Stelle sollte jedoch die Funktion der Initiatorin und

Moderatorin von zeitpolitischen Abstimmungs- und Aushandlungsprozessen übernehmen.

Die Entwicklung bzw. der Einsatz adäquater Instrumente der **BürgerInnenbeteiligung** stellt – im internationalen Vergleich – ein zentrales Element kommunaler Zeitpolitik dar, denn es sind individuell erfahrene Zeitkonflikte im Alltag, die hier zum Gegenstand öffentlicher Gestaltung werden. Insofern ist – laut Martina Heitkötter – kommunale Zeitpolitik auch als ein Demokratisierungsprojekt zu betrachten und zu vermitteln. Die konkreten Formen der Einbindung und Partizipation der BürgerInnen sind jedoch abhängig von den jeweiligen Handlungsfeldern bzw. konkreten zeitpolitischen Projekten und sollten auf den in der Stadt Wien existierenden Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren (etwa Masterplan Verkehr) aufbauen. Entsprechend den internationalen Beispielen liegt der Schwerpunkt von zeitpolitischen Bürgerbeteiligungsprozessen eher auf der lokalen bzw. dezentralen Ebene.

Wesentlich ist aber auch die **Einbindung der „AnbieterInnen von Zeit“**, wie aus den Interviews und auch Diskussionen in Wien klar hervor gegangen ist. „Zeit ist Arbeit“, und zwar nicht zuletzt die Arbeit der Angestellten und BeamtInnen des Magistrats und anderer öffentlicher Einrichtungen, die den BürgerInnen Zeit anbieten. Daher ist darauf zu achten, dass die „AnbieterInnen von Zeit“, etwa die Beschäftigten der kommunalen und lokalen Verwaltung oder auch öffentlicher Dienstleistungen, von Anfang an und in adäquater Form in zeitpolitische Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse eingebunden sind.

Hinter diesem sehr breiten und integrativen Ansatz steht – laut Martina Heitkötter – die Überlegung, dass kommunale Zeitpolitik die ganzheitliche Alltagsgestaltung der BürgerInnen zum Ausgangspunkt politischer Gestaltung macht und sich nicht nur auf die BürgerInnen als „KundInnen von Verwaltungsdienstleistungen“ bezieht.

Moderation von Abstimmungs- und Aushandlungsprozessen

Kommunalpolitische Zeitgestaltung darf nicht aufgezwungen werden, soll aber auch nicht nur zwischen den traditionellen VerhandlungspartnerInnen (z.B. SozialpartnerInnen und Politik) ausgehandelt werden, denn es geht um eine adäquate Einbeziehung der KundInnenperspektive bzw. der „NachfragerInnen“ von Zeit. Daher sind Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse zwischen „AnbieterInnen“ und „NachfragerInnen von Zeit“ zentrales Element kommunaler Zeitpolitik. Dabei ist es notwendig zu bedenken, dass die „AnbieterInnen von Zeit“ immer auch „NachfragerInnen von Zeit“ sind und umgekehrt. Den internationalen Beispielen entsprechend werden diese Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse vielfach „extern“ – etwa durch die „zeitpolitische Stelle“ – angestoßen und moderiert.

1.5. Meso- und Mikroebene – Bezirks- und Stadtebene

Die lokale bzw. „dezentrale“ Ebene spielt eine sehr wichtige Rolle, wenn es um die Erfassung konkreter Zeitnöte und -konflikte sowie die Umsetzung von konkreten zeit-

politischen Gestaltungsprojekten geht, da hier Pilotprojekte – gemeinsam mit den BürgerInnen vor Ort – entwickelt und nach einer Testphase auch auf andere Stadtteile oder Bezirke ausgeweitet werden können. Darüber hinaus bedarf es aber auch auf dieser Ebene entsprechender organisatorischer Rahmenbedingungen.

1.5.1. Konkrete Aktivitäten und mögliche Pilotprojekte

Dezentrale Erhebung von unterschiedlichen Zeitstrukturen

Im Laufe der Machbarkeitsstudie tauchte immer wieder die Frage auf, wie denn die alltäglichen Zeitstrukturen der WienerInnen tatsächlich ausschauen und wo sich konkret Zeitprobleme bzw. Handlungsbedarfe ergeben. Im Rahmen der Fokusgruppe „lokale“ Ebene wurde folgendes **konkrete Pilotprojekt** angedacht: **„Was bedeutet Zeit im Tagesablauf für WienerInnen“**: Ein sehr konkreter Vorschlag bezog sich auf die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Evaluierung des „Mariahilfer Platzl“ (2009) den Tagesablauf von WienerInnen zu erfassen (Vorschlag der Bezirksvorsteherin). Ein **breit angelegtes Pilotprojekt auf Bezirksebene** (etwa in zwei sehr gegensätzlichen Bezirken), das die Ausgangslage vor Ort analysiert, den konkreten Handlungsbedarf identifiziert sowie in Kooperation mit allen relevanten AkteurInnen – auf Kommunal- und Bezirksebene – konkrete Gestaltungsprojekte bzw. Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet und deren Umsetzung betreibt, könnte auch die erste Stufe zur Etablierung von kommunaler Zeitpolitik in Wien sein.

Bezirksumfrage betreffend „Zeit und Partizipation“

- Diese Idee eines **Pilotprojekts** wurde ebenfalls im Rahmen der Fokusgruppe „lokale“ Ebene vorgeschlagen. Bei einer Umfrage der Bezirksvorstehung haben von 30.000 EinwohnerInnen des 6. Bezirks 2.500 geantwortet. Diese könnten angeschrieben und ein Projekt mit ihnen erarbeitet werden, wo es etwa um die Frage geht, wie entscheidend die **„Zeit“ für die Partizipation** bzw. die Beteiligung am politischen Geschehen ist.

Instrumente zur Verbesserung der Transparenz von Öffnungszeiten

- Da die Intransparenz von Öffnungszeiten im Rahmen der Machbarkeitsstudie immer wieder ein Thema war, dieses Problem aber nicht nur auf Ebene der gesamten Stadt angegangen werden kann, könnten hier Pilotprojekte bezogen auf einen Stadtteil, eine Einkaufsstraße oder auch auf bestimmte Sektoren (etwa Gesundheit: Ambulanzen, ÄrztInnen, Apotheken etc.) entwickelt werden. Als **erste Projektidee** in Richtung mehr Transparenz wurde die **Erweiterung der Bezirkspläne um zeitliche Informationen** (etwa Öffnungszeiten) vorgeschlagen.

1.5.2. *Organisationsformen und Arbeitsweisen*

Basierend auf der Anregung durch die Makroebene (z.B. Magistratsdirektion, Magistratsabteilungen, politische Ebene, „zeitpolitische Stelle“) braucht es auch auf lokaler bzw. „dezentraler“ Ebene InitiatorInnen. Im vorliegenden Konzept liegt der Fokus auf räumlich definierten Strukturen. Es wäre aber auch denkbar – gerade im Bereich Arbeit und Wirtschaft –, Aktivitäten auf Mikroebene, etwa für bestimmte Branchen, große Unternehmen, wirtschaftliche Cluster, zu initiieren. Da Zeitpolitik in Wien aber allenfalls vom Magistrat und stadtnahen Bereichen ausgehen wird, wäre dafür die Initiative durch größere Institutionen notwendig. Martina Heitkötter weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese in jedem Fall über eine breite öffentliche Akzeptanz und lokale Kompetenz verfügen sollten, damit sie „Türöffner-Funktionen“ zur Einbindung relevanter AkteurInnen vor Ort einnehmen können.

Initiative

Im ersten Schritt der Etablierung von Zeitpolitik auf Ebene der Bezirke ist es nicht notwendig, neue Strukturen zu schaffen, da auf jeden Fall auf existierende AkteurInnen aufgebaut werden kann. Je nach Ausrichtung der zu entwickelnden zeitpolitischen Strategien scheint es darüber hinaus sinnvoll, dass diese auch im weiteren Prozess TrägerInnen von Zeitpolitik bleiben. Aus den Interviews und Diskussionen ergibt sich, dass etwa die Bezirksvorstehungen, die Gebietsbetreuung, die Agenda 21 und für bestimmte Bereiche – etwa in Fragen der Qualifizierung und Weiterbildung – auch stadtnahe Institutionen als mögliche TrägerInnen in Frage kommen. Die Bezirksvorstehungen, aber auch die Gebietsbetreuungen scheinen besonders geeignet, Zeitpolitik auf dezentraler Ebene zu initiieren, da sie aufgrund ihrer Repräsentationsfunktionen eine besondere Bedeutung für den jeweiligen Bezirk haben.

Vernetzung

- Die Erfahrungen mit lokalen Projekten in Wien zeigen, dass die Einbindung und Beteiligung wichtiger lokaler AkteurInnen von erheblicher Bedeutung für das Gelingen eines Projektes ist. Den InitiatorInnen kommt die Aufgabe der Vernetzung, Koordinierung und Abstimmung zu. Konkret könnte dies die Einrichtung eines zeitpolitischen Bezirksforums bedeuten oder die Nutzung vorhandener Vernetzungen und Strukturen, die für das Thema sensibilisiert werden. In jeden Fall sind jedoch AkteurInnen außerhalb der Bezirksvorstehung einzubinden. Dieses Bezirksforum könnte – ähnlich den internationalen Beispielen – folgende Aufgaben haben: Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Kooperation, Identifizierung von Zeitproblemen vor Ort, Entwicklung, Initiierung und Begleitung von Projekten und eventuell auch Umsetzungskontrolle.

BürgerInnenbeteiligung

Gerade auf dezentraler Ebene ergibt sich die Möglichkeit und die Notwendigkeit zur Entwicklung adäquater Beteiligungsprozesse. Laut Martina Heitkötter hat die Einbin-

derung der BürgerInnen die zentrale Funktion, die zeitlichen Problemlagen und den Bedarf aus der Sicht der BürgerInnen zu erheben und diese in den Entscheidungs- und Gestaltungsprozess mit einzubeziehen, um somit auch die Akzeptanz neuer Zeitarrangements oder veränderter Dienstleistungsangebote zu erhöhen. Auch hier kann und soll auf existierenden Erfahrungen aufgebaut werden. In Anbetracht des hohen zeitlichen Aufwandes und der Gefahr des „Verschleißes“ bei den AkteurInnen vor Ort – dies wurde vor allem in der „lokalen“ Fokusgruppe thematisiert – sollten für diese Prozesse vor allem ausreichend personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

2. AUSGANGS- UND ANSATZPUNKTE KOMMUNALER ZEITPOLITIK

2.1. Sozioökonomische Hintergründe kommunaler Zeitpolitik

Die hohe gesellschaftliche Bedeutung und Notwendigkeit einer expliziten und umfassenden Zeitpolitik ergibt sich aus einer Reihe von tief greifenden Veränderungen in den gesellschaftlichen Zeitstrukturen, die durch den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ausgelöst wurden und werden. Konkret verliert durch eine Flexibilisierung der Arbeits- und Betriebszeiten, durch das kontinuierliche und teilweise rasante Anwachsen atypischer Beschäftigungsformen sowie durch die „Entgrenzung der Erwerbsarbeit“ die industrielle bzw. fordistische Zeitordnung, die auf eher linear strukturierten und kollektiven Zeitmustern bzw. -institutionen (Feierabend, Wochenende, Jahresurlaub, Ruhestand usw.) aufbaut, zunehmend an gesellschaftlicher Bedeutung und Prägekraft.

Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeits- und Betriebszeiten spiegelt sich sowohl in einem Anwachsen an Überstunden als auch in einer Zunahme an so genannten „unsozialen“ Arbeitszeiten (etwa Abend-, Nacht-, Samstag- und Sonntagsarbeit), also in einer Veränderung der Dauer und der Lage der Arbeitszeit wider. Darüber hinaus flexibilisiert sich aber auch die Lage der Arbeitszeit selber zunehmend (etwa in Form von Gleitzeit und Arbeitszeitkonten). Österreich gehört hinsichtlich der gesetzlichen Tages-, Wochen- und Jahresarbeitszeit zwar zum europäischen Mittelfeld, aber die wöchentliche Normalarbeitszeit Vollzeitbeschäftigter liegt über dem EU-Durchschnitt. 2006 betrug diese 41,1 Stunden für Frauen und 43,1 für Männer. In Wien lag die wöchentliche Normalarbeitszeit unselbständig beschäftigter Männer 2007 bei 43,5 Stunden und für unselbständig beschäftigte Frauen bei 41,6 Stunden – also jeweils knapp über dem Bundesdurchschnitt (Statistik Austria 2008). Der Anteil der unselbständig Beschäftigten, der Über- oder Mehrstunden leistet, betrug 2007 bundesweit 23,8% (Männer: 30,2%; Frauen: 16,4%). Der Anteil jener unselbständig beschäftigten Arbeitskräfte, die in Wien Über- bzw. Mehrstunden leisten, lag 2007 mit 24,3% knapp über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil männlicher unselbständig Beschäftigter erreicht in Wien mit 29,6% einen Wert unter dem Bundesdurchschnitt, sodass der vergleichsweise höhere Gesamtwert in Wien aus dem höheren Anteil (18,6%) von Frauen, die Mehr- oder Überstunden leisten, resultiert (Statistik Austria 2008). Aufgrund der Novelle des Arbeitszeitgesetzes, die im Jänner 2008 in Kraft getreten ist, muss mit einer weiteren Zunahme der Überstunden gerechnet werden. Darüber hinaus zeigt eine Erhebung der Statistik Austria aus dem Jahr 2005, dass 44% der Beschäftigten in Österreich zumindest ab und zu Abend-, Nacht- oder Wochenendarbeit erbringen, 22% haben bereits jährliche Arbeitszeitkonten in ihren Arbeitsverträgen und 37% haben variable Arbeitszeiten ohne festgelegte Beginn- und Endzeiten.

Eng in Verbindung mit der Flexibilisierung der Arbeits- und Betriebszeiten steht die Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen. In Österreich kam es hier seit den 90er Jahren zu einem starken Anstieg, wobei Teilzeitarbeit die meiste Verbreitung findet. Zwischen 1995 und 2006 ist die Teilzeitquote von Frauen von 27% auf 40% und für Männer von 4% auf 6,5% angestiegen (Statistik Austria 2007:31). Zudem kam es in den letzten Jahren zu einer Substitution von Vollzeitarbeitsplätzen durch Teilzeitarbeitsplätze bzw. ist die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze zwischen 2000 und 2005 um rund 65.000 bis 85.000 zurückgegangen, jene der Teilzeitarbeitsplätze im gleichen Zeitraum um 120.000 bis 140.000 gestiegen (vgl. Walterskirchen 2006:8ff). Auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse⁴ sind in den letzten Jahren sehr stark gestiegen. 2004 betrug deren Anteil an allen unselbständigen Beschäftigungen bereits 7,2%. Befristete Beschäftigungsverhältnisse finden in Österreich im europäischen Vergleich eine eher geringe Verbreitung, dennoch lässt sich auch hier für die letzten Jahre ein sehr starker Anstieg beobachten: So ist die Quote der befristeten Beschäftigungen (einschließlich der Lehrlinge) zwischen 1994 und 2004 in Österreich insgesamt von 4,8% auf 9,6% angestiegen. Der Anteil von Frauen und Männern hält sich hier in etwa die Waage. Auch andere atypische Beschäftigungsformen, wie „Leiharbeit“, „Freie Dienstverträge“⁵ und „Neue Selbständige“⁶, sind zwar noch auf einem sehr niedrigen Niveau, in absoluten Zahlen zeichnen sich diese jedoch durch eine rasante Zunahmegeschwindigkeit seit Mitte der 90er Jahre aus. Differenziert nach dem Geschlecht zeigt sich, dass Männer bei der Leiharbeit und den Neuen Selbständigen überwiegen, hingegen werden Freie Dienstverträge etwas häufiger von Frauen eingegangen. Insgesamt waren 2004 bereits 45,9% der Frauen und 14,3% der Männer in atypischen Beschäftigungsformen anzutreffen (vgl. Stadler 2005:1096ff).

In Wien betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten nach Angaben der von Statistik Austria durchgeführten Arbeitskräfteerhebung im Jahr 2007 22,3%, wobei der Anteil der Männer mit 10,9% über und jener der Frauen mit 34,6% unter dem Bundesdurchschnitt liegt. In Wien arbeiten also relativ gesehen mehr Frauen Vollzeit und relativ gesehen mehr Männer Teilzeit als bundesweit. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten an den unselbständig Beschäftigten betrug 2006 in Wien etwa 6,09% (Hametner 2007), wobei dieser Wert auf Basis von Daten des Hauptverbandes für Sozialversicherungsträger eruiert wurde. Der Anteil der Frauen betrug 7,33%, jener der Männer 4,84%. Seit 1996 hat sich Anteil der geringfügig Beschäftigten in absoluten Zahlen fast verdoppelt (Hametner 2007:17).

Im Kontext der neuen bzw. atypischen Beschäftigungsformen wurden auch Freie Dienstverträge und Neue Selbständige ausführlich diskutiert. Erstere haben nach Hametner eine ähnliche Entwicklung wie geringfügig Beschäftigte genommen, d.h. die Zahl der Freien Dienstverträge hat in Wien zugenommen. Zwischen 1998 und 2006 hat

⁴ Geringfügige Beschäftigungen = Teilzeitarbeitsplätze mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 12 Stunden bzw. einem monatlichen Einkommen unter 349 Euro (2008).

⁵ „Freie Dienstverträge“ = Arbeitverhältnisse an der Grenze zwischen selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit. Steuerrechtlich werden sie wie Selbständige behandelt.

⁶ „Neue Selbständige“ = Selbständige ohne Gewerbeschein.

sie sich auf fast 12.586 verdoppelt. Fast 46% aller Freien Dienstverträge Österreichs wurden 2006 in Wien abgeschlossen. Die Zahl der so genannten Neuen Selbständigen betrug in Wien 2006 etwa 13.200, was einen Rückgang um knapp 1.800 Personen seit 2002 darstellt. Insgesamt beträgt der Anteil der Neuen Selbständigen an den selbständig Beschäftigten in Wien etwa 17,4% (2002: 21,8%), was auf einen stärkeren Anstieg traditioneller Formen von Selbständigkeit hindeutet. Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt wird aber offensichtlich, dass der Anteil so genannter Neuer Selbständiger in Wien höher ist als im Bundesdurchschnitt, wo er nur 12,8% beträgt (Haydn 2007).

Unter dem Begriff „Entgrenzung der Erwerbsarbeit“ werden einerseits die eben beschriebenen Veränderungen am Arbeitsmarkt betreffend Arbeitszeit und Beschäftigungsformen thematisiert, andererseits umfasst dieser Begriff aber auch eine Reihe weiterer Dimensionen und Entwicklungen, die sich etwa auf den Arbeitsort, aber auch auf eine geänderte Nutzung der Arbeitskraft beziehen (vgl. näher zum Begriff „Entgrenzung der Erwerbsarbeit“: Krenn et al. 2005:7ff). Unter dem Stichwort Selbstorganisation geht es hier z.B. darum, den Zugriff auf das Arbeitsvermögen der Beschäftigten zu erweitern. Unternehmerisches Risiko und konkret die Transformation des Arbeitsvermögens in Arbeitsleistung wird über indirekte Steuerungsformen wie etwa Ergebnisorientierung (und hier spielen so genannte Vertrauensarbeitszeiten eine wichtige Rolle) tendenziell auf die Beschäftigten übertragen. Damit verbunden sind Bestrebungen zur Ausweitung des Zugriffs auf den „ganzen Menschen“, auf körperliche, kognitive, psychische und emotionale Leistungspotenziale (Krenn et al. 2005:14). Die Entgrenzung des Arbeitsortes zeigt sich u.a. an der Zunahme von Telearbeit, aber auch daran, dass immer mehr Beschäftigte insbesondere im hoch qualifizierten Segment der WissensarbeiterInnen Arbeit mit nach Hause nehmen oder einfach nur daran, dass Beschäftigte auch in ihrer Freizeit für die ArbeitgeberInnen erreichbar sind. Die viel gepriesene Möglichkeit, bei Telearbeit Betreuungspflichten mit Arbeitsleistung zu verbinden, erweist sich als neue Belastung für die Individuen und Familien.

Die wirtschaftlichen und beschäftigungsspezifischen Veränderungen, wie sie im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und im Kontext gegenwärtig dominanter Trends der Flexibilisierung und Deregulierung sichtbar werden, und die daraus resultierenden notwendigen zeitpolitischen Konsequenzen betreffen eine Stadtregion wie Wien, die zugleich den Kern einer über die Stadtgrenzen hinausreichenden ökonomischen Agglomeration (Ostregion) bildet, auf eine andere und auch auf sehr spezifische Weise, als dies für eher ländliche Regionen der Fall ist. In der so genannten Ostregion werden etwa 45% des österreichischen BIP erwirtschaftet, 27% allein in Wien. Das BIP pro Kopf ist um etwa ein Drittel höher als im österreichischen Durchschnitt. So sind in Wien nur noch etwa 16% der Beschäftigten in der industriell-gewerblichen Produktion, aber bereits 83% in den Dienstleistungsbereichen tätig. Zugleich war die Tertiarisierung der Ökonomie mit einer Dezentralisierung der ökonomischen Strukturen verbunden. Insbesondere in den inneren Bezirken war das Ausmaß der Reduktion im sekundären Sektor besonders hoch. Auf der anderen Seite gewannen insbesondere Randbezirke, aber auch benachbarte Regionen („functional urban ring“) massiv an wirtschaftlicher Bedeutung, was nicht nur mit den dort existierenden Freiflächen, sondern auch mit

Verbesserungen der Infrastruktur zu tun hat (etwa Verkehrsverbindungen). Diese wirtschaftlichen Relokalisierungsprozesse verstärkten natürlich auch die Pendelbewegungen in die Stadt (200.000 Personen), aber auch aus der Stadt in die Region (vgl. Mayerhofer 2007, Mesch 2007).

Insgesamt weist der Arbeitsmarkt in Wien einige besondere Züge auf. So ist auf ein im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt sehr hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu verweisen, was insbesondere auf die Zahl der Personen mit einem Universitätsabschluss zutrifft. Auch die Zahl der hoch qualifizierten Frauen ist in Wien überdurchschnittlich. Dementsprechend liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Wien ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt. Das korrespondiert mit der zentralen Bedeutung der Aus- und vor allem kontinuierlichen Weiterbildung der Arbeitskräfte unter den veränderten ökonomischen Bedingungen.

Gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Wandel bzw. den Veränderungen in der Arbeitswelt kam und kommt es zu vielfältigen Veränderungen in den Lebensverhältnissen: Die erhöhte Erwerbsintegration von Frauen, die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebensformen sowie neue und verstärkte Migrationsströme stellen hier die Hauptmerkmale dar. Vor allem mit der gestiegenen (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit von Frauen kann die Abstimmung der unterschiedlichen Zeitlogiken in den öffentlichen, marktförmigen und privaten Bereichen sowie zwischen diesen nur mehr unter großen Schwierigkeiten bzw. unter ständigem Zeitdruck erbracht werden. Die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen war auch in Italien (hier gab es kaum Teilzeitarbeit) eines der Hauptmotive für erste zeitpolitische Aktivitäten in den 80er Jahren. Verstärkt wird die zeitliche Koordinierungs- und Abstimmungsproblematik aber auch durch die Zunahme von AlleinerzieherInnen und von jungen Familien ohne Großeltern vor Ort (etwa bei Migrationshintergrund oder auch bei Zuzug aus den Bundesländern). Hier ist das Aufteilen vor allem von Betreuungstätigkeiten, die immer auch Zeit erfordern bzw. das Ausweichen auf den Partner oder andere Familienglieder nur schwer oder gar nicht möglich. Ältere Menschen, die nicht in einem Familienverband leben, haben mitunter aber auch zu viel an freier Zeit zur Verfügung. Gleichzeitig bedeutet das, dass im Fall von betreuungs- oder pflegebedürftigen älteren Menschen neben dem Betreuungsaufwand für die Angehörigen oft auch noch die Wegzeit zwischen den verschiedenen Wohnorten dazu kommt. Die Organisation des Alltags erfordert also aufwändige zeitliche Abstimmungs- und Synchronisationsleistungen, die verstärkt vom einzelnen Individuum, den Haushalten oder sozialen Gruppen geleistet werden müssen.

In Wien liegt der von der Statistik ausgewiesene Anteil von Arbeitskräften, die einen migrantischen Hintergrund haben, bei fast 20% (davon fast 50% aus dem ehemaligen Jugoslawien). Die Frauenerwerbsquote liegt in Wien mit knapp 80% klar über dem Bundesdurchschnitt von etwa 63%. Darüber hinaus liegt der Anteil der Teilzeitbeschäftigung von Frauen in Wien (34,6%) relativ eindeutig unter dem Bundesdurchschnitt (40,2%). Insgesamt deuten die Makrodaten zur Arbeitsmarktsituation von Frauen in Wien auf eine stärkere Konvergenz mit der Beschäftigungssituation von Männern – zumindest im Bereich unselbständiger Beschäftigung – hin, als dies für Gesamtösterreich feststellbar ist (vgl. Hametner 2007). Die damit verbundene Auflösung des männlichen

Alleinernährermodells macht eine Reorganisation der zeitpolitischen Arrangements auf städtischer Ebene umso dringlicher, soll es Frauen und Männern gelingen, die geänderten Verantwortlichkeiten im Berufsleben und in der Familie miteinander zu verbinden.

Erschwert wird die zeitliche Bewältigung des Alltags auch dadurch, dass sich öffentliche Institutionen wie etwa (private) Kindergärten und Schulen für 6- bis 14-jährige Kinder sowie Öffnungs- und Verkehrszeiten im lokalen Umfeld diesen geänderten Zeitstrukturen mitunter nicht ausreichend angepasst haben, sondern nach wie vor eher den „alten“ Zeitmustern bzw. der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung folgen. Damit wird für viele Eltern die zeitliche Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung zu einer alltäglichen Zerreißprobe.

„Gerade die Verbindung gleichzeitiger Umbrüche und Wandlungsprozesse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen mit ungleichzeitigen, verzögerten Anpassungsprozessen – so eine grundlegende These – sorgen für den zu beobachtbaren Anstieg des zeitlichen Konfliktniveaus in unserer Gesellschaft“ (Heitkötter 2006:8).

2.2. Anfänge kommunaler Zeitpolitik im internationalen Vergleich

Italien ist innerhalb der Europäischen Union jenes Land, in dem die Gestaltung der kommunalen Zeitpolitik unter dem Begriff *tempi della città* („Zeiten der Stadt“) seinen Anfang genommen hat und in dem die Praxis auch am weitesten verbreitet ist (vgl. etwa Mückenberger 1998 und 2007). Dort wird die Debatte über die „Zeit“ bzw. die Notwendigkeit einer „Zeitpolitik“ bereits seit Mitte der 80er Jahre von den verschiedensten politischen Bewegungen und Personengruppen geführt. Vorreiterinnen auf diesem Gebiet waren bzw. maßgeblich beteiligt an der Entstehung kommunaler Zeitprojekte sind die autonome und Teile der politischen Frauenbewegung, Gewerkschafterinnen, regionale und kommunale Gleichstellungsbeauftragte sowie Wissenschaftlerinnen. Sie stellten das Problem der „Zeitknappheit“ berufstätiger Frauen in den Mittelpunkt ihrer Diskussionen und Aktionen. Die Vereinbarkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen soll u.a. durch die Koordinierung bzw. Harmonisierung der „Zeiten der Stadt“ verbessert werden (vgl. Geissler 1998; Mairhuber 2001).

1990 erhielten die italienischen BürgermeisterInnen mit der Reform der italienischen Verfassung explizit das Recht zur Zeitgestaltung (etwa auch betreffend der Ladenöffnungszeiten) (vgl. Mückenberger 1998:158). Nach zehnjähriger Experimentierphase wurde die regionale und kommunale Zeitpolitik mit dem nationalen Rahmengesetz vom 8. März 2000 institutionalisiert und damit der anfängliche top-down-Prozess um einen bottom-up-Prozess ergänzt (vgl. Bonfiglioli 1998:23). Das Gesetz definiert einerseits die Kompetenzen bzw. Pflichten von Regionen und Gemeinden und enthält andererseits Bestimmungen hinsichtlich verschiedener Instrumente lokaler bzw. kommunaler Zeitpolitik. Unter anderem verpflichtet es italienische Städte über einer bestimmten Einwoh-

nerInnenzahl zur Errichtung von „Zeitbüros“⁷ und zur Einführung von „Zeitordnungsplänen“⁸. Damit ist die regionale und kommunale Zeitpolitik in Italien zu einem „umfassenden Gestaltungsansatz avanciert, der neben der Harmonisierung von Zeitstrukturen auch die Verbesserung öffentlicher und privater Dienstleistungsangebote sowie die Verbesserung urbaner Lebensqualität umfasst“ (vgl. dazu näher: weiter unten).

Einer der interessantesten Aspekte der kommunalen Zeitprojekte in Italien besteht darin, dass die Arbeitszeitdiskussion im Dienstleistungsbereich mit der Debatte über die „Alltagszeit“ und der Steigerung der Lebensqualität verknüpft ist. Eine Änderung der Ladenöffnungs- bzw. der Schalterzeiten wird daher nicht nur unter dem Aspekt der Arbeitszeit der betroffenen ArbeitnehmerInnen diskutiert, sondern im Zentrum der Bemühungen steht etwa die bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung. Mückenberger (1998:12) stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die „Zeiten“ bisher von denen geregelt wurden, die sie „anboten“, nun aber allmählich erkannt wird, „dass es noch eine andere Zeitlogik gibt, eine Zeitlogik von Kunden und Kundinnen, von Klientinnen und Klienten, die sich mit derjenigen der Zeitanbieter oft verdammt schwer tun“. Die bestehenden kommunalen Zeitprojekte in Italien stellen daher auch einen Versuch dar, die vordergründig so unterschiedlichen Bedürfnisse von „ZeitanbieterInnen“ und „ZeitnachfragerInnen“ in Form eines politischen Kompromisses abzustimmen und ihre Regelung im Kontext weit reichender Deregulierung und Flexibilisierung ökonomischer Prozesse nicht den viel beschworenen Kräften des Marktes zu überlassen. Dabei ist es notwendig, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die AnbieterInnen von „Zeit“ immer auch NachfragerInnen von „Zeit“ sind.

Das Konzept der „Stadtzeiten“ verbreitete sich im Laufe der 90er Jahre im Rahmen europäischer Kooperations- und Vernetzungszusammenhänge über Italien hinaus. Neben der Entwicklung zeitpolitischer Handlungsansätze in Frankreich und den Niederlanden entstanden in den deutschen Städten Bremen, Hanau und Hamburg erste Modellprojekte und praktische Gestaltungsexperimente (vgl. dazu: weiter unten). Mittlerweile lassen sich verschiedene Entwicklungen in zahlreichen europäischen Städten beobachten, die über den anfänglichen Charakter hinausweisen (vgl. dazu: weiter unten).

⁷ „Zeitbüros sind neu geschaffene, in der Kommunalverwaltung angesiedelte Anlauf- und Koordinationsstellen. Sie sind der Ausgangspunkt konkreter zeitpolitischer Moderations- und Gestaltungsprozesse vor Ort.“ (Heitkötter/Schneider 2005:68)

⁸ Zeitordnungs- oder auch Zeitleitpläne sind ein gesetzliches Instrument zur Koordinierung und Harmonisierung der Stadtzeiten in Italien. Bei der Ausarbeitung des Zeitordnungsplanes müssen insbesondere die Auswirkungen auf den Verkehr, die Luftverschmutzung und die Lebensqualität der BürgerInnen Berücksichtigung finden. Der Zeitordnungsplan wird letztendlich vom Gemeinderat auf Vorschlag des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin angenommen und muss von der kommunalen Verwaltung umgesetzt werden (vgl. Mairhuber 2001:6).

2.3. Ziele, Ansätze und Verfahren kommunaler Zeitpolitik

Zeitpolitik zielt grundsätzlich darauf ab, die zeitliche Lebens- und Alltagsqualität von Menschen zu verbessern bzw. den Koordinierungs- und Synchronisationsaufwand der Menschen zu verringern. Der individuelle Alltag der Menschen ist von der Notwendigkeit bestimmt, die verschiedenen, eigenen Zwängen folgenden zeitlichen Anforderungen in unterschiedlichen Bereichen des Lebens (etwa in der Erwerbsarbeit, der Familie, der Freizeit) abzustimmen. Dass dies den Individuen gelingt, hängt in einem sehr großen Ausmaß davon ab, wie die vielfältigen öffentlichen bzw. kollektiven Zeiten und Dienstleistungen vor Ort organisiert sind und welche Anforderungen die Organisation von Raum und Mobilität an die Zeit der BürgerInnen stellen. Doch während die politische Relevanz der gesellschaftlichen Nutzung des Raumes traditionell ihren Niederschlag in Instrumenten der Raumplanung und Raumordnung findet, wird das Feld der Zeitpolitik kaum integriert betrachtet bzw. stellt international betrachtet ein relativ junges Handlungsfeld dar. Da vor allem die Bedingungen vor Ort für die Alltagsgestaltung in zeitlicher Hinsicht ausschlaggebend sind, gibt es insbesondere einen Bedarf an kommunaler und lokaler Zeitpolitik (vgl. Heitkötter 2007).

Klassische und aktuelle Ansatzpunkte kommunaler Zeitpolitik sind:

- Koordinierung und Harmonisierung öffentlicher bzw. kollektiver Zeittakte und Zeitstrukturen, wie etwa von Öffnungszeiten, Fahrplänen, Betreuungszeiten, Schulzeiten, Arztzeiten, Zeiten von Handwerkern: Dabei geht es vor allem darum, Zeitlücken zwischen Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten zu schließen, Mobilitätszeiten mit Ladenöffnungszeiten sinnvoll abzustimmen und Sprechzeiten der Behörden untereinander sowie mit anderen „ZeitanbieterInnen“ abzustimmen (vgl. Heitkötter/Schneider 2005:47).
- Bedarfsgerechte Organisation öffentlicher und privater Dienstleistungen: Diese werden nun aus der Perspektive der NutzerInnen bzw. ZeitnachfragerInnen betrachtet und – mit Blick auf Alltagssituationen, Wegeketten und den konkreten Hilfsbedarf – entsprechend umgeformt (vgl. Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik 2005:18). Demnach kann es etwa zu einer Dezentralisierung oder auch räumlichen und sachlichen Bündelung von Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung kommen (vgl. Heitkötter 2007).
- Maßnahmen zur Unterstützung einer qualitativen Stadtentwicklung: Hier werden z.B. Straßen und Plätze revitalisiert bzw. ganze Stadtteile wieder belebt und aufgewertet, Verkehrsflüsse entzerrt bzw. die Verkehrsplanung verbessert oder die Multifunktionalität von urbanen Arbeits- und Lebensräumen erhöht, indem Modelle nahräumlichen Wohnens und Arbeitens (einschließlich öffentlicher Infrastruktur) entwickelt werden (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006:257).

Eine derartige zeitpolitische Gestaltung des lokalen Nahraums macht neue Verfahren und Politikformen („governance“⁹) erforderlich. „ZeitanbieterInnen“ und „ZeitnachfragerInnen“ aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen müssen virtuell oder faktisch um einen Tisch versammelt werden, bislang kaum artikulierte Interessen erhalten eine Stimme bzw. werden die bisher eher passiv von lokalen Zeitstrukturen Betroffenen aktiv an der Aushandlung und Gestaltung neuartiger Zeitarrangements und Zeitkompromisse beteiligt. Moderiert und gesteuert werden diese kooperativen und beteiligungsorientierten Prozesse durch vermittelnde Instanzen, wie etwa durch so genannte „Zeitbüros“ (vgl. Heitkötter/Schneider 2005:47f). Die erfolgreiche Entwicklung und Durchführung kommunaler bzw. lokaler zeitpolitischer Projekte macht einerseits die Beteiligung der BürgerInnen erforderlich und setzt andererseits die Unterstützung von öffentlicher Seite voraus. Laut Europäischer Stiftung (2000:5) wäre „ein reiner Bottom-up-Prozeß ebenso zum Scheitern verurteilt, wie ein Top-down-Prozeß“.

Neben diesen demokratischen und partizipativen Verfahrensmerkmalen macht lokale bzw. kommunale Zeitpolitik aber auch die fach- und ressortübergreifende Koordination und Kooperation der lokalen öffentlichen Verwaltung notwendig. „Aufgrund der typischen Neukonstellation von beteiligten Akteuren, der informellen Organisationsformen sowie der weniger an administrativen Grenzen als vielmehr funktional an Themen und Problemen orientierten prozesshaften Steuerungsformen wird ‚Lokale Zeitpolitik‘ als Ausdruck ‚Lokaler Governance‘ interpretiert“ (Heitkötter/Schneider 2005:48).

⁹ Governance ist ein relativ neuer Begriff der Politikwissenschaft, der auf die Entwicklung neuer Formen der Lenkung und Steuerung durch staatliche Institutionen hinweist, die versuchen, andere AkteurInnen und Stakeholder, deren Aktivitäten sie nicht durch direkte Einflussnahme (Weisung, Gesetz etc.) beeinflussen können oder wollen, in Partnerschaften oder Netzwerke einzubinden und sie so zu einem bestimmten, gemeinsamen bzw. abgestimmten Handeln zu bewegen.

3. **INTERNATIONALE BEISPIELE KOMMUNALER ZEITPOLITIK**

Im Folgenden werden sechs internationale Beispiele kommunaler bzw. lokaler Zeitpolitik näher beschrieben. Drei Beispiele stammen aus Italien, wo die kommunale Zeitpolitik ihren Ursprung hat, am weitesten verbreitet und am stärksten institutionalisiert ist. Bozen wurde sowohl aufgrund der interessanten Ansatzpunkte kommunaler Zeitpolitik als auch wegen der sprachlichen Zugänglichkeit gewählt. Für Rom sprach in erster Linie die Größe, d.h. eine Vergleichbarkeit mit bzw. Übertragbarkeit auf Wien sollte dadurch eher gegeben sein. Florenz fiel vor allem durch die Verknüpfung von Raum- und Zeitpolitik sowie durch die besondere Vorgehensweise auf. Die beiden Beispiele aus Deutschland wurden gewählt, weil es in Bremen-Vegesack vor einigen Jahren zum Aufbau des ersten deutschen kommunalen Zeitbüros gekommen und die Entstehungsgeschichte sehr gut dokumentiert ist. Das VERA-Projekt in Hamburg (VERA – Verzeitlichung des Raumes) erscheint als interessant, weil es sich auf relativ begrenzte Aktivitäten und hier v.a. auf Erneuerungsprozesse von Stadtteilen bzw. auf den Bau eines völlig neuen Viertels (Hamburger Hafen) bezieht, in den mittels zeitpolitischer Strategien interveniert wurde. Das sechste internationale Beispiel Paris wurde aus zwei Gründen ausgewählt: Einerseits gibt es eine Städte-Partnerschaft zwischen Wien und Paris, was die Informationsbeschaffung erleichterte, und andererseits handelt es sich bei Paris ebenfalls um eine Großstadt, was wiederum die Vergleichbarkeit mit bzw. Übertragbarkeit auf Wien erleichtern sollte.

3.1. **Sondereinheit „Projekt Zeiten der Stadt“ in Bozen**

Bozen war eine der ersten Städte in Italien, die sich mit dem Thema „Zeiten der Stadt“ befasst haben. Die gesetzliche Grundlage dafür bildete die Änderung des Artikels 36 des Staatsgesetzes im Jahre 1990. Demnach ist der Bürgermeister/die Bürgermeisterin „im Rahmen der Regionalgesetze und auf Basis der vom Gemeinderat festgelegten Richtlinien dafür zuständig, die Öffnungszeiten des Handels, der öffentlichen Dienstleistungen sowie der öffentlichen Verwaltung so zu koordinieren, dass sie den komplexen Erfordernissen der NutzerInnen entsprechen“ (Art. 36 Staatsgesetz 142/1990). 1993 beschließt die Region Trentino-Südtirol das entsprechende Regionalgesetz und Bozen ändert die Satzung der Stadtgemeinde. Gleichzeitig wird von der damaligen Stadträtin Bauer-Polo die Idee zu einem Zeitleitplan lanciert und im Gemeindeausschuss dessen Ausarbeitung genehmigt. Sandra Bonfiglioli (Dozentin für Raumplanung am Politecnico von Mailand) wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Erstellung des Zeitleitplans auszuarbeiten. Bereits 1994 beschließt der Gemeinderat die Ausarbeitung und Durchführung von ersten Pilotprojekten zu diesem Thema, bildet ein zeitpolitisches Städteratkomitee (Handel, öffentlicher Unterricht, Urbanistik, Verkehrsplanung, Personalwesen, Sozialdienste), ernennt einen verantwortlichen Verwaltungsbeamten für die Belange des Zeitleitplans, schafft eine zuständige Arbeitsgruppe und stellt zwei MitarbeiterInnen (Stadtplanerin und Soziologe) dafür an. Aufgrund der positiven

Ergebnisse der Pilotprojekte (etwa neue Öffnungszeiten der Friseursalons, neue Schalterstunden in einem Gemeindeamt, flexible Schulstundenpläne bzw. längere Nachmittagsbetreuung im Kindergarten, ein langer Einkaufsabend pro Monat – in einer bestimmten Straße) wird das Experiment Zeitleitplan institutionalisiert und ein Amt für Zeiten der Stadt eingerichtet.

Gegenwärtig gibt es in Bozen eine Stadträtin für Urbanistik und Zeitpolitik, ein Amt für Statistik und Zeiten der Stadt (u.a. zuständig für „Studien und Projekte betreffend die Zeitpolitik“) (Abteilung: Organisation und Programmierung) sowie eine bereichsübergreifende Sondereinheit „Projekt Zeiten der Stadt“. Die drei Wirkungsbereiche dieser Sondereinheit betreffen:

- die Schalteröffnungszeiten sowie die Zugänglichkeit zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen,
- die Vereinbarkeit und Kinderbetreuung sowie die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen,
- die nachhaltige Mobilität und Aufwertung der öffentlichen Flächen sowie die Zeitbanken (www.gemeinde.bozen.it/zeiten.stadt).

Im März 2005 hat der Gemeinderat den neuen „*Zeitleitplan*“ für die Stadt Bozen genehmigt, der nach umfassenden Analysen und Gesprächen mit den BürgerInnen in der Tradition der „eilvernehmlichen Entscheidungsfindung“ entstanden ist. Der Zeitleitplan stellt ein spezifisches Planungsdokument dar, das der Zeitpolitik eine neue Entwicklungsperspektive für zehn Jahre gibt. „Es handelt sich dabei um schriftlich festgelegte Richtlinien, die nach bestimmten Verfahren zu konkreten Projekten führen“ (Stadt Bozen 2005:11). Ziel dieses Plans ist die Erhöhung der Lebensqualität der BürgerInnen und *city user* (Geschäftleute, PendlerInnen, TouristInnen) sowie der Qualität des urbanen Geflechts durch eine verbesserte Organisation der Amts- und Öffnungszeiten der kommunalen Dienste und bessere Nutzung des Territoriums.

Der Zeitleitplan besteht aus zwei Dokumenten:

- Das *Grundsatzpapier*, das von Sandra Bonfiglioli verfasst wurde und das den derzeitigen Entwicklungsstand im Bereich Zeitpolitik enthält. Zudem werden drei für den Tätigkeitsbereich der Stadtverwaltung relevante Themen behandelt: nachhaltige Mobilität, Zugänglichkeit zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie die Entwicklung technischer Hilfsmittel für zeitpolitische Maßnahmen. Für alle drei Themenbereiche werden mehrere Problemlagen bzw. Handlungsfelder definiert. Diese Problemlagen bzw. Handlungsfelder werden dann genauer beschrieben, die gesellschaftlichen Zielsetzungen definiert, Tätigkeitsschwerpunkte formuliert, Zielgruppen identifiziert und die davon betroffenen bzw. einzubeziehenden Gemeindeämter sowie notwendigen technischen Hilfsmittel benannt (Stadt Bozen 2005).
- Das *Dokument der Strategischen Entwicklung*, das in direktem Zusammenhang mit der gesamten strategischen Entwicklungsplanung für die Stadt (Ideen 2015) erarbeitet wurde. Es enthält strategische Ziele und konkrete Umsetzungspläne.

An der Ausarbeitung des Zeitleitplans waren zahlreiche Akteure beteiligt. Eine wesentliche Rolle spielte die **interdisziplinäre Arbeitsgruppe**, bestehend aus: zwei für das Projekt „Zeiten der Stadt“ verantwortlichen Beamten, der zuständigen Stadträtin, der Direktorin des Amtes für Wirtschaftstätigkeiten und einer wissenschaftlichen Expertin (Sandra Bonfiglioli). Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe veranstaltete Treffen, Workshops und Seminare mit dem Stadtratkomitee für die strategische Planung, dem City Manager, TechnikerInnen und Verwaltungsbediensteten verschiedener Gemeindeämter, BeraterInnen und Fachleuten im Bereich Raumordnung, e-government, Zeitleitplanung etc. Die Einbeziehung der BürgerInnen erfolgte über quantitative Erhebungen und qualitative Gespräche, Fokusgruppen und Call-Center für „verärgerte“ BürgerInnen. Die Ausarbeitung der Maßnahmen erfolgte im Rahmen des so genannten „partnerschaftlichen Planungstisches“ (*tavolo quadrangolare*), d.h. es wird nicht zwischen der Gemeinde und den Sozialpartnern verhandelt, sondern es geht um eine partnerschaftliche Planung (*co-progettazione*) und Abstimmung zwischen verschiedenen traditionellen und „neuen“ InteressenträgerInnen (Stadt Bozen 2005:11).

Die **strategischen Ziele** des Zeitleitplans 2005, an denen sich die Zeitpolitik der Gemeindeverwaltung Bozen orientiert, lauten wie folgt:

- Flexible Zeitpläne
- Weniger Zeitverschwendung
- Entwicklung einer „menschengerechten“ Zeitkultur
- Erfassung der Zeiten der Stadt Bozen (Stadt Bozen – Amt für Statistik und Zeiten der Stadt 2006).

Flexible Zeitpläne: Laut Zeitleitplan 2005 sind die Zeitpläne der Stadt Bozen nicht mehr von standardisierten Arbeitszeiten geprägt, Öffnungszeiten und Fahrpläne sind aber immer noch zu wenig flexibel und stehen in Widerspruch zu den Forderungen der BürgerInnen und KundInnen nach mehr Flexibilität. Ziel des Zeitleitplans ist es daher, das „komplexe System der Öffnungs- und Arbeitszeiten in der Stadt Bozen flexibler zu gestalten“. Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Handelsbetrieben, Sozial- und Gesundheitsdiensten, Transportwesen (etwa Einführung eines Transportdienstes auf Abruf). Darüber hinaus soll eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung sowie der privaten Betriebe angeregt werden (Stadt Bozen – Amt für Statistik und Zeiten der Stadt 2006).

Weniger Zeitverschwendung: Der Zeitleitplan stellt ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in der Stadt Bozen nicht nur zu Spitzenzeiten, sondern über den ganzen Tag fest. Neben dem berufsbedingten Verkehr spielen der Freizeitverkehr, der Einkaufsverkehr etc. eine große Rolle. Jeden Tag verlieren die BoznerInnen durch die notwendige Überwindung von Wegstecken sehr viel Zeit, aber auch durch Staus, Warteschlangen, den „Dschungel“ von verschiedenen Öffnungszeiten von Diensten und Handelsbetrieben. Ziel ist es, Lösungen zu finden, die den BürgerInnen Zeit ersparen. Es sind folgende Schritte notwendig: Abstimmung der Öffnungszeiten (etwa Bürgerdonnerstag), Zugänglichkeit zu Diensten verbessern (etwa Flexibilisierung der Eintrittszeiten in die Kindergärten),

Rationalisierung von Verkehrswegen (etwa BürgerInnenschalter in den Stadtvierteln), Nutzung von neuen Technologien in der Kommunikation zwischen BürgerInnen und Kommunalverwaltung und bei der Inanspruchnahme von kommunalen Dienstleistungen.

Entwicklung einer „menschengerechten“ Zeitkultur: „Die Zeit ist eine Variable, die eng mit der Lebensqualität zusammenhängt. Zeit haben und über sie frei verfügen können, das sind grundlegende Voraussetzungen für unser Wohlbefinden und unseren Lebensstandard. Eine Stadt, die die Bedürfnisse ihrer BürgerInnen ernst nimmt, muss neben dem Raumbedürfnis auch das Zeitbedürfnis berücksichtigen“ (Stadt Bozen – Amt für Statistik und Zeiten der Stadt 2006). Demnach werden im Zeitleitplan 2005 folgende Maßnahmen als wichtig erachtet: die direkte Einbindung der BürgerInnen in die Veränderungsprozesse (das setzt u.a. eine Sensibilisierung für das Thema Zeitpolitik voraus), eine verstärkte Vernetzung der verschiedenen Einrichtungen und Institutionen, die im Stadtgebiet tätig sind, und die Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen in der Schule für das Thema.

Erfassung der Zeiten der Stadt Bozen: „Wie funktioniert die Stadt und wie verändert sie sich im Laufe des Tages? Wie nutzen die BürgerInnen, wie auch PendlerInnen und TouristInnen die verschiedenen Dienste der Stadt? Wie gestalten die BoznerInnen ihren Alltag in zeitlicher Hinsicht? Und welche Personengruppen haben Schwierigkeiten mit der Zeitgestaltung?“ (Stadt Bozen – Amt für Statistik und Zeiten der Stadt 2006) Um all diese Fragen zu beantworten, sieht der Zeitleitplan die Einrichtung einer „Beobachtungsstelle der Zeiten der Stadt“ vor. Diese hat die Aufgabe, die Funktionsabläufe in der Stadt zu erforschen und zu analysieren und damit die Planung von gezielten Maßnahmen zu erleichtern. Ziel ist es, Zeitprofile für verschiedene StadtnutzerInnen und dynamische Zeitkarten (so genannte Chronomaps) der Stadt zu erstellen.

Laufende Initiativen bzw. konkrete Gestaltungsprojekte im Rahmen der Sondereinheit „Projekt Zeiten der Stadt“:

- „Zeiten der Schule“: Ziel des 2001 ins Leben gerufenen Projekts ist die flexiblere Gestaltung der Schulstundenpläne, um damit den Bedürfnissen der Familien entgegen zu kommen. Im Anschluss an einige vorbereitende Sitzungen, zu denen alle SchuldirektorInnen, die VertreterInnen des Schulamtes und die zuständigen Gemeindeämter eingeladen wurden, konnten 2002 die ersten Projektphasen umgesetzt werden, die sich auf folgende Bereiche konzentrieren: Gestaltung der Zeit vor Schulbeginn, Initiativen in der Mittagspause, Zeitbank in der Schule, Projekt „Zeitmesser“: Untersuchung der Zeiten der Kinder, periodische Analyse der Schulstundenpläne von Seiten der Gemeinde.
- Zeitbank „Gries-Quirein“ und „InterBanka Trentino-Südtirol“: Die Zeitbank entstand im Jahr 2001. Das Stadtviertel Gries-Quirein spielt als Gründungsmitglied eine aktive Rolle in der Bank und stellt den eigenen Verwaltungssitz (Telefon, Fax, Computer etc.) zur Verfügung. Alle BürgerInnen, auch aus anderen Stadtvierteln, können sich in die Zeitbank Gries-Quirein einschreiben. Hier finden sie die Möglichkeit, ihre Zeit gegen die der anderen zu tauschen. Zum Zeitpunkt der Einschreibung muss man auf einem eigenen Vordruck angeben, welche Dienste man anbieten will und welche

man dafür beanspruchen möchte. Bei der Einschreibung erhält man außerdem eine Liste aller Mitglieder und die zu jenem Zeitpunkt angebotenen und nachgefragten Dienstleistungen. Mit dem Ziel, das Modell der Zeitbanken noch weiter zu verbreiten, wurde das Netzwerk der Zeitbanken der Region Trentino-Südtirol (Gries-Querein, Meran, Bruneck, Trient und Basso Sacra) geschaffen.

- „Bürgerdonnerstag“: Ende 2002 wurden die Öffnungszeiten aller öffentlichen Ämter der Gemeinde, der Provinz, des Regierungskommissariats und von den anderen am Projekt beteiligten Körperschaften an diesem Tag vereinheitlicht und ausgedehnt (von 8:30 bis 13:00 und von 14:00 bis 17:30).
- „Konsortium Zeiten der Stadt“: Das im Januar 2003 gegründete Konsortium ist eine thematische und innovative Vernetzung von öffentlichen Körperschaften, Unternehmen und Universitäten. Das Konsortium hat seinen Geschäftssitz in Mailand und verfolgt das Ziel, technisch-wissenschaftliche Fertigkeiten und innovative Ergebnisse in den Bereichen der Zeitpolitik und der Gestaltung von Zeiten und Mobilität zu fördern und zu verbreiten. Die Stadtgemeinde Bozen zählt neben der Gemeinde Cremona, der Gemeinde Vigevano und dem „Politecnico“ in Mailand zu den Gründungsmitgliedern des Konsortiums (www.ctc.polimi.it).
- „Bozen, in 10 Minuten überall hin“: Dieses Projekt entspringt der Vision einer kompakten Stadt mit mehreren Zentren, in der alles in kurzer Zeit erreichbar ist; diese Idee ist auch Teil des Strategischen Entwicklungsplans der Stadt Bozen (Ideen 2015). Das Projekt verfolgt primär zwei Ziele: a) die Entwicklung eines Systems für die Überwachung und Analyse der zeitlichen Abläufe in der innerstädtischen Fortbewegung, wodurch die jeweils kritischen Punkte bei den verschiedenen Formen der Mobilität zu den verschiedenen Tageszeiten und im Verlauf des Jahres erfasst und entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen werden können; b) die Entwicklung von neuen Informationssystemen in Echtzeit für die BürgerInnen und *city user*, die den Zugang nicht nur über Internet ermöglichen, sondern auch aus der konkreten Mobilitätssituation heraus.
- „Die Stadt den SchülerInnen am Morgen“: Das Projekt wurde im Jahre 2006 ins Leben gerufen und verfolgt das Ziel, in den Morgenstunden eine angenehmere Atmosphäre durch geringere Verkehrsbelastung zu schaffen und die Lebensqualität der SchülerInnen und LehrerInnen während der Schulzeit zu verbessern; etwa durch Anpassung der Eintrittszeiten in den Oberschulen, Verbesserung der Zugänglichkeit zu den Schulen, Optimierung des öffentlichen Verkehrssystems, Aufstockung der Schulmensen und Förderung der Fahrradbenutzung. Im Laufe des Jahres 2006 fand eine Anhörungs- und Einbeziehungsphase der verschiedenen Stakeholder des Projektes statt: Schulämter, Schulen, Lehrpersonen, SchülerInnen, Eltern und Transportunternehmen. Aus den Treffen und Besprechungen sind zahlreiche Überlegungen zum Thema Zeitplan der Schulen, Zeitplan der Verkehrsmittel, pendelnde SchülerInnen und Mensen für OberschülerInnen hervorgegangen. Derzeit werden verschiedene Gestaltungsexperimente in einigen Zonen der Stadt durchgeführt.
- „Beobachtungsstelle über die Zeiten der Stadt“: Entsprechend dem Zeitleitplan 2005 wurde die Beobachtungsstelle zu Beginn des Jahres 2007 in Zusammenarbeit mit der

Universität Mailand Bicocca ins Leben gerufen. Es handelt sich dabei um ein dynamisches System zur Gewinnung von Erkenntnissen mittels alljährlicher Studien und Nachforschungen, wie auch mittels Ausarbeitung von fortlaufend aktualisierten Indikatoren. Unter anderem ist die Ausarbeitung von eigenen Profilen der Nutzung von Zeit durch verschiedene Personenkategorien (EinwohnerInnen, PendlerInnen, TouristInnen, *city user*) vorgesehen.

- „Time Code – Bozen und seine Zeiten“: Diese Projekt versuchte im Herbst 2007 durch verschiedene Veranstaltungen die Bevölkerung von Bozen für das Thema Zeit zu sensibilisieren und anzuregen, sich über den Wert der Zeit Gedanken zu machen (www.timecode.bz.it).
- „Master-Diplom „Zeitpolitik. Lebensqualität und nachhaltige Politik“: Die Stadt Bozen fördert einen Lehrgang zur Erreichung eines Master-Diploms zweiten Grades zum Thema „Zeitpolitik. Lebensqualität und nachhaltige Mobilität“. Organisiert wurde der einjährige Lehrgang vom Politecnico Mailand in Zusammenarbeit mit der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und der Universität von Belfort (F). Die erste Ausgabe des Kurses hat im Jänner 2005 begonnen und bis Jänner 2006 gedauert. Die DozentInnen sind international renommiert, die Leitung des Master-Lehrgangs hat Sandra Bonfiglioli vom Politecnico Mailand. Der Lehrgang ist hauptsächlich für FunktionärInnen der öffentlichen Verwaltung, von territorialen Einrichtungen, Unternehmen und NGOs gedacht. Angeboten wird die Ausbildung von Fachleuten in urbaner Zeitpolitik. Im Moment wird an einer zweiten Ausgabe des Master-Lehrgangs gearbeitet (www.ctc.polimi.it).

3.2. „Zeitbüro“ und „Zeitleitplan“ für Rom

Das römische Zeitbüro oder besser gesagt, das *Amt für Zeiten und Zeit/Stundenpläne* (*Ufficio Tempi e Orari*) wurde auf Basis einer Machbarkeitsstudie im Auftrag des Gemeinderates bereits 1994, damals direkt im Büro des Bürgermeisters, installiert. Es sollte dem Bürgermeister dazu dienen, seine – mit der Änderung des Artikels 36 des Staatsgesetzes aus dem Jahr 1990¹⁰ festgelegten – zeitpolitischen Aufgaben wahrzunehmen. Ähnlich wie im Falle von Bozen verabschiedete die Region Lazio Mitte der 90er Jahre ein „Rahmengesetz zur Förderung der Zeitpolitik“ und die Gemeinde Rom passte ihre Satzung an, indem sie „die große soziale und ökonomische Bedeutung der Zeitgestaltung anerkennt und alle Initiativen fördern will, die am besten auf den zeitpolitischen Bedarf der BürgerInnen reagieren“ (Comune di Roma 2005).

Das Amt für Zeiten und Stundenpläne der Gemeinde Rom ist derzeit im Department für „Verwaltungsvereinfachung und Kommunikation“ (Department XVII) angesiedelt und fällt damit in die Zuständigkeit der Stadträtin für „Vereinfachung, Kommunikation und Gleichstellung“. Derzeit umfasst es insgesamt sieben Beschäftigte.

¹⁰ Vgl. dazu Kapitel 2.1.

„Vorrangige Aufgabe des Amtes für Zeiten und Zeit/Stundenpläne der Gemeinde Rom ist das Überdenken und die Modernisierung der gesamten Organisation der Öffnungszeiten und Dienstleistungen mittels Beteiligung der BürgerInnen, der Beschäftigten und der NutzerInnen. Es sollen gemeinsam neue Instrumente entwickelt werden, um eine bessere Nutzung der Dienstleistungen zu gewährleisten sowie die sozialen Teilhabechancen für alle zu erhöhen, insbesondere aber für die besonders hilfsbedürftigen BürgerInnen“ (Comune di Roma 1997:2).

Als **Aufgaben** des römischen „Zeitbüros“ gelten:

- Definition sowie Planung der Harmonisierung und Koordinierung der Stundenpläne und Zeiten der Stadt; dies hat unter Einbeziehung der Institutionen und Einrichtungen vor Ort zu geschehen;
- Sammeln und Abwägen der Vorschläge (sowohl von Seiten der BürgerInnen als auch von Seiten der öffentlichen Verwaltung) zur Reorganisation der Zeiten der Stadt, zur Verbesserung der Lebensqualität sowie der Qualität der Dienstleistungen;
- Initiierung und Förderung von Einzelprojekten zur Harmonisierung von kollektiven Stundenplänen und individuellen Zeiten;
- Aktivierung der für kommunale Zeitpolitik relevanten sozialen Akteure.

Die zahlreichen **Aktivitäten** des römischen „Zeitbüros“ seit seiner Entstehung lassen sich in vier Bereiche unterteilen: 1) Verbreitung und Diskussion des Themas „Stadtzeiten“ sowohl innerhalb der Verwaltung als auch mit den BürgerInnen; 2) weiterführende Institutionalisierung von Zeitpolitik auf Kommunal- und Bezirksebene; 3) zeitbezogene Problem- und Bedarfserhebungen bei den BürgerInnen auf Kommunal- und Bezirksebene sowie Bürgerbeteiligungsverfahren und 4) Umsetzung konkreter Gestaltungsprojekte.

Zu den wesentlichsten Schritten im Hinblick auf die **Institutionalisierung** kommunaler und lokaler Zeitpolitik in Rom gehören:

- Schriftliche Übereinkunft (*Protocollo d'intesa*) im April 1995 zwischen der Gemeinde, dem Präfekt, dem Präsidenten der Handelskammer, der Schulbehörde, den drei größten Gewerkschaften und deren Frauenabteilungen; diese Übereinkunft verpflichtet alle Beteiligten zur Reorganisation der Zeiten und Stundenpläne der Stadt; zudem verpflichtet sich die Gemeindeverwaltung, einen Zeitleitplan zu erstellen, an dem alle anderen ihre Aktivitäten orientieren müssen.
- Nominierung eines technisch-wissenschaftlichen Komitees (zwei Soziologinnen, zwei RaumplanerInnen) zur Erarbeitung des ersten Zeitleitplans im August 1995 (auf Beschluss der Stadtregierung)
- Die Ernennung von 39 ReferentInnen für Stadtzeiten im Jahr 1999. Diese arbeiten in enger Zusammenarbeit mit dem „Zeitbüro“ und sind auf Stadtteilebene für das Thema „Stadtzeiten“ verantwortlich; die ReferentInnen erhalten auch entsprechende Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen.

- Im Jahr 2004 kam es zur Errichtung der „Ständigen Beobachtungsstelle für Zeiten der Stadt“. Zudem wird seit 2007 jährlich eine neue Arbeitsgruppe gebildet, um auf Basis des neuen Zeitleitplans einen jährlichen Arbeitsplan für die Beobachtungsstelle zu erstellen. So sieht etwa das Arbeitsprogramm 2008 vor: Monitoring der Zeitbanken; Datenerhebung betreffend Wegestrecke Wohnort-Arbeitsplatz der Gemeindebediensteten; empirische Untersuchung betreffend das Bürgerservice „*La Porta del Diritto*“ (unentgeltliche Rechtsauskünfte).
- Im Jahr 2007 kam es zur Einrichtung des im Zeitleitplan 2005 vorgesehenen „Resortübergreifenden Tisches“ (*tavolo interdipartimentale*).

Zu den wesentlichsten **Aktivitäten** im Hinblick auf die Problem- und Bedarfserhebungen zählen:

- Fragebogenerhebung im Mai 1995 über die Präferenz der BürgerInnen im Hinblick auf die Öffnungszeiten der kommunalen Verwaltungsbehörden
- Zeitpolitisches Seminar der Stadtverwaltung mit BürgerInnenverbänden und -vertretungen (u.a. Vorstellung des technisch-wissenschaftlichen Komitees und von ersten Ideen für den Zeitleitplan; Ideenaustausch mit den VertreterInnen der BürgerInnen)
- Empirische Studie zum Thema Zeitverwendung und -probleme in zwei römischen Bezirken im Jahr 2004. Methode: Telefoninterviews; 8 Fokusgruppen mit BewohnerInnen und StadteilnützerInnen. Diese Studien dienten dazu, zukünftige Zeitprojekte zu entwickeln; die Themen der Befragung und Diskussionen bezogen sich auf: Wegzeiten von und zur Arbeit/Schule; Vereinbarkeit von Erwerbsarbeitszeiten mit jener der Kinder (insbesondere täglicher Schulbeginn und Schulende); Verkehrsprobleme und Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel (Comune di Roma; Ufficio di Statistica, 2005).

Zu den interessantesten **zeitpolitischen Gestaltungsprojekten** zählen:

- Im März 1996 eröffnete auf Betreiben der Gemeinde, von GewerkschaftsvertreterInnen und der Interessenvertretung des Ehrenamtes die erste *Zeitbank* in Rom. Nach den positiven Erfahrungen wurden im darauf folgenden Jahr 13 weitere Zeitbanken geschaffen. Ähnlich wie in Bozen können sich interessierte Menschen in eine Zeitbank einschreiben lassen und erhalten dann zwei Scheckhefte, eines für Zeiten bzw. Tätigkeiten, die sie anbieten, und eines für die Zeiten bzw. Tätigkeiten, die sie erhalten. Im Mai 1998 organisierte das „Zeitbüro“ ein öffentliches Seminar zum Thema Zeitbanken und konnte UniversitätsprofessorInnen, hohe VerwaltungsbeamtInnen der Stadt und hohe Gewerkschaftsfunktionäre als ReferentInnen gewinnen.
- Der bereits im Zeitleitplan 1997 enthaltene „*Bürgerdonnerstag*“ wird umgesetzt und damit Öffnungs- bzw. Personenverkehrszeiten der öffentlichen Dienststellen erweitert und vereinheitlicht (9:00 bis 19:00).
- Im Jahr 2001 startete das Online-Projekt „*Informationssystem: Öffnungszeiten in Rom*“ (Sistema Informativo degli Orari di Roma – SIOR). Dieses zeitbezogene Informationssystem geht über die Verwaltungseinrichtungen hinaus und schließt auch

Informationen über öffentliche Verkehrsmittel, Apothekendienste, Sommeröffnungszeiten von Lebensmittelgeschäften etc. mit ein (www.sior.comune.roma.it).

- *Öffnung* einzelner kommunaler Verwaltungsbehörden während der *Abendstunden* (17:00 bis 22:00) – ganzjährig, aber vor allem auch in den Sommermonaten.
- Experiment: *Flexibilisierung der Schulzeiten* (Eingang zwischen 8:00 und 9:00 Uhr); das Zeitbüro führte hierzu ein Monitoring durch: etwa 17% der Schulen haben sich daran beteiligt.
- Im Jahr 2005 startete das Experiment car-pooling in einem Bezirk. Organisiert wird dieses durch ein Call-Center und Internetportal, wo sich interessierte Menschen anmelden können, um z.B. gemeinsam in die Arbeit zu fahren (www.comune.roma.it).

Der erste römische **Zeitleitplan 1997** (*Piano di tempi e degli orari del comune di Roma*) verstand sich als Meta-Plan, das heißt, an seiner inhaltlichen Ausrichtung sollten sich andere kommunale Planungsdokumente (etwa der Raumordnungsplan, der Verkehrsplan) orientieren und die vorgeschlagenen Aktivitäten einfließen lassen. Darüber hinaus bestand – laut Zeitleitplan – eine der wichtigen Aufgaben des Dokuments darin, die „Zeitdimension in allen Politikbereichen, die das Alltagsleben der BürgerInnen beeinflussen, hervorzuheben. Dadurch soll in allen öffentlichen und privaten EntscheidungsträgerInnen ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass ihre Entscheidungen auch immer zeitpolitische Auswirkungen haben“ (Comune di Roma 1997).

Der Zeitleitplan 1997 legte vier Interventionsgebiete fest:

- „Alltagszeit“ (*il tempo quotidiano*): Darunter fallen Maßnahmen wie die Einrichtung von Zeitbanken; Initiativen für Eltern und Kinder während der Schulferien; Initiativen im August bzw. zur Sommer-Urlaubszeit etc.
- „Freizeit“ (*il tempo libero*): Darunter fallen Maßnahmen wie die Verlängerung der Öffnungszeiten der Museen; Sonntagsöffnung im Handel etc.
- „Bürokratische Zeit“ (*il tempo burocratico*): Darunter fallen Maßnahmen wie Ausdehnung der Schalteröffnungszeiten bei den kommunalen Verwaltungseinrichtungen; Abendöffnung des Meldeamtes; Einführung des Bürgerdonnerstags; Einführung von one-stop-offices; Einrichtung einer Website und eines Telefonservices; Vereinfachung von Verwaltungsprozeduren etc.
- „Mobilitätszeit“ (*tempo della mobilità*): Darunter fallen Maßnahmen wie Erstellung eines allgemeinen Verkehrsplans, Experiment car-pooling und car-sharing; Kampagne für das Fahrradfahren; Einführung von „Werksbussen“ für Gemeindebedienstete.

Der erste Zeitleitplan brachte – laut „Zeitbüro“ – insbesondere zwei Ergebnisse hervor:

- 1) Auf politischer Ebene wurde ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass der schwierige Ausgleich zwischen den verschiedenen alltäglichen Zeiterfordernissen nicht mehr nur den Familien und den Individuen allein überantwortet werden kann, sondern als kollektive Aufgabe verstanden werden muss und eine Angelegenheit öffentlichen Interesses ist (Comune di Roma 2005:10).

- 2) Auf Ebene der konkreten Maßnahmen wurden vor allem folgende Ergebnisse erzielt: eine Vereinfachung der Kommunikation und des Verhältnisses zwischen BürgerInnen und Kommunalverwaltung, eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe und eine Reduktion der erforderlichen Wegstrecken (Comune di Roma 2005:10).

Im Jahr 2003 beginnt das „Zeitbüro“ mit der Erarbeitung des **zweiten Zeitleitplans** für Rom. Auch hier wurden von Beginn an die BürgerInnen in den Prozess mit einbezogen. Eine bedeutende Rolle kam dabei dem Verein *Cittadinanzattiva Lazio* (d.h. einer zivilgesellschaftlichen Interessenvertretung der Region Lazio) zu (Comune di Roma 2005a:18). Im Sinne der BürgerInnenbeteiligung wurden im Jahr 2003 mehrere Fokusgruppen und Runde Tische mit BürgerInnenvertretungen organisiert, wobei es hier zunächst um die Diskussion der von der „Arbeitsgruppe zur Erstellung des Zeitleitplans“ erarbeiteten theoretischen Vorannahmen ging. Im Jahr 2004 wurden in zwei ausgewählten Bezirken (5 und 11) weitere Fokusgruppen organisiert. Hier ging es darum, den konkreten Handlungsbedarf vor Ort zu erheben und die geplanten Maßnahmen auf ihre Sinnhaftigkeit und Alltagstauglichkeit hin zu prüfen. Ein weiteres wichtiges Element in der Erarbeitung des zweiten Zeitleitplans stellte die wissenschaftlich-empirische Fundierung dar. Sie diente sowohl der Erhebung des Handlungsbedarfs als auch der Sammlung von Maßnahmenvorschlägen. Dazu wurden vom „Zeitbüro“ z.B. gezielte qualitative Untersuchungen und quantitative Erhebungen organisiert bzw. in Auftrag gegeben. Weiters wurden drei ressortübergreifende thematische „Arbeitsgruppen“ installiert. Diese dienten dem Erfahrungsaustausch über bestehende zeitpolitische Projekte und der Weiterentwicklung in den drei Themenfeldern: Elternschaft, Mobilität und Vereinfachung (Comune di Roma 2005a:15ff).

Im Sinne einer partizipativen Erstellung des Zeitleitplans wurde der von der Gemeinderegierung (*giunta comunale*) im Frühjahr 2005 angenommene Entwurf des Zeitleitplans gleichzeitig für 60 Tage ins Internet gestellt und in den zwei genannten Bezirken im Rahmen von Veranstaltungen mit den BürgerInnen zur Diskussion gestellt. Nach der Einarbeitung diverser Vorschläge wurde dann im September 2005 die endgültige Fassung vom Gemeinderat (*consiglio comunale*) beschlossen.

Der zweite römische Zeitleitplan 2005 (*Piano di tempi e degli orari della città*) geht von einer ständig wachsenden Stadt/Metropole und einer zunehmend heterogenen Gesellschaft aus (Stichworte: multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, große Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen sozialen Schichten, zwischen EinwohnerInnen und „BesucherInnen“ etc.), die nur schwer fassbar und auf Stadtebene nur begrenzt gestaltbar ist. Daher wird in diesem zweiten Zeitleitplan neben der horizontalen Dimension die lokale bzw. vertikale Ebene stark betont.

Die horizontale Dimension umfasst **drei Themenbereiche**: Elternschaft (*genitorialità*), Mobilität (*mobilità*) und Vereinfachung (*semplificazione*). Für alle diese Querschnittsmaterien werden eine thematische Analyse bzw. Standortbestimmung bezogen auf Rom gemacht, konkrete Ziele definiert, bereits umgesetzte Maßnahmen (vor allem aus dem ersten Zeitleitplan 1997) beschrieben und neue Maßnahmen und Vorschläge vorgestellt.

„Der Familie Zeit zurückgegeben“, lautet die Zielsetzung im Themenbereich *Elternschaft*. Das soll erreicht werden, indem die unterschiedlichen Zeitanforderungen von Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit und Beziehungsarbeit harmonisiert werden. In diesem Zusammenhang wird auch das Recht auf „Freizeit“ (freie Spielzeit im Gegensatz zur verplanten Freizeit) von Kindern betont (Comune di Roma 2005a:29).

Ziele und Maßnahmen in diesem Bereich sind:

- Erhöhung der Flexibilität bei den Schulstundenplänen (Beginn und Ende), um diese besser mit den Arbeitszeiten und Wegzeiten der Eltern abzustimmen.
- Förderung der Vaterschaft und der Inanspruchnahme von Elternkarenz durch Väter (Sensibilisierungskampagnen etc.)
- Schaffung und Förderung von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen
- Förderung der Eigenständigkeit der Kinder im Hinblick auf Schulwege, etwa durch den „Schulbus zu Fuß“ (Schulwegbegleitung in der Gruppe durch zwei Erwachsene; gibt es derzeit in fünf Bezirken)
- Schaffung von qualitativ hochwertigen Freizeitangeboten für (ältere) Kinder am späten Nachmittag oder bei Ausfall von Schulstunden („Spiel- und Freizeitboxen“, meist von 16:30-19:00 und am Samstagvormittag; bieten auch in den Ferien und an Feiertagen Aktivitäten)
- Zeitersparnis durch Vereinfachung (Verweis auf Themenbereich 3)
- Förderung von Zeitbanken mit spezifischen Angeboten

Im Themenbereich „*Mobilität*“ lauten die Zielsetzungen: Schaffung von Strukturen und Instrumenten, die es allen beteiligten Akteuren erlaubt, den Handlungsbedarf zu definieren und Lösungsvorschläge zu formulieren. Unter anderem geht es auch um die Förderung einer ausgeglicheneren Nutzung des öffentlichen Raums.

Ziele und Maßnahmen in diesem Bereich sind:

- Reduzierung der Notwendigkeit des Ortswechsels; z.B. durch e-government
- Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs: Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen und Fußgängerzonen, car-sharing (wird finanziell von der Stadt unterstützt) und car-pooling (etwa an der Universitätsklinik Umberto I); Gemeinschaftstaxis, Schulbusse; Ausbau und Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs etc. Installation von Mobility Managern bei der Stadtverwaltung und großen Unternehmen (seit 1998 gibt es ein Gesetz auf nationaler Ebene, wonach öffentliche und private Einrichtungen mit mehr als 300 Bediensteten und Unternehmen mit mehr als 800 Beschäftigten einen Mobility Manager ernennen müssen, der für die Transportmodalitäten des Personals verantwortlich ist; erklärtes Ziel ist die Reduzierung der Nutzung des Privatautos; die Stadtverwaltung von Rom hat seit 1999 einen Mobility Manager, der kollektive Transportmöglichkeiten zu U-Bahnstationen und car-pooling organisiert) (Comune di Roma 2005a:40).

„Den BürgerInnen Zeit zurück geben“, lautet die Zielsetzung des Themenbereichs „*Vereinfachung*“. Konkret geht es hier um eine Verwaltungsvereinfachung bzw. die ver-

einfache und verbesserte Kommunikation sowie Interaktion von Kommunalverwaltung und BürgerInnen.

Folgende Ziele bzw. bestehende Maßnahmen sollten vertieft oder konsolidiert werden:

- Anpassung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten bei Verwaltungseinrichtungen (Samstagöffnung; Ausdehnung der Abendöffnung 17:00-22:00 auf weitere Dienststellen und in weiteren Bezirken; Ausdehnung der Öffnungszeiten am „Bürgerdonnerstag“)
- Vereinfachung von Strukturen und Abläufen: Schaffung eines one-stop-shops in verschiedenen Bezirken für Menschen mit physischen oder psychischen Beeinträchtigungen (so genannte H-Schalter); Schaffung eines one-stop-shops für Unternehmen, thematische one-stop-shops etc.
- Weitere Ausschöpfung der technischen Möglichkeiten: Verbesserung der Online-Dienste; Servicetelefon auf zwei Ebenen (einfache Auskünfte und Problemlösung)
- Schaffung einer unentgeltlichen Rechtsberatung (*Porta del Diritto*) auf Bezirksebene
- Vertiefung der Partizipation und BürgerInnennähe: BürgerInnendienst für Beschwerden und Anregungen; Ideenwettbewerbe für kommunalpolitische Aktivitäten; Förderung von Zeitbanken etc.

Der Notwendigkeit, stärker von der lokalen Realität auszugehen, wurde im fünften Abschnitt des Zeitleitplans Rechnung getragen. In zwei Bezirken (5 und 11) wurden einerseits spezielle Zeit- und Bedarfserhebungen gemacht, besondere Partizipationsformen angewendet (etwa Fokusgruppen) und konkrete lokale Projekte umgesetzt bzw. initiiert. Inhaltlich geht es hier ebenfalls um die zwei Themenbereiche „Elternschaft“ und „Mobilität“ sowie zusätzlich um das Thema „Zeit der Geselligkeit und der Nacht“ (*tempo della socialità e della notte*). Konkrete Maßnahmenvorschläge und Gestaltungsprojekte beziehen sich hier auf die Bezirksebene: mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen; flexiblere Schulöffnungszeiten, zusätzliche Schulbusse; Kinderspielplätze, Ausbau und Frequenzerhöhung von öffentlichen Buslinien, verbesserte Straßenbeleuchtungen; Nachtbusse, Fahrradwege, Fußgängerzonen, Re-Vitalisierung von Plätzen, Straßen, Grünräumen etc.

Im Zeitleitplan 2005 werden auch drei *Instrumente* angeführt, die zur Umsetzung kommunaler Zeitpolitik bzw. des Zeitleitplans notwendig sind:

- 3) Die „Permanente Beobachtungsstelle für Stadtzeiten“ (*Osservatorio permanente die Tempi della Città*) wurde, wie bereits erwähnt, schon 2004 geschaffen. Zu den Aufgaben der Beobachtungsstelle zählen: Sammlung, Analyse und Aufarbeitung von Daten und Informationen, die für eine kommunale Zeitpolitik von Relevanz sind; Aufzeigen von kritischen Momenten in der Zeitverwendung; Förderung von wissenschaftlichen Untersuchungen über die Entwicklung und Gestaltung von kommunalen Zeitprojekten.
- 4) Die „Konzertierungsrunde“ (*Tavolo di concertazione*) wird vom Bürgermeister eingesetzt und besteht aus ihm selbst, dem Präfekt, dem/der LeiterIn der Provinz Lazio, den LeiterInnen aller betroffenen kommunalen Verwaltungseinheiten, den In-

teressenvertretungen der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen (insbesondere Handel, Dienstleistungen und Landwirtschaft), dem Stadtschulrat und den VertreterInnen der römischen Universitäten sowie der Verkehrsunternehmen. Die Aufgabe der Konzertierungsrunde besteht in der Umsetzungskontrolle der geplanten zeitpolitischen Projekte.

- 5) Der 2007 geschaffene „Ressortübergreifende Arbeitstisch“ (*Tavolo interdipartimentale*) übernimmt Koordinierungsaufgaben und besteht aus dem Department für Vereinfachung und Kommunikation, dem „Zeitbüro“, dem Umweltdepartment, dem Verkehrsdepartment, dem Department für Jugend und Familie, dem Department für Bildung und Schule, dem Handelsdepartment und dem Department für Humanressourcen.

3.3. „Zeit/Raumpolitik“ in Florenz

Die Besonderheit der kommunalen Zeitpolitik in Florenz besteht darin, dass sie explizit mit der Raumpolitik verknüpft wird. Dementsprechend heißt das „Zeitbüro“ in Florenz auch **Büro für Zeiten und Räume** (*Ufficio Tempi e Spazi*) und auch die Machbarkeitsstudie zur Erstellung eines „Zeitleitplans“ lief unter dem Titel „Koordinierungsplan für Zeiten, Stundenpläne und Räume der Stadt“ (*Piano di coordinamento dei tempi, degli orari e degli spazi della città*).

Das Büro für Zeiten und Räume wurde bereits Mitte der 90er Jahre geschaffen. In der erwähnten Machbarkeitsstudie „Koordinierungsplan für Zeiten, Stundenpläne und Räume der Stadt“ wurden auch die Interventionslinien für das „Zeitbüro“ festgehalten:

- Aktivierung der wichtigsten sozialen AkteurInnen im Hinblick auf die Zielsetzung des Projekts sowie Angaben über die Vorgehensweise und die einzusetzenden Instrumente: z.B. „Schriftliche Übereinkunft“ (*Protocollo d'intesa*), „Runde Tische“ etc.
- Erfassen der zeitlichen Realität der Stadt mit Hilfe von geeigneten Studien sowie der Schaffung einer permanenten „Beobachtungsstelle“ im „Büro für Zeit und Raum“; diese Beobachtungsstelle gewährleistet aktuelle und aktualisierbare Informationen zur zeitlichen Stadtrealität.
- Vorauswahl von Interventionen und zielgerichteten kommunalen zeitpolitischen Experimenten (Bevilaqua 1997)

Das Zeitbüro ist in der Direktion „Bildung“ angesiedelt und besteht derzeit aus drei Mitarbeiterinnen. Die Stadträtin für Bildung ist für die kommunale Zeitpolitik sowie die Ausarbeitung und Umsetzung des „Zeitleitplans“ zuständig. Folgende Aufgaben des „Zeit/Raumbüros“ werden aktuell auf der kommunalen Homepage angeführt:

- Durchführung von Untersuchungen betreffend die zeitliche Realität der StadtbewohnerInnen
- Monitoring von bestehenden zeit/raumpolitischen Projekten

- Zusammenarbeit mit den sozialen und institutionellen AkteurInnen und mit den BürgerInnen der Stadt, die sich für Zeitpolitik interessieren.
- Planung und Umsetzung von Maßnahmen und gezielten Experimenten zur Reorganisation der öffentlichen Zeitpläne der Stadt mit dem Ziel der Zeitersparnis für BürgerInnen, der Vereinfachung des Lebens und von Qualitätsverbesserungen (www.comune.firenze.it/istruzione/temporari_spazi/ufficio/index.html)
- Die erwähnte Machbarkeitsstudie „Koordinierungsplan für Zeiten, Stundenpläne und Räume der Stadt“ wurde 1996 von der Kommunalverwaltung in Auftrag gegeben. Als **Hauptaufgabe** des „Zeitleitplans“ wird eine Art „**Zeit-Mainstreaming**“ definiert: „Sichtbarmachen der Zeitdimension in allen Politiken, die das Leben der Stadt beeinflussen, damit alle öffentlichen und privaten Akteure die Auswirkungen ihres Handelns auf die städtische und individuelle Zeit mit bedenken“ (Bevilaqua 1997:4).

Auf Basis dieser Machbarkeitsstudie wurden bereits 1997 die „Vorläufigen grundsätzlichen Ausrichtungen des Plans“ durch einen Gemeinderatsbeschluss angenommen. Der erste detaillierte „Zeit/Raumleitplan“ (*Piano Territoriale degli Orari*) wurde im Jahr 2004 ausformuliert und beschlossen. Er besteht aus fünf Kapiteln: Zielsetzungen, Vorgehensweise, realisierte Projekte, Entwicklung der Zeitpolitik in Florenz sowie Instrumente, Erhebungen und Monitoring (Comune di Firenze 2004). In der Zwischenzeit wurde jedoch sowohl die Institutionalisierung kommunaler Zeitpolitik vorangetrieben als auch zahlreiche Aktivitäten gesetzt bzw. konkrete Projekte umgesetzt. Diese Maßnahmen und Aktivitäten werden auch im „Zeit/Raumleitplan“ 2004 näher dargestellt.

Zu den **wesentlichsten Instrumenten** bzw. Institutionalisierungsschritten kommunaler Zeitpolitik in Florenz zählen – ähnlich wie in Bozen und Rom – folgende:

- Bereits im Jahr 1996 kam es auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses zur Einrichtung einer „**Ressortübergreifenden Koordinierungsgruppe für Zeitpolitik**“ in Florenz. Die Leitung dieser Gruppe obliegt der zuständigen Stadträtin und setzt sich aus weiteren neun StadträtInnen (etwa für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Urbanistik und Städtebau, Handel und Wirtschaft) sowie den Präsidenten der fünf Bezirke zusammen. Aufgabe der Koordinierungsgruppe ist die permanente Auseinandersetzung mit dem Thema der „Lebensqualität“, die Gewährleistung der Koordination zwischen den einzelnen StadträtInnen hinsichtlich der Zeiten, Stundenpläne und Räume der Stadt, Kooperation betreffend die grundsätzliche Ausrichtung der Zeit/Raumpolitik der Stadt sowie betreffend die Auswahl der umzusetzenden Projekte.
- Im Jahr 1999 kam es zur Unterzeichnung einer „**schriftlichen Übereinkunft**“ (*protocollo d'intesa*) zwischen der Gemeinde Florenz, den sechs angrenzenden Gemeinden, der Provinz, der Region, der Präfektur, den Gesundheitsstellen, den Universitäten, der Handelskammer, der Quästur, der Post, der Bahn und anderen wichtigen Einrichtungen sowie den Interessenvertretungen der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Mit dieser Übereinkunft verpflichteten sich alle beteiligten Institutionen und Einrichtungen, in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich für die Umsetzung einer abgestimmten und zielgerichteten Zeit/Raumpolitik Sorge zu tragen. Als konkrete Pro-

jekte bzw. weitere Institutionalisierungsschritte wurden u.a. die Einführung eines „Bürgerdonnerstags“ und die Einrichtung eines „Runden Tisches“ sowie eines „Bürgerforums“ genannt.

- Dementsprechend folgte 1999/2000 die Einrichtung eines „**Konzertierungstisches**“ sowie eines „**BürgerInnenforums**“. Der Konzertierungstisch umfasst die Sozialpartner, alle Einrichtungen und Institutionen der Stadt Florenz sowie die angrenzenden Gemeinden und hat vor allem die Aufgabe, die im Zeit/Raumleitplan vorgesehenen Projekte umzusetzen bzw. deren Umsetzung zu kontrollieren. Das „BürgerInnenforum“ setzt sich in erster Linie aus BürgerInnenvereinigungen bzw. -verbänden zusammen und dient in erster Linie dem Informationsaustausch und als Diskussionsforum im Hinblick auf die Umsetzung des „Zeit/Raumleitplans“.
- Wie bereits in der Machbarkeitsstudie zum „Zeit/Raumleitplan“ vorgeschlagen, wurde eine „**Beobachtungsstelle für Stadtzeiten**“ (*Osservatorio sui tempi della città*) eingerichtet. Zu den Aufgaben dieser Stelle gehört u.a. das Monitoring der Entwicklung der Stadtzeiten, die Erhebung und Analyse der Auswirkungen der zeitpolitischen Maßnahmen auf Öffnungszeiten der Verwaltungsbehörden, der Schulen, der Handelsgeschäfte und anderer Einrichtungen in der Stadt sowie die Sammlung von quantitativen und qualitativen Erhebungen, die vom „Zeit/Raumbüro“ in Auftrag gegeben wurden (Comune di Firenze 2004:35ff).

Die zahlreichen **Aktivitäten und konkreten Projekte**, die Florenz seit Mitte der 90er Jahre im Rahmen der „Zeit/Raumpolitik“ gesetzt hat, lassen sich in folgende Bereiche zusammenfassen:

- **„Veränderung der Schulöffnungszeiten und neue Maßnahmen für die Familien“:** Ähnlich wie in Bozen und Rom standen Maßnahmen in diesem Bereich am Beginn der kommunalen Zeitpolitik und wurden in Florenz bereits 1998 gesetzt. Sie beziehen sich vor allem auf eine De-Synchronisation der täglichen Beginn- und Endzeiten der Schulen, die Betreuung vor und nach der Schule, die Sicherung der fußläufigen Schulwege sowie die Einführung von Schulbussen. Den Maßnahmen vorausgegangen waren zwei wissenschaftliche Untersuchungen (Themen: Mobilität von SchülerInnen sowie Beginn- und Endzeiten). Zusätzlich zu den konkreten Maßnahmen wurde eine Vielzahl an Informationsmaterial erstellt und verteilt. Dieses Informationsmaterial dient sowohl der themenspezifischen Sensibilisierung als auch der Bekanntgabe der gesetzten konkreten Maßnahmen. Darüber hinaus gibt es drei Monitoring-Projekte in diesem Bereich (Themen: neue Beginn- und Endzeiten, Betreuung vor und nach der Schule, Sicherung der Schulwege). Wesentlichstes Ergebnis ist die hohe bzw. sehr hohe Zufriedenheit mit den gesetzten Maßnahmen.
- **„Ausdehnung und Anpassung der Öffnungszeiten der kommunalen Verwaltungseinrichtungen“:** Zur Feststellung des tatsächlichen Bedarfs wurden zunächst zwei Erhebungen durchgeführt. Bereits im Jahr 1998 kam es basierend auf den Ergebnissen und nach Verhandlungen mit den Gewerkschaften und den Gleichstellungsbeauftragten zur Anpassung bzw. Ausdehnung der Öffnungszeiten, wobei die wöchentliche Arbeitszeit von 36 Stunden unverändert blieb. Diese Veränderungen wurden den BürgerInnen auf unterschiedlichste Weise (durch Zeitungsinserate, Informations-

broschüren an jeden Haushalt u.a.) kommuniziert und später einem Monitoring unterzogen (Themen: zeitphasenbezogene Besucherquote und Zufriedenheit mit den neuen Öffnungszeiten).

- **Einführung eines „Bürgerdonnerstags“:** Hier kam es in zwei Phasen (1. Phase bis 2001 und 2. Phase bis 2003) zur Abstimmung und Ausdehnung der Öffnungszeiten unterschiedlichster öffentlicher Einrichtungen und Institutionen auf dem Stadtgebiet von Florenz. Die geänderten Öffnungszeiten wurden ebenfalls sehr stark kommuniziert und einem Monitoring unterzogen.
- **Errichtung von „Zeitbanken“:** In Florenz haben Zeitbanken ebenfalls eine wesentliche Bedeutung im Rahmen der kommunalen und lokalen Zeitpolitik. Auch wenn die Zeitbanken von den BürgerInnen selber verwaltet werden, kam der Impuls zur Gründung der vier Zeitbanken von der Stadtverwaltung bzw. vom „Zeit/Raumbüro“. Das Monitoring der Zeitbanken erfolgt jährlich.
- **„Urbane und soziale Qualität im Stadtteil Novoli-Baracca“:** Der „Zeit/Raumleitplan“ 2004 sieht zwei Interventionsebenen vor, nämlich das gesamte Stadtgebiet und Stadtteile mit spezifischen Problemlagen. Dieses Projekt ist auf der zweiten Ebene angesiedelt, wobei es allgemein um eine adäquate zeitpolitische Re-Organisation des Stadtteils Novoli-Baracca vor dem Hintergrund massiver städtebaulicher Veränderungen (z.B. Errichtung eines neuen Universitätszentrums, Ansiedlung des Gerichtszentrums, neuer Wohnbau) geht. Konkrete Maßnahmen werden in folgenden Bereichen gesetzt: Abstimmung der „alten“ und „neuen“ öffentlichen Dienstleistungen vor Ort, Mobilität, Verbesserung der sozialen Beziehungen. Grundlage für konkrete Maßnahmen bilden auch hier Erhebungen bzw. qualitative Studien (Themen: Zeitverwendung, Nutzung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Erwartungen der BewohnerInnen, Arbeitszeiten, Mobilität und Erwartungen der Beschäftigten der öffentlichen Einrichtungen vor Ort). Zudem kam es zur Erstellung von Informationsbroschüren zu den geplanten städtebaulichen Veränderungen und den zeitpolitischen Maßnahmen.
- **„Nutzung von Schulen außerhalb der Schulstunden“:** Bereits 1998 wurde eine Befragung der SchülerInnen zum Bedarf der Nutzung der Schulen außerhalb der Schulstunden durchgeführt. Nachdem über 70% der SchülerInnen einen Bedarf artikulierten und auch die ebenfalls befragten Direktoren diese Idee grundsätzlich positiv fanden, wurden alle formalen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass vor allem SchülerInnen und Eltern, aber auch andere Gruppen (LehrerInnen, gemeinnützige Vereine etc.) die Schulen außerhalb der Schulzeit für nicht gewinnbringende, kulturelle und bildungsergänzende Aktivitäten nutzen können.
- **„Vereinbarkeit von Beruf und Leben sowie Zweckmäßigkeit der Dienstleistungen“:** Im Zentrum dieses Bereichs stehen einerseits Maßnahmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern bzw. die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familien/Privateben betreffen. Konkret bedeutet dies Ermöglichung, Förderungen und/oder Bereitstellung von Informationen bezüglich Reduzierung der Arbeitszeit (Teilzeit, Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung, Gleitzeit etc.), bezüglich Elternkarenz und anderer Instrumente, die „freie Zeit schaffen“, sowie bezüglich Kinderbe-

treuungseinrichtungen und anderer sozialer Dienstleistungen. Es werden aber auch Maßnahmen gesetzt, die eine andere Zeitkultur und eine neue soziale Bewertung von Zeit ermöglichen und fördern (Schaffung von Zeitbanken, Weiterbildungsangebote zum Thema Gleichbehandlung, Zeitpolitik etc.). In diesen Interventionsbereich fallen aber auch Maßnahmen, die die Re-Organisierung und Harmonisierung der Erwerbsarbeitszeiten mit den Öffnungszeiten öffentlicher und privater Dienstleistungen zum Ziel haben (Comune di Firenze 68ff).

Interessanterweise hat die Zeit/Raumpolitik in Florenz im Vergleich mit jener in Bozen oder Rom eine stärkere wissenschaftliche Ausrichtung bzw. *Vorgehensweise*. Das bedeutet konkret, dass die Erarbeitung und Umsetzung von Projekten und Aktivitäten meist nach folgendem Muster abläuft: 1) Identifikation einer möglichen Problemlage, 2) wissenschaftliche Erhebung des Ist-Zustandes (Befragungen und qualitative Studien), 3) Konzipierung und Implementierung der konkreten Maßnahmen, 4) Information der (betroffenen) BürgerInnen (Erstellung und Verteilung von Infomaterial etc. sowohl zum Problembereich als auch über die gesetzten Maßnahmen), wissenschaftliches Monitoring. Das Monitoring kann wiederum Grundlage für die Weiterentwicklung von Maßnahmen sein.

3.4. Modellversuch: ZeitBüro Bremen-Vegesack

Das im Bremer Stadtteil Vegesack im Jahr 1997 eröffnete Zeitbüro (als Modellversuch) war der erste deutsche Versuch, nicht nur einzelne zeitpolitische Projekte durchzuführen (dazu näher: Mückenberger 2004:167ff), sondern eine Institution aufzubauen, die Kontinuität in lokale zeitpolitische Projekte bringt. Damit sollte eine auf Dauer angelegte, in einer kommunalen Behörde verankerte und ressortübergreifende Arbeitsstruktur für lokale Zeitpolitik geschaffen werden. Das Zeitbüro hat vor allem eine Vermittlungsaufgabe zwischen den vielfältigen individuellen Zeitbedürfnissen der BürgerInnen (so genannte TaktnehmerInnen) und den Institutionen und Einrichtungen, die öffentliche und kollektive Zeitpläne vorgeben (so genannte TaktgeberInnen) und damit den Großteil der individuellen Zeit binden (Mückenberger 2004:43f).

Der Anstoß und die Konzeption für den Modellversuch kam im Fall Bremen aus der Wissenschaft, nämlich von Ulrich Mückenberger, dem Leiter des deutschen Projektteils „Zeiten und Qualität der Stadt“ des europäischen Projektverbundes Eurexcter.¹¹ Die Umsetzung basiert auf dem Interesse und der Bereitschaft der Bremer Stadtverwaltung. Der damalige Abteilungsleiter der Senatskommission für Personalwesen – maßgeblich verantwortlich für die Durchführung der Verwaltungsmodernisierung – griff die Projektidee auf und schuf in sehr kurzer Zeit die formalen Rahmenbedingungen für den Modellversuch (Heitkötter 2006:88).

¹¹ Eurexcter (Excellence territoriale en Europe) war ein europäisches Kooperationsprojekt im Rahmen des „Sozialen Dialogs“ und wurde aus ESF-Mitteln finanziert.

Obwohl das Modellprojekt durch keinen politischen Beschluss abgesichert war, sondern durch den Abteilungsleiter intern verantwortet wurde, hatte es dennoch die notwendige politische Rückendeckung. Seit Jahren wurde der „Zeiten der Stadt“-Ansatz in Bremen von der Regierungsspitze, der Senatskanzlei und dem Bremer Bürgermeister mit Interesse verfolgt. Bereits Anfang der 90er Jahre war der zeitpolitische Gestaltungsansatz im Rahmen des so genannten „Perspektivenlabors“ (eine vom Bremer Bürgermeister ins Leben gerufene politikberatende Gruppe von WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen und Fachbereiche und einer Reihe von VertreterInnen diverser Verwaltungsbereiche) vorgestellt worden. Die Gründung des „ZeitBüro Vegesack“ wurde aber auch durch das „Bremer Forum Zeiten der Stadt“ gestützt. Dieses Forum, dessen Geschäftsführung bei der Arbeitnehmerkammer Bremen liegt, versteht sich als Gesprächskreis und Veranstaltungsforum zu zeitpolitischen Themen in Bremen (www.Bremen.2030.de).

Das Zeitbüro-Projekt war inhaltlich im Bereich „Bürgerorientierung durch Qualitätsmanagement“ angesiedelt. Im Zentrum stand vor allem die Verbesserung der Dienstleistungsqualität mit Blick auf die BürgerInnen sowie die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Verwaltung (Heitkötter 2006:90). Der Stadtteil Vegesack wurde innerhalb der Stadt Bremen aus mehreren Gründen für den Modellversuch „ZeitBüro“ ausgewählt: so war etwa das Ortsamt Vegesack einer der drei Bremer Modellstandorte zur Errichtung eines bürgerfreundlichen BürgerInnenamtes; der Ortsamtsleiter galt als ambitioniert und innovationsfreudig. Er interessierte sich für das Zeitbüro-Projekt und war darüber hinaus gut im lokalen parteipolitischen Raum vernetzt (Mückenberger 2004:45).

Der Modellversuch „ZeitBüro Vegesack“ nahm Ende 1997 auf der Grundlage einer fünfseitigen Projektskizze seine Arbeit auf und war zunächst auf einen Zeitraum von zwei Jahren als Pilotphase angelegt. Die Projektskizze formulierte gewisse Orientierungen über Zielsetzungen, Aufgabenstellung sowie die anzustrebende politisch-administrative Einbindung des Zeitbüros, ließ jedoch viel Gestaltungsfreiraum. Es wurden auch keine konkreten zeitpolitischen Projekte definiert, sondern nur Beispiele genannt, die aus den italienischen Erfahrungen stammten. Die Umsetzung der Ziele und die Auswahl sowie Durchführung der konkreten Gestaltungsprojekte sollte partizipativ angelegt sein (d.h. sowohl unter Beteiligung der lokalen Institutionen und Einrichtungen als auch der BürgerInnen vor Ort).

Als **Zielsetzungen** für das „ZeitBüro“ galten laut Projektskizze:

- Eine Erhöhung der Sensibilität im Stadtteil für das neue Gestaltungsfeld „Zeitpolitik“
- Die Schaffung von Akzeptanz für das „ZeitBüro“ als Ort der Begegnung und Kommunikation zwischen gesellschaftlichen AkteurInnen
- Die Umsetzung von einigen konkreten Projekten zur Erhöhung der Dienstleistungsorientierung

Die **Aufgaben** des Zeitbüros bestanden darin,

- Informationen über die Zeitpläne privater und öffentlicher AnbieterInnen von Dienstleistungen (Handel, Verkehrsbetriebe, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Schulen, kulturelle Einrichtungen, Verwaltungsbehörden etc.) im Stadtteil zu sammeln und zu dokumentieren;
- die Bedürfnisse der BürgerInnen im Stadtteil zu erheben (etwa durch Runde Tische, öffentliche Workshops, Befragungen, BürgerInnengutachten) sowie Konfliktpunkte und Problemfelder zu identifizieren;
- danach durch moderierte Gesprächsrunden sowie Koordination und Kooperation zwischen den beteiligten AkteurInnen und BürgerInnen die zeitlichen Abstimmungen zu verbessern, um so zu konkreten Umsetzungsprojekten und neuen Zeitarrangements zu kommen (Heitkötter 2006:92).

Betreffend die administrativ-politische Einbindung beinhaltete die Projektskizze die Möglichkeit, das „ZeitBüro“ entweder als lokale Anlaufstelle für die Anliegen der BürgerInnen für zeitliche Problemlagen oder als Moderationsprojekt vor allem für lokale Institutionen und Einrichtungen zu entwickeln. Relativ rasch ging die Entwicklung im Projektverlauf in die zweite Richtung (Heitkötter 2006:92). Die Verfahren zur BürgerInnenbeteiligung dienten letztlich weniger als Ausgangspunkte für konkrete Projektideen, sondern wurden zu einem wichtigen Instrument bei der Ausgestaltung von Umsetzungsprojekten (Heitkötter 2006:151).

Im Projektverlauf setzte das „ZeitBüro Vegesack“ folgende konkreten Aufgaben um:

- Identifikation lokaler Zeitkonflikte bzw. Problembereiche in Kooperation mit den lokalen AkteurInnen und den BürgerInnen
- Bildung und Moderation des „Forums alltagsfreundliches Vegesack“ sowie von drei problembezogenen Arbeitsgruppen bzw. thematischen „Runden Tischen“
- Durchführung von Verfahren der BürgerInnenbeteiligung, um die Interessen von Seiten der BürgerInnen zu bündeln und in den Gestaltungsprozess mit einzubringen.
- Konzeption und Initiierung von konkreten Umsetzungsprojekten, denen die neuartigen lokalen Partnerschaften („Runde Tische“) zugrunde liegen.
- Schaffung von mehr Transparenz über öffentliche bzw. kollektive Zeitpläne
- Sensibilisierung und Schaffung von Öffentlichkeit (etwa durch Veranstaltungen, Zeitungsartikel) für das neue Handlungsfeld „lokale Zeitpolitik“ (Mückenberger 2004:47f)

Die Gründung des „*Forums alltagsfreundliches Vegesack*“ ging auf die Idee der Steuerungsgruppe¹² des Zeitbüro-Projektes zurück und war eines der zentralen Instrumente in der Erarbeitung von Problemfeldern und der Ausarbeitung sowie Umsetzung von konkreten zeitpolitischen Projekten. Es stellte eine Vernetzungs- und Kooperationsstruktur im Stadtteil dar und umfasste über 20 maßgebende öffentliche und private AnbieterIn-

¹² Die Steuerungsgruppe bestand aus dem bereits genannten deutschen Leiter des Projekts „Zeiten und Qualität der Stadt“, dem Ortsamtsleiter und der Leiterin des Zeitbüros.

nen von Dienstleistungen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen – u.a. die behördlichen Einrichtungen vor Ort (Ortsamt, Arbeitsamt, Finanzamt, Amt für öffentliche Dienste, Bauamt), eine Reihe von Beratungseinrichtungen (z.B. Arbeitnehmerkammer), zivilgesellschaftliche Vereinigungen (z.B. Arbeitskreis Frauen Bremen-Nord, das Seniorentelefon, die Freiwilligen-Agentur), die maßgebenden Kultur- und Bildungseinrichtungen, die Verkehrsunternehmen, der Wirtschaftsrat Bremen Nord, das Zentralkrankenhaus, das City Marketing als Interessenvertretung der EinzelhändlerInnen sowie kirchliche Organisationen (Mückenberger 2004:48). Die im Forum beteiligten Institutionen und Einrichtungen waren zumeist auf einer sehr hohen Repräsentations- bzw. Funktionsebene (etwa AmtsleiterInnen, GeschäftsführerInnen) vertreten. Das Forum trat regelmäßig zusammen, wobei die VertreterInnen durch ihre Orts- und Sachkenntnis und mit Hilfe des „ZeitBüros“ Defizite zeitlicher Abstimmung ausfindig machten und Veränderungsprozesse entwickelten und begleiteten. Durch ExpertInneninterviews, die kurz nach der Entstehung des Forums mit VertreterInnen der einzelnen Einrichtungen geführt wurden, waren zeitbezogene Problemlagen sowie die Kooperationsbereitschaft der Akteure ermittelt worden.

Konkret konnten u.a. folgende Problemlagen bzw. Handlungsfelder identifiziert werden: Zeitkonflikte über die örtlichen Verwaltungs- und Ladenöffnungszeiten, die zeitliche Abstimmung im Personennahverkehr, bei den Kinderbetreuungszeiten und im Rahmen der „Kulturzeiten“ (Heitkötter 2006:100).

Ausgehend von diesen Problemlagen bildeten sich aus dem Forum heraus **drei thematische „Runde Tische“** (die so genannte „Dienstleistungsrunde“, die „ÖPNV-Runde“ und der „Dialog verlässliche Kinderbetreuungszeiten“).¹³ Darin waren die jeweils relevanten lokalen Akteure vertreten, sie arbeiteten zum Teil konkrete Projekte aus und beteiligten sich an der Umsetzung.

- Die „*Dienstleistungsrunde*“ setzte sich aus den LeiterInnen der maßgeblichen öffentlichen Dienstleistungen im Stadtteil zusammen. Diese Runde erarbeitete in einem intensiven Aushandlungsprozess und unter Moderation sowie inhaltlicher Begleitung durch das „ZeitBüro“ einen exemplarischen lokalen Zeitkompromiss: den „Bürgertag“ als eine Zeitgestaltung mit einheitlichen Öffnungszeiten am Donnerstag zwischen 8:00 und 18:00. Darüber hinaus wurde eine „Bürgerinformationsbroschüre“ erarbeitet, die die Informationen über das lokale Dienstleistungsangebot bündelte, deren Transparenz verbesserte und den gefundenen Zeitkompromiss bekannt machte. Ausgangspunkt war die Unübersichtlichkeit der Öffnungszeiten der verschiedenen Einrichtungen, die Ungleichzeitigkeit mit anderen öffentlichen Zeitplänen (etwa Gemüsemarkt, Einzelhandel) sowie die zum Teil schlechte Vereinbarkeit der Behördengänge mit den Erwerbsarbeitszeiten aus der Sicht der befragten BürgerInnen. In den Zeitkompromiss sind neben der bremischen Verwaltung auch andere öffentliche DienstleisterInnen vor Ort mit einbezogen. Neben der ressort- und behördenübergrei-

¹³ Die Arbeitsgruppe „Kulturelles Leben“ und die Initiative zu den Ladenöffnungszeiten war kaum bzw. nicht in das Forum integriert und konnte keine konkreten Projektideen entwickeln oder umsetzen. Und das obwohl gerade bei den Ladenöffnungszeiten der Problemdruck (z.B. Uneinheitlichkeit bzw. mangelnde Transparenz der Beginn- und Endzeiten) sehr hoch war (Heitkötter 2006:126ff).

fenden Ausrichtung zeichnet sich der Zeitkompromiss auch durch einen beteiligungsorientierten Ansatz aus: Das „ZeitBüro“ hatte dazu eine BürgerInnenumfrage durchgeführt. In den einzelnen Dienststellen wurden zudem die Personalräte und Frauenbeauftragten zur Wahrung der ArbeitnehmerInneninteressen beteiligt (Mückenberger 2004:50f).

- Die „ÖPNV-Runde“ (Öffentliche Personennahverkehrs-Runde) konnte zwar das Problem der zeitlichen Umsteigebeziehungen zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln nicht lösen, denn der Einfluss auf die relevanten überlokalen AkteurInnen war nicht hinreichend, führte aber eine „lokale Mobilitätsbörse“ durch. Diese messeartige Tagesveranstaltung vernetzte erstmals alle relevanten lokalen VerkehrsanbieterInnen, bündelte Informationen über deren Angebote vor Ort und erweiterte die Partizipationsmöglichkeiten für BürgerInnen. Daraus entwickelten sich konkrete Gestaltungsprojekte, wie etwa der Aufbau eines Lieferservices, einer Fahrradstation am örtlichen Bahnhof sowie die Einrichtung einer Mobilitätszentrale (Heitkötter 2006:104).
- Der „*Triolog verlässliche Kinderbetreuungszeiten*“ bildete sich um das Problemfeld der mangelhaften zeitlichen Grundversorgung (etwa einer verlässlichen Nachmittagsbetreuung im Grundschulalter oder im Falle einer beruflichen Weiterbildung wie auch bei unverhofften Notsituationen, z.B. ersatzloser Unterrichtsausfall oder Krankheit). Im Mittelpunkt stand hier die Verbesserung der Kommunikation zwischen lokalen Schulen, den Horten und den Eltern, die im Rahmen einer vom „ZeitBüro“ organisierten Veranstaltungsreihe zu diesem Thema gefördert werden konnte.

Entsprechend den in der Projektskizze aufgeführten Zielen entwickelte das „ZeitBüro“ vier Aktionsformen, um die Aufgaben zu bewältigen: Vernetzung, Kooperation, Partizipation und Kommunikation. Im „Forum alltagfreundliches Vegesack“ kamen alle vier Aktionsformen zur Anwendung. Mit der Gründung von „Runden Tischen“ etablierte es Kooperationsformen. Die verschiedenen Verfahren der BürgerInnenbeteiligung stellten die Partizipation in den Mittelpunkt. Öffentliche Kommunikation erfolgte etwa in Form von Pressearbeit und öffentlichen Veranstaltungen (Mückenberger 2004:54).

Das „ZeitBüro Vegesack“ selbst übernahm laut seiner Leiterin in der Modellphase folgende Rollen bzw. Funktionen: Initiator von Kommunikations- und Kooperationsformen, Geschäftsführer und Moderator, Vermittler zwischen den verschiedenen Formen und Ebenen der Vernetzung, Rechercheur von öffentlichen Zeitplänen und Zeitbedarf, inhaltlicher Ideengeber, ergebnisorientierter „Motor“, Fürsprecher von BürgerInneninteressen, Bindeglied zur Öffentlichkeit und Projektträger.

„Dieses aufgezeigte Rollenspektrum unterstreicht auch, dass für zeitpolitische Gestaltungsprozesse auf lokaler Ebene eine eigene Instanz erforderlich ist, um die erforderlichen Rahmenbedingungen herzustellen“ (Heitkötter 2006:162).

Für das Gelingen von lokaler Zeitgestaltung sind – laut Mückenberger (2004:56) – vor allem zwei Faktoren wesentlich: 1) die Initiierung und Rückendeckung durch die EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung und 2) die erfolgreiche Mobilisierung der Kooperationsbereitschaft und des Engagements von lokalen Institutionen und Einrichtungen sowie der BürgerInnen selbst. Da Lösungen von lokalen Zeitkonflikten

nur im Konsens und als gemeinsame Gestaltungsaufgabe erarbeitet werden können, braucht es Zeit und Engagement der beteiligten lokalen Institutionen und Einrichtungen sowie der BürgerInnen. Daher soll die Mitarbeit an der lokalen Zeitgestaltung nicht einfach eine Zusatzaufgabe zum eigentlichen „Kerngeschäft“ darstellen, sondern es braucht entsprechende gesetzliche Verankerungen.

Im Hinblick auf die Frage der Ermittlung des Handlungsbedarfs bzw. von Problemfeldern gibt Mückenberger zu bedenken, dass sozialwissenschaftliche Zweifel daran bestehen, inwiefern der „Zeitbedarf“ von Menschen vor einer „Alternativerfahrung“ überhaupt wahrgenommen und damit ermittelt werden kann. Darüber hinaus sind zeitgestresste Bevölkerungskreise am stärksten daran gehindert, sich zeitpolitisch zu artikulieren oder zu engagieren. Unter diesem Eindruck sind auch die italienischen Zeitpolitiken zunehmend dazu übergegangen, das zeitpolitische ExpertInnenwissen an den Beginn zeitpolitischer Projekte zu setzen, anstatt sich auf BürgerInnen-Umfragen zu verlassen (Bonfiglioli 2000).

3.5. Hamburg: VERA – Verzeitlichung des Raumes

Das Fallbeispiel zu Zeitpolitik in Hamburg unterscheidet sich von den anderen internationalen Studien, da Zeitpolitik in dieser Stadt (noch) nicht auf der Ebene der städtischen Verwaltung organisiert ist. Vielmehr werden zeitpolitische Herangehensweisen in Stadtentwicklungsprojekten zur partizipativen Gestaltung urbaner Lebensqualität entwickelt und erprobt. Diese Projekte sind stark von wissenschaftlichen Herangehensweisen angetrieben und gehen davon aus, dass es im Übergang zu so genannten postfordistischen Entwicklungsmodellen zu einer Entstandardisierung und Entgrenzung der alltäglichen Raum- und Zeitmuster kommt, wodurch sich die Abstimmungs- und Koordinationsprobleme zwischen Anforderungen der Arbeitswelt und Wirtschaft auf der einen und von Privatleben und Freizeit auf der anderen Seite verschärfen (Läpple/Thiel 2005). Diese Entwicklungen – so die VERA anleitende Annahme – treten in städtischen Räumen besonders intensiv zutage. Wesentliches Ziel von VERA ist die Erprobung und Entwicklung dezentraler Formen von Partizipation und Einbindung zur Bearbeitung von Konflikten (ebd.).

Das Projekt „Verzeitlichung des Raumes“ (VERA) wird von der Forschungsstelle Zeitpolitik (Ulrich Mückenberger, Siegfried Timpf) und dem Institut für Geographie (Jürgen Oßenbrügge, Thomas Pohl, Anne Vogelpohl) an der Universität Hamburg sowie vom Institut Stadt- und Regionalökonomie und -soziologie der Technischen Universität Hamburg-Harburg (Dieter Läpple, Joachim Thiel) durchgeführt.

Die KoordinatorInnen und durchführenden WissenschaftlerInnen sprechen mit Blick auf die konkreten Projekte von so genannten „Realexperimenten“. In diese sind politische EntscheidungsträgerInnen, BürgerInnen und andere relevante Stakeholder (etwa aus der Zivilgesellschaft) eingebunden, die gemeinsam und administrative Grenzen überschreitend „Lösungen der raum-zeitlichen Probleme der Alltagsbewältigung“ entwickeln sollen.

Die VERA-Realexperimente, so der von den Durchführenden verwendete Begriff, zielen auf die Erprobung und Entwicklung zeitpolitischer Projekte in innerstädtischen Bezirken mit gemischter Nutzung (Wohnen, Wirtschaft), die gegenwärtig forcierte Entwicklungsprozesse durchlaufen, die teilweise endogen, teilweise exogen in Form von Stadtentwicklungsprojekten angestoßen wurden.

„Mit den Realexperimenten werden innovative Raum-Zeit-Gestaltungen verfolgt, die neben der genauen Analyse der Schnittstellen von Systemlogiken und Lebenswelt ein Ineinandergreifen von Partizipation und Aktionsraumanalyse erfordern“ (Mückenberger/Timpf 2004:11).

Die Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist dabei zu vermeiden, wofür in den Projekten erprobte Verfahren angewendet werden.

In Hamburg finden im Rahmen von VERA drei solcher Realexperimente statt.

Hamburger Schanzenviertel

Beim Schanzenviertel handelt es sich um einen innenstadtnahen Stadtteil, der lange Zeit eher vernachlässigt wurde und daher bspw. eine niedrige Mietpreisstruktur aufwies. Das lockte bestimmte soziale Milieus an (KünstlerInnen, StudentInnen etc). Außerdem entstand gleichzeitig eine kleinteilige Nahversorgungs- und Geschäftsstruktur und eine ausgeprägte Lokalszene (Stohr 2007). Aufgrund ökonomischer Veränderungen (wachsende Bedeutung der „Internetökonomie“) wurde dieser Stadtteil seit den 90er Jahren für damit verbundene Sozialmilieus interessant. Auch junge Familien begannen zuzuziehen.

„In den letzten drei bis vier Jahren war der Umbruch des Schanzenviertels vor allem geprägt durch die stetige Zunahme an Gastronomie und auch die Eröffnung von Modeläden, die sich an ein eher jüngeres Publikum richten“ (Stohr 2007:5).

Das Viertel gewann dadurch auch an Attraktivität für auswärtige BesucherInnen.

Aus diesen Entwicklungen ergaben sich einerseits Verdrängungsprozesse der vorhandenen Läden und Geschäfte, andererseits entstanden Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Außerdem zogen die Mieten an, sodass es zu einer Verdrängung alteingesessener Bevölkerungen kommt.

Unter dem Schlagwort „Vielfalt erhalten“ intervenierte das VERA-Team mittels grafisch dargestellter Analysen der Aktivitäten im Schanzenviertel (Chronomaps, s.u.). Darüber hinaus wurde mit qualitativen Interviews zu eruieren versucht, wo die zentralen Veränderungsbedarfe liegen. Es ging darum, die Konflikte in ihrer raum-zeitlichen Logik sichtbar zu machen und zu Lösungen beizutragen (Läpple/Thiel 2005).

Chronomaps

Im Rahmen des skizzierten Projektes wurde das Instrument der Chronomaps (Pohl 2007, 13f) erprobt. „Chronomaps sind Versuche, zeitliche Phänomene, die z.B. im

Quartier stattfinden, visuell zugänglich zu machen und so zu einem besseren Verständnis zu kommen, wie das Viertel rhythmisch ‚tickt‘“ (Pohl 2007:13).

Methodisch wurde dabei folgendermaßen vorgegangen: An verschiedenen Zählpunkten wurde anhand der dort vorbeikommenden Zahl der Personen (Passantenfrequenz) der tageszeitliche Rhythmus gemessen. Die Frequenz der PassantInnen wurde dann durch ein adäquates elektronisches Darstellungsverfahren – v.a. Geographisches Informationssystem (GIS) – visualisiert. Neben Analysen der Zahl der an bestimmten Stellen vorbeikommenden PassantInnen, die als so genannte TaktnehmerInnen angesehen werden und deren Wegeketten in elaborierten Verfahren dargestellt werden können, wurden auch TaktgeberInnen in derartige Darstellungen mit einbezogen. TaktgeberInnen ergeben sich bspw. aus Öffnungszeiten, Betriebszeiten, Betriebsdauer und Frequenz von Verkehrsmitteln etc., die massiv auf die zeitlichen Strukturen und Rhythmen von Gebieten Einfluss nehmen. Wesentlich bei Chronomaps ist also der Versuch, die Dimension Zeit in visuelle Darstellungen des Raums einzuführen, wozu unterschiedliche (grafische) Verfahren entwickelt wurden (z.B. Ersetzung der räumlichen Relation einzelner Punkte durch die Zeitdistanz zwischen ihnen, die sich aus der Verfügbarkeit unterschiedlicher Verkehrsmittel ergibt, etc.).

HafenCity Hamburg

Die Aktivitäten in der HafenCity Hamburg sind das wichtigste Projekt von VERA. Bei der HafenCity Hamburg geht es um den völligen Neubau eines Innenstadtquartiers. In diesen Stadtteil sollen etwa 11.000 BewohnerInnen zuziehen – gedacht ist v.a. an Familien, wobei das aber angesichts der zu erwartenden Wohnungskosten und fehlender sozialer Bezüge vom VERA-Team in Zweifel gezogen wird – und 40.000 Arbeitsplätze entstehen. Da nach Läßle und Thiel (2005) in diesem Areal keine zivilgesellschaftlichen Strukturen und raum-zeitliche Alltagsmuster existieren, bietet sich die Möglichkeit, „raum-zeitliche Aspekte“ in den Planungs- und Umsetzungsprozess des neuen Stadtteils von Grund auf einzubeziehen.

Die VERA-Realexperimente haben zwei Dimensionen. Zum einen geht es um die Schaffung adäquater sozialer Infrastrukturen, die z.B. anhand der Verlagerung und Erweiterung einer Schule in einen Neubau im Areal der HafenCity nach raum-zeitlichen Aspekten gesichert werden sollen. Ziel ist es, die „bestehende(n) Muster der Alltagsorganisation und soziale Netzwerke aus den Nachbarquartieren“ in den entstehenden Stadtteil auszudehnen.

„Die neue Schule soll in diesem Zusammenhang die Funktion eines Kristallisationskerns neu entstehender Stadtgesellschaft übernehmen“ (Läßle/Thiel 2005).

Die geplante Schule soll zu einer „multidimensionalen Angebotsstruktur“ entwickelt werden (Stohr 2007:7). D.h. neben der Funktion als hochqualitative Bildungseinrichtung soll sie auch als flexible Kinderbetreuungseinrichtung funktionieren. Die Räumlichkeiten sollen außerdem Lernen im Stadtteil und interkulturellen Austausch ermöglichen.

Die Schule soll in einem PPP-Verfahren (private public partnership) durch einen privaten Anbieter gebaut werden. Aufgrund der geschlossenen Investorenausschreibung gab es erhebliche Probleme, die Einbindung der BürgerInnen/Eltern sicherzustellen, was VERA durch schriftliche Befragungen (auch von LeiterInnen der Kindertagesstätten) zu erreichen versuchte. Aufgrund der Verstreuung der Eltern, die ihre Kinder in diese Schule (bzw. in die Vorgängerschule, die verlagert wird) schicken werden – sie also nahe an ihrem Arbeitsort versorgt wissen wollen –, stellen sich sehr spezifische Anforderungen an die Angebote und Aufgaben der zu schaffenden Schule.

Zum anderen wird der Fokus auf die HafenCity als Arbeitsort gerichtet, wobei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Vordergrund gerückt wird. Dabei wird ein „quartiersorientierter Modellverbund“ zwischen Unternehmen, die in der HafenCity angesiedelt sein werden, gebildet, „in dem die Frage der Alltagsorganisation gleichzeitig unter der unternehmerischen Perspektive von Arbeitszeit und Arbeitsorganisation, der wohnorientierten Perspektive der Haushalte sowie mit Blick auf die stadträumlichen Voraussetzungen (Verkehrsverbindung, soziale Infrastrukturen etc.) behandelt werden kann“ (Läpple/Thiel 2005).

Die Unternehmen sollen so für familienfreundliche Personalpolitik sensibilisiert und in Verantwortung genommen werden. Darüber hinaus sollen sie an der Entwicklung sozialer Infrastrukturen im Stadtteil beteiligt werden.

Beide Projekte werden in enger Kooperation mit der HafenCity Hamburg GmbH, die als städtische Projektgesellschaft für die Vermarktung der Flächen zuständig ist, und der Senatskanzlei Hamburgs durchgeführt, wovon sich die Durchführenden eine Nachhaltigkeit der Projekte erhoffen.

3.6. „Zeitbüro“ und Zeitpolitik in Paris

Hintergründe

Das Zeitbüro der Stadt Paris (*Bureau des Temps*) bzw. die Zeitagentur Ile-de-France gehen auf Diskussionen zurück, die in Frankreich vor etwa acht Jahren begonnen haben. So fand 2000 in Poitiers ein Kolloquium „*le temps de femmes*“ statt. DATAR (Délégation à l'aménagement du territoire et à l'action régionale, heute: Délégation interministérielle à l'aménagement et à la compétitivité des territoires – DIACT) beschäftigte sich damals mit Forschungen zu Zukunftsfragen. Schließlich beauftragte der damalige Premierminister Lionel Jospin den Stadtminister und die Ministerin für Frauen und Ausbildung, sich mit der Thematik zu beschäftigen und Konsultationen, Berichte und auch erste Versuche zu organisieren sowie Erfahrungen anderer Länder aufzuarbeiten.

Unter der Leitung des Bürgermeisters von Rennes, Edmond Hervé, wurde 2002 ein Bericht veröffentlicht, der sich mit „*Le temps de ville*“ („Die Zeit der Stadt“) beschäftigt. Der Hervé-Bericht sollte die politischen Herausforderungen und Möglichkeiten der Entwicklung zeitpolitischer Strategien erarbeiten, um die Abgeordneten bei der Entwicklung dieses neuen Politikfeldes zu unterstützen. Der Bericht ist sehr umfang-

reich angelegt, da eine Vielzahl von Bereichen näher untersucht wurden (Beschäftigung, Kultur, Jugend, Sport, Verkehr, Gesundheit, Ausbildung etc.), um zeitliche Ungleichheiten etwa zwischen den Geschlechtern, Arbeitslosen und den Generationen zu erfassen.

Im September 2001 fand in Créteil zur Eröffnung des Internationalen Festivals der Stadt eine Regierungskonferenz mit dem Titel „*les temps de la vie quotidienne*“ („Die Zeiten des alltäglichen Lebens“) statt. Zu den TeilnehmerInnen gehörten viele BürgermeisterInnen großer europäischer Städte. Die Konferenz sollte dazu beitragen, dass gewählte MandatarInnen dieses neue Konzept in konkrete Projekte vor Ort umsetzen und dabei partizipative Elemente stärken.

Weitere Studien wurden zu veränderten Zeiten der Arbeitswelt (Auswirkungen der 35-Stunden-Woche) und neuen Herausforderungen für den Verkehr durchgeführt. DATAR führte außerdem lokale Pilotprojekte durch, die sich mit den jeweiligen Spezifika auseinandersetzten, um adäquate Instrumente und Verfahren für die Entwicklung und Umsetzung zeitpolitischer Strategien zu schaffen.

Funktionsweise

Das Zeitbüro der Stadt Paris wurde 2002 auf Initiative von Bürgermeister Bertrand Delanoë eingerichtet, direkt in der Magistratsdirektion („*secrétariat générale*“) angesiedelt und untersteht der Magistratsdirektorin, die mit den Agenden Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, Märkte und KundInnenbetreuung betraut ist. Die institutionelle Verortung soll den Querschnittscharakter der Tätigkeitsbereiche des Zeitbüros unterstreichen. Der Link zum Zeitbüro Paris findet sich in der Rubrik *Citoyennete & Vie Associative* (Bürgerschaft und Zusammenleben) (http://www.paris.fr/portail/accueil/Portal.lut?page_id=8161).

Das Zeitbüro Paris beschäftigt insgesamt neun Personen, neben der Leiterin vier FachreferentInnen („*chef du projet*“) und vier administrative MitarbeiterInnen. Das Budget des Zeitbüros hängt stark von der Einbindung von KooperationspartnerInnen innerhalb und außerhalb der Verwaltung ab. Es gibt ein Budget zur Erstellung von Studien.

Eine wesentliche Aufgabe des Zeitbüros liegt in der Vernetzung und Koordinierung von zeitpolitisch relevanten AkteurInnen. Daher wurden zwei Komitees eingerichtet. Im „*Comité d'orientation*“ (Lenkungscommittee), das aus etwa 50 Personen besteht, die sich zwei bis dreimal im Jahr treffen, wird die strategische Orientierung diskutiert und die generelle Vorgehensweise festgelegt. Das Komitee verfügt über eine Abteilung „Evaluation“ und einen wissenschaftlichen Beirat. Das „*Comité de pilotage*“ (Steuergremium) ist für die Durchführung der verschiedenen Aktivitäten zuständig und muss dem „*Comité d'orientation*“ regelmäßig Bericht erstatten.

Aufgaben

Wesentliche Aufgabe des Zeitbüros ist die Vernetzung, Koordination und Konzertierung lokaler AkteurInnen und die Analyse der öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur

der Stadt nach zeitpolitischen Fragestellungen. Das Zeitbüro soll einen Raum der Reflexion über die zeitgerechte Gestaltung, Koordinierung und „Synchronisierung“ der unterschiedlichen Rhythmen des Alltagslebens in der Stadt schaffen und ausloten, inwiefern die Stadtverwaltung, aber auch andere AkteurInnen dazu einen Beitrag leisten können. Wichtig ist, dass explizit auch AkteurInnen, die nicht der Stadtverwaltung im engeren Sinne zuzurechnen sind, in die zeitpolitischen Aktivitäten einbezogen werden (Unternehmen, Sozialpartner, NGOs). Außerdem soll das Zeitbüro methodische Unterstützung für Pilotprojekte bieten. Die direkte Einbeziehung der BürgerInnen erfolgt über konkrete Projekte, die in einzelnen Bezirken gestartet werden. Sie ist nicht Aufgabe des Zeitbüros, sondern der dezentralen Institutionen.

In den Worten des Zeitbüros werden die Ziele folgendermaßen zusammengefasst:

„In der Zeitagentur finden die Stadtverwaltung und die Verwaltung der Ile-de-France, private und öffentliche Unternehmen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Assoziationen, Forschungseinrichtungen zusammen, um das tägliche Leben zu verbessern, die soziale Kohäsion zu stärken und die Ungleichheiten und Ausschließungsmechanismen aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, aufgrund von Behinderung und des Alters zu verringern“.

Das Zeitbüro sieht sich insgesamt als ein Zentrum für Ressourcen, das eine Vielzahl von Leistungen anbietet:

- Information und Beratung
- lokale Aktivierung: Organisation öffentlicher Debatten und Foren, Konferenzen
- Aktivierung von zeitpolitischen Netzwerken in Frankreich und Europa, um Austausch zu organisieren, Instrumente und Methoden zu konstruieren.

Problemwahrnehmung und zentrale Fragen

Das Zeitbüro Paris begründet seine Aufgaben mit den Veränderungen der Lebensweise, die sich aus der Diversifizierung der Arbeitsrhythmen¹⁴, Veränderungen der Mobilität und der Vervielfältigung der Freizeitaktivitäten sowie den neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechniken ergeben. Der Schwerpunkt liegt auf Verbesserungen der Work-Life-Balance und der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, wobei Letzteres nicht nur als Familienleben, sondern explizit auch als Freizeit angesprochen wird. Das Zeitbüro bietet eine Reihe von Untersuchungen auf seiner Website über unterschiedliche zeitliche Rhythmen der Pariser Bevölkerung und Probleme der Vereinbarkeit (Fokus liegt auf Geschlechterunterschieden) an.

Themen

Das wichtigste Thema ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privat- bzw. Familienleben. Das Zeitbüro will die Unternehmen dazu bringen, ihre Aktivitäten besser mit den zeit-

¹⁴ Die in der Stadt vorherrschenden Zeitstrukturen werden immer wieder mit dem Begriff „Rhythmen“ beschrieben.

lichen Rhythmen der Stadt zu koordinieren. Es geht um eine Verbesserung der Planung der Arbeitszeiten und die Förderung von Dienstleistungen für die Beschäftigten, die von verschiedenen Unternehmen gemeinsam organisiert werden sollen, wie etwa Kinderkrippen, Pendelbusse etc.

So wurden etwa Transportpläne für Unternehmen mit Schichtarbeit auf Basis einer Analyse der Erreichbarkeit von Pariser Unternehmen mit untypischen Beschäftigungszeiten und Schichtarbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln erstellt. Ziel dieser Maßnahme ist es, MitarbeiterInnen die Erreichbarkeit der Firmen auch ohne eigenes Auto zu ermöglichen und die Betriebe besser an Wohnviertel anzuschließen bzw. Werksbusse einzurichten.

Die Stadt will ihr Angebot öffentlicher Dienstleistungen verbessern und für eine den Bedürfnissen der Bevölkerung angemessene „Flexibilität“ der Öffnungszeiten privater und öffentlicher Dienste sorgen. Die Verbesserung der Qualität, der Nutzungsmöglichkeiten und der räumlichen Verteilung öffentlicher Dienstleistungen wird als zentrale Dimension der Förderung der Gleichheit der Geschlechter dargestellt. Wichtig ist außerdem eine den Rhythmen des alltäglichen Lebens angepasste Steuerung und Gestaltung des Verkehrs und der Mobilität.

Interessant ist, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben nicht nur auf Familienzeiten, sondern einerseits immer wieder auch auf die Freizeit Bezug nimmt und in diesem Kontext auf wichtige gesellschaftliche Veränderungen verweist, die auf eine umfassende Neugestaltung individueller Lebensweisen hindeuten (etwa spätere Schlafenszeit großer Teile der Bevölkerung). Andererseits spielt auch die Frage der demografischen Änderungen (alternsgerechte Stadt) eine wichtige Rolle.

Ein Beispiel für die Auseinandersetzung mit veränderten Arbeitsrhythmen betrifft die Analyse der Arbeitssituation von Beschäftigten mit untypischen Arbeitszeiten in der Pariser Stadtverwaltung: So wurden etwa die Arbeitszeiten der Müllabfuhr analysiert und in der Folge zum Teil verändert, d.h. die Müllabfuhr kommt später. Abzuklären ist in solchen Fällen sowohl die „KundInnenperspektive“ als auch die Perspektive der MitarbeiterInnen: Wie ist die Akzeptanz gegenüber einem späteren Müllabtransport und einer späteren Straßenreinigung, was heißt das für den Verkehrsfluss, für Geschäftsöffnungszeiten und die Zufriedenheit der BewohnerInnen? Und was sind die Konsequenzen für MitarbeiterInnen, wenn womöglich Nacht- bzw. Frühschichtzuschläge durch eine andere Zeiteinteilung wegfallen?

Konkrete Beispiele für Aktivitäten

- Verlängerung der Öffnungszeiten von Schwimmbädern für Berufstätige (auch ohne Mitgliedschaft in einem Verein)
- Sporteinrichtungen sind vermehrt kostenlos zugänglich, auch wenn keine Vereinsmitgliedschaft vorliegt; längere Öffnungszeiten am Abend; Öffnung von Schulsporthallen (gratis zugänglich).
- Verlängerung der Parköffnungszeiten

- Harmonisierung und Verlängerung der Bibliotheksöffnungszeiten an den Abenden und Wochenenden
- bei ausgewählten Museen nächtliche Öffnung
- Verlängerung der Öffnungszeiten für Senioren-„Klubs“ der Stadt
- Verbesserte Erreichbarkeit der städtischen bzw. der bezirkseigenen Telefonzentralen (Verlängerung der Dienstzeiten in Abendstunden)
- Amtsstunden am Abend, Kinderbetreuung vor Ort
- *Points d'Information et de Médiation Multi Services* (PIMMS): Büros, in denen v.a. ältere Personen ihren Amtsgeschäften ohne lange und mühsame Wartezeiten nachgehen können und Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen erhalten.
- Anpassung der Kinderbetreuungszeiten an die Bedürfnisse der Familien (abhängig von Berufstätigkeit, Zeiten der Arbeitssuche etc.), Teilzeitbetreuung (weniger als 4 Tage/Woche), Früh- und Abendbetreuung ausgebaut, Kinderkrippen in den Krankenhäusern für das Personal; ein experimentelles Angebot (*Dom'ino*) zur Beaufsichtigung der Kinder von Eltern mit atypischen Arbeitszeiten.
- Verbesserte Infos über Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche

Verbesserung der Lebensqualität in den Vierteln

- Zur Verbesserung der Nahversorgung Schaffung von Märkten, die v.a. am Nachmittag und in den Abendstunden offen haben – das war mit erheblichem Koordinationsaufwand verbunden.
- „*Maison d'Associations*“ – BürgerInnenversammlungshäuser mit Infrastruktur (Internet, Kopierer etc.) für Vereine, Austausch von Infos etc.
- BegleiterInnen in der Nacht: zur Schlichtung von Streitigkeiten; als Begleitung am Heimweg; zum Aufzeigen von Problemen im Grätzl
- Vermittlungstätigkeiten bei Konflikten, Berichte über Probleme an die Stadtverwaltung etc.
- Ausdehnung der Reinigungszeiten in der Stadt; 24h-Zugänglichkeit zu den öffentlichen Toiletten
- Kampagne in Bezug auf Rauchverbot in Lokalen – Rauchen unter freiem Himmel erzeugt Lärm etc.

Sensibilisierung

- Fortsetzung des Projekts „*Qualitemps*“ mit einer Vielzahl an nationalen PartnerInnen (diverse Ministerien – darunter das Frauenministerium –, Gewerkschaften, Abteilungen aus der Pariser Stadtverwaltung – etwa die Abteilung für Kleinkinder und Familie, „*famille et la petite enfance*“): *Qualitemps* hat das Ziel, Väter (v.a. Väter in Führungspositionen) und Führungskräfte für einen anderen Umgang mit Zeit und einer anderen Zeit-Balance zu sensibilisieren. Väter sollen ermutigt werden, mehr auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu achten bzw. das auch seitens der DienstgeberInnen zu ermöglichen.

4. RECHERCHE ZUR STADT WIEN

Vorrangiges Ziel der Recherche zur Stadt Wien war das Aufspüren von bereits vorhandenen expliziten, aber auch impliziten zeitpolitischen Ansätzen und Dimensionen – vor allem auf Magistratsebene. Weiters sollten in den direkten Gesprächen und Diskussionen aber auch vorhandene zeitliche Problemlagen und Handlungsansätze identifiziert werden. Die Ergebnisse der Recherche zur Stadt Wien beruhen auf 19 leitfadengestützten Interviews vorwiegend mit ExpertInnen des Magistrats, aber auch mit anderen AkteurInnen in Wien sowie zwei explorativen Fokusgruppen – eine mit ExpertInnen aus dem Bereich der Wiener „Arbeit und Wirtschaft“ und eine mit VertreterInnen der „dezentralen“ Bezirksebene von Wien. Darüber hinaus wurden auch – für uns zugängliche – Dokumente und Studien (Alles zu jeder Zeit? – Die Städte auf dem Weg zur kontinuierlichen Aktivität, Masterplan Verkehr 2003, Leben und Lebensqualität in Wien 2003, STEP 1994 und 2005, Wächst Wien?) gesichtet und ausgewertet.

4.1. Zusammenfassende Ergebnisse der Dokumentenanalyse

- Die Stadt Wien beschäftigte sich bereits 2001 mit dem Thema zeitliche Entwicklung der Stadt. Wandel und Auflösung sozialer Rhythmen in den Städten Wien, Berlin und Frankfurt standen im Mittelpunkt einer umfassenden Studie, die u.a. im Auftrag der Stadt Wien (MA 18 Stadtplanung und Stadtentwicklung) vom Deutschen Institut für Urbanistik erstellt wurde (Asadi 2002). Zentrale Ergebnisse für Wien waren u.a.: Wien folgt zwar dem allgemeinen zeitlichen Ausdehnungstrend der Betriebs- und Öffnungszeiten zumindest in bestimmten Bereichen, begreift den Ausdehnungsprozess aber nicht als Projekt und begleitet diesen nicht aktiv. Ladenöffnungszeiten sind wichtige soziale TaktgeberInnen, aber nur eine absolute Minderheit spricht sich für eine Erweiterung aus. Zeitlich erweiterte Freizeitaktivitäten beschränken sich auf bestimmte Gebiete der Stadt (etwa City, Donauufer). Die AutorInnen der Studie kommen außerdem zum Schluss, dass es in Wien keine systematische öffentliche Debatte rund um die Zeitstrukturen der Stadt und ihre Veränderungen gibt, Wien jedoch einen eigenen Rhythmus, ein eigenes Lebensgefühl besitzt und mit diesem auch zu Recht in der ganzen Welt wirbt. Stadtplanung und Politik sollten diesen eigenen Rhythmus pflegen, touristisch und lokalpolitisch nach „innen“ und „außen“ vermarkten und sich nicht zwanghaft den Ausdehnungstendenzen anderer Metropolen anpassen (Eberling/Henckel 2001).
- Im Bereich der Verkehrsplanung bzw. im Masterplan Verkehr 2003 spielt die „Zeitkomponente“ naturgemäß eine wesentliche Rolle.¹⁵ Einzelne Handlungsfelder und Maßnahmen decken sich dabei mit den Ergebnissen der internationalen Recherche. Das heißt, dass etwa mobilitätsbezogene Problemlagen und Maßnahmen, die vor

¹⁵ Derzeit wird der Masterplan Verkehr 2003 evaluiert. Da zu Projektende die Evaluierungsergebnisse noch nicht zugänglich waren, konnte auf diese hier nicht eingegangen werden.

allem in den italienischen Städten in das Gestaltungsfeld „kommunale Zeitpolitik“ fallen, in Wien im Rahmen der Verkehrsplanung behandelt und umgesetzt werden. Darüber hinaus kann hier festgehalten werden, dass der Masterplan Verkehr 2003 sehr weit reichende und fortschrittliche Maßnahmen (etwa auch einen „Mobilitäts-pakt“) setzt bzw. vorschlägt. Interessant ist hier auch, dass die Erstellung des Masterplans Verkehr, ähnlich wie die italienischen Zeitleitpläne, unter BürgerInnenbeteiligung erfolgte.

- Die Großstudie „Leben und Lebensqualität in Wien 2003“ enthält keine Daten zu öffentlichen bzw. kollektiven Zeitplänen bzw. zur Fragestellung „Lebensqualität und Zeitprobleme“. Im Themenbereich Gesundheit wird zwar die Frage nach Stressfaktoren (z.B. durch Mehrfachbelastung) gestellt, aber keine genauere Differenzierung vorgenommen. Damit können nur sehr allgemeine Aussagen zum persönlichen Stressempfinden gemacht werden. Im Hinblick auf die Frage der BürgerInnenbeteiligung geht aus der Studie hervor, dass eine sehr große Bereitschaft dazu vorhanden ist. Derzeit wird die Großstudie wiederholt. Die Ergebnisse sollen bereits im Februar 2009 vorliegen.
- Zeitpolitische Fragestellungen und Herangehensweisen finden sich im STEP 2005 hauptsächlich in impliziter Form. Das soll anhand einiger Fragestellungen aufgezeigt werden.

Der STEP 2005 ist ein interessantes Beispiel der Verknüpfung diachroner und synchroner Fragestellungen. Diachrone Dimensionen ergeben sich, weil – basierend auf Projektionen zukünftiger Entwicklungen – langfristige Pläne der Gestaltung der Stadt entwickelt werden. Synchroner, weil es darum geht, die Menschen bei der Bewältigung der Anforderungen verschiedener alltäglicher gesellschaftlicher Bereiche (Arbeit, Privatleben etc.) durch eine adäquate Planung der städtischen Umwelt zu unterstützen. Es geht um die Vereinbarkeit und wechselseitige Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum, Lebensqualität und sozialem Ausgleich.

Im STEP geschieht dies v.a. über die Planung von Räumen und ihre Überwindung durch (intelligente und nachhaltige) Formen von Mobilität, aber auch die adäquate Planung des Nahraums für wirtschaftliche Unternehmungen (Clusterstrategie) oder auch für das Privatleben (Wohnanlagen, fußläufige Erreichbarkeit bestimmter infrastruktureller Einrichtungen).

Die Planung des Raumes ist aber zugleich eine Planung zeitlicher Rhythmen der verschiedenen gesellschaftlichen Stakeholder (BürgerInnen als Arbeitskräfte, als KonsumentInnen, Familien, SchülerInnen und Auszubildende, PensionistInnen etc.; Unternehmen; öffentliche Dienstleistungen etc.). Das betrifft nicht nur die zeitlichen Rhythmen des alltäglichen Lebens (Beruf, Privatleben, Freizeit, Betriebszeiten, Öffnungszeiten, Verkehrsplanung etc.) (synchroner Perspektive), sondern auch längerfristig angelegte Planungen und Zielsetzungen.

Exemplarische Auswahl zeitpolitischer Dimensionen im STEP

Prinzipien des STEP

Der STEP beruft sich auf Grundsätze und Prinzipien – nämlich Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Partizipation, Gender Mainstreaming und Diversität –, die vor dem Hintergrund der internationalen Beispiele auch als Felder identifiziert werden können, in denen zeitpolitische Strategien intervenieren.

Wirtschaft und Arbeit

Im STEP-Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“ (Kapitel 4) wird eine Reihe von Projektionen über die wirtschaftliche Entwicklung Wiens und die damit verbundene Dynamik der Arbeitsmärkte und der Beschäftigungssituation gemacht. Der fortgesetzte wirtschaftliche Strukturwandel (Tertiärisierung, wichtige Bedeutung von KMUs, Entstehung eines regionalen Wirtschaftsraums mit osteuropäischen Nachbarn etc.), der auch eine räumliche Umgestaltung nach sich zieht, hat eine Reihe von Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungssituation.

Qualifizierung und wissensbasierte Ökonomie

Der STEP spricht einerseits v.a. von höheren Qualifikationsanforderungen, was eine Zunahme des jetzt schon überdurchschnittlich hohen Anteils hoch qualifizierter Arbeitskräfte erwarten lässt. Andererseits wird auf die dynamische Entwicklung von Dienstleistungen in Niedriglohnbranchen verwiesen.

Aus diesen Veränderungen leitet sich eine zunehmende Bedeutung von Aus- und Weiterbildung und Lebensbegleitendem Lernen ab (als Voraussetzung zur Schaffung lernender Regionen). Dem kommt nicht nur eine wirtschaftspolitische Bedeutung zu, sondern auch eine sozialintegrative (Vermeidung von sozialem Ausschluss und gesellschaftlicher Polarisierung durch Verfestigung von Working Poor etc.).¹⁶ Die Unterstützung von Qualifikationsmaßnahmen für Unternehmen und Beschäftigte hat immer eine Zeitdimension. Diese muss sowohl aus langfristiger Perspektive (nachhaltiger Qualifikationsaufbau) wie auch aus Perspektive der Vereinbarkeit mit dem Privatleben und den Anforderungen der Arbeitswelt betrachtet werden.

Diversifizierung der Arbeit

Die veränderten und zunehmend diversifizierten Arbeitsformen – der STEP verweist auf die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Pendlerströme, Migration etc. – stellen neue Anforderungen an Mobilität, an Vereinbarkeit von Beruf und Familie und an öffentliche Dienstleistungen (Verkehr, Kinderbetreuung, Wohnen, Nahversorgung und Freizeit), die eine den veränderten wirtschaftlichen wie privaten Bedürfnissen adäquate Work-Life-Balance unterstützen müssen. Die Verknüpfung dieser

¹⁶ Im „StrategieplanWien“ wird daher von einer „vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik“ gesprochen.

Bereiche ist ein relevantes Themenfeld zeitpolitischer Aktivitäten, wie die internationalen Beispiele zeigen.

Der STEP spricht sie implizit an, betrachtet sie aber v.a. aus der Perspektive der Planung des Raumes und seiner Überwindung durch Mobilität, nicht aber aus der Perspektive der sich entwickelnden zeitlichen Strukturen und Rhythmen in den verschiedenen Bereichen städtischen Lebens.

Konflikte um Zeitbedarfe

Im STEP werden auch Nutzungs- und Nachbarschaftskonflikte angesprochen – fokussiert v.a. auf Verkehrsfragen –, die aber auch zeitliche Dimensionen beinhalten, wie etwa Widersprüche zwischen Betriebszeiten und den unterschiedlichen Lebensrhythmen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (z.B. PensionistInnen, Freizeit und Erholungsphasen etc.).

Veränderung der Lebensstile

Eine explizite Bezugnahme auf „Zeit“ als Kategorie der Strukturierung des Lebens der Menschen findet sich im Abschnitt „Veränderung der Lebensstile“.

Ausgehend von der Diagnose fortschreitender Internationalisierung und Flexibilisierung der Wirtschaft und der Arbeitswelt werden steigende Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse konstatiert. Aufgrund etwa der Flexibilisierung der Arbeitszeiten werden auch flexiblere Angebote des öffentlichen Verkehrs, aber auch anderer infrastruktureller Bereiche (Wohnen) als notwendig erachtet. Diese Entwicklungen betreffen verschiedene gesellschaftliche Gruppen und vor allem die Geschlechter unterschiedlich.

„Die Gründe dafür liegen in der unterschiedlichen Struktur der Arbeitsplätze, in unterschiedlichen Zeit- und Raummustern aufgrund von Versorgungspflichten und den Unterschieden im Einkommen usw“ (STEP 2005:50).

Diese Themen werden in den Kapiteln „Mobilität und Infrastruktur“ sowie „Soziale Infrastruktur und Gesundheit“ näher diskutiert. Die angesprochenen „Zeitmuster“ spielen dabei aber keine explizite Rolle als Ausgangspunkt der Analyse. Das Thema Mobilität ist aber immer auch ein Thema der Zeit. Die im Kapitel „Soziale Infrastruktur und Gesundheit“ angesprochenen Bereiche (Bildung, Kinderbetreuung, Pflege) sprechen das Leben der Menschen aus Perspektive unterschiedlicher Lebensphasen an.

4.2. Zusammenfassende Ergebnisse der ExpertInneninterviews

Implizite und explizite „Zeitpolitik“ bzw. zeitliche Dimensionen des Verwaltungshandelns

- Ein wichtiges Merkmal kommunaler Zeitpolitik ist es, dass die Zeitdimension von Politik und Verwaltung bewusst und explizit angesprochen und verhandelt wird. Laut der befragten ExpertInnen der kommunalen Verwaltung spielt die „Zeitdimension“ in Bezug auf die inhaltliche Aufgabenstellungen der jeweiligen Dienststellen kaum eine explizite Rolle, außer es handelt sich um alltags- und frauenbezogene Bereiche oder Angelegenheiten (etwa: alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen, Mehrfach- und Zwischennutzung, öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen). Darüber hinaus sind zeitliche Überlegungen im Bereich von e-government und bei der Verkehrsplanung wesentlich.
- Im Bereich e-government spielen zeitliche Überlegungen eine zentrale Rolle. Durch Ausnutzung der Möglichkeiten der IKT soll es den BürgerInnen ermöglicht werden, bestimmte Verwaltungsabläufe selbst abzuwickeln und das rund um die Uhr. Die Zahl der direkten Verwaltungskontakte soll reduziert und auf wesentliche Fragestellungen oder die Bearbeitung komplizierter Fälle fokussiert werden. „Der Akt soll laufen und nicht die KundInnen“. Erreicht bzw. geboten werden soll damit eine Verbesserung der Informationsleistungen, die Möglichkeit von zeitsparenden Terminvereinbarungen, die Konzentration von Abläufen (etwa bei Geburt eines Kindes: standesamtliche Meldung, Antrag auf SV-Nummer und Familienbeihilfe in einem elektronischen Formular), die Reduktion der Verfahrensdauer und die Entwicklung pro-aktiver Leistungen.
- Im Bereich der Verkehrsplanung spielt die Zeitdimension im Sinne der Dauer von Wegen etwa vom Wohnort zum Arbeitsort bzw. die Dauer der Überwindung räumlicher Distanzen eine wesentliche Rolle. Hier werden, wie bereits weiter oben erwähnt, auch eine Vielzahl an „zeitpolitischen“ Maßnahmen gesetzt. Um die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur im Ballungsraum Wien zu vermindern, liegt – neben dem Ausbau der Infrastruktur – ein Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung von Verkehrsinformationssystemen. Damit soll eine effizientere Nutzung der vorhandenen Struktur gewährleistet werden. Derzeit wird von Wien, NÖ und Burgenland ein umfassendes Verkehrsmanagement-System (= „Intelligent Transport System“ Vienna Region) erarbeitet, das bald zur Verfügung stehen wird und das zu den führenden ITS-Regionalprojekten in Europa zählt. Es werden Daten über Autos, FußgängerInnen, RadfahrerInnen und öffentliche Verkehrsmittel gleichwertig integriert und durch Stau- und Bausstellendaten in Echtzeit ergänzt.
- In Wien kam es in den letzten Jahrzehnten zu einer tief greifenden Verwaltungsmodernisierung (Stichwort: *new public management*). Hier gilt Ähnliches wie für den Bereich „Verkehrsplanung“. Zahlreiche Neuorientierungen und Maßnahmen, die im Zuge dieser Modernisierung erfolgten, wurden/werden etwa auch in den italienischen Städten im Rahmen ihres zeitpolitischen Gestaltungsansatzes (Stichwort: KundInnen-

orientierung, Verwaltungsvereinfachung, Verbesserung der Dienstleistungsqualität, BürgerInnennähe etc.) angestrebt bzw. verwirklicht.

- Implizit spielt die „Zeitdimension“ etwa im Bereich der Raum- und Städteplanung schon eine Rolle, denn es geht ja auch um die Überwindung räumlicher Distanzen bzw. die Erreichbarkeit oder die Nutzung von bestimmten öffentlichen Räumen im Rahmen einer bestimmten zur Verfügung stehenden Zeit.

Perspektiven und Dimensionen des Themas „Zeitpolitik“

- Die „Zeitdimension“ soll nach Ansicht fast aller ExpertInnen stärker und vor allem explizit in die Aufgaben und Tätigkeiten ihrer Dienststelle und/oder auch in andere kommunalpolitische Gestaltungsfelder (etwa in die Planung von Stadtteilen, Gesundheitszentren) integriert werden. „Zeit haben“ wird als „Qualitätsaspekt“ bzw. als „Indikator“ für Lebensqualität angesehen. Es wird auch auf Erhebungsdefizite hingewiesen (bei der Befragung über Öffnungszeiten, Zeiten der „Servicetelefone“ etc.). Hier soll expliziter und genauer nachgefragt und analysiert werden.
- Einige ExpertInnen sprechen auch die Frage an, auf welche Zielgruppen kommunale Zeitpolitik in erster Linie abzielen sollte bzw. welche „Zeitbedürfnisse“ besondere Berücksichtigung finden sollten. Hier werden insbesondere die Zeitbedürfnisse von Kindern, aber auch von Jugendlichen und Menschen mit Betreuungspflichten (vor allem AlleinerzieherInnen) genannt.
- Zeitproblematiken werden in folgenden Bereichen identifiziert: Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung/Schule (Öffnungszeiten der Einrichtungen, unvorhergesehener Entfall von Schulstunden, wichtige Besprechungen nach 17:00 oder an wichtigen „Elterntagen“ etc.); Gesundheitsbereich (hier geht es auch um inadäquate Ambulanzöffnungszeiten, Öffnungszeiten von Apotheken und um unverhältnismäßig lange Wartezeiten bei ÄrztInnen); Banköffnungszeiten, insbesondere für jene Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben; Mobilität (Nachtbusse, hohe Kosten des öffentlichen Personenverkehrs); ständige Verfügbarkeit durch neue Kommunikationstechnologien, Vergabeverfahren (brauchen viel Zeit – es bleibt immer weniger Zeit für inhaltliche/fachliche Arbeit). Darüber hinaus ist auch die weitere Verbesserung der Verwaltungskontakte Thema.
- Grundsätzlich werden in den Interviews zwei Dimensionen städtischer Zeitpolitik sichtbar. Zum einen wird eine Achse *synchrone* expliziter und impliziter zeitpolitischer Aktivitäten erkennbar. Das betrifft die Gestaltung und Strukturierung der alltäglichen zeitlichen Rhythmen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, ihre Möglichkeiten, Beruf und Privatleben bzw. Freizeit miteinander zu verbinden und zu vereinbaren, und die in der Stadt vorhandenen Institutionen und Dienstleistungen, die sie dabei unterstützen. Die synchrone Achse betrifft also die zeitlichen Rhythmen der Gegenwart, des Hier und Jetzt. Zum anderen wird in einigen Interviews auch eine *diachrone* Achse expliziter und impliziter zeitpolitischer Fragestellungen sichtbar. Das betrifft die Gestaltung und Strukturierung langfristiger zeitlicher Strukturen und Rhythmen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Es geht also um die Frage, inwieweit die vorhandenen Dienstleistungen, Infrastrukturen etc. eine langfristig

orientierte Planbarkeit individueller Biografien ermöglichen und den Menschen Übergänge zwischen verschiedenen Lebensphasen erleichtern. Die diachrone Achse betrifft zumindest auf den ersten Blick eher planerische Fragen etwa der Gestaltung von Wohnanlagen, Bildungs- und Pflegeeinrichtungen etc. Sie ist jedoch genau deswegen von einer Analyse der Dynamik der synchronen Zeitstrukturen nicht zu trennen.

- Partizipation der BürgerInnen und Vernetzung
- Nicht nur im Bereich der Verkehrsplanung (Masterplan Verkehr 2003) bestehen Erfahrungen mit BürgerInnenbeteiligungsprozessen, sondern etwa auch im Umweltbereich. Diese Prozesse sind jedoch sehr langwierig und bedürfen guter Planung und adäquater Anwendung. Für manche ExpertInnen stellt die Partizipation der BürgerInnen aber eine wichtige Voraussetzung für die Identifizierung von konkreten Zeitproblemen und die erfolgreiche Entwicklung von Umsetzungsschritten dar. Eine Verknüpfung von „top-down“- und „bottom-up“-Prozessen scheint als sehr sinnvoll.
- Partizipationsprozesse und die Beteiligung von BürgerInnen sind nicht nur eine zentrale Dimension der Umsetzung zeitpolitischer Projekte, sondern selbst zeitpolitische Felder. Die Bereitschaft der BürgerInnen zur Partizipation ist stark von individuellen Zeitbudgets und den unterschiedlichen zeitlichen Rhythmen verschiedener Bevölkerungsgruppen beeinflusst. So ist es etwa für PensionistInnen ein geringeres Problem, sich am Vormittag zu bestimmten Aktivitäten zu treffen, während Berufstätige eher auf die Abendstunden verwiesen sind. Konkrete Beteiligungsaktivitäten, wie etwa Sitzungen etc., dürfen auch nicht zeitlich ausufern; bei den BürgerInnen darf auch nicht der Eindruck entstehen, dass auf Ebene der Verwaltung oder der Politik „nichts weitergeht“ und Projekte versanden.
- Vernetzung und Kooperation wird als notwendig für viele kommunalpolitische Handlungsfelder angesehen und findet daher auch – über Ressort- und Abteilungsgrenzen hinweg – statt. Das ist dann am erfolgreichsten, wenn es auch auf informeller Ebene gute Kontakte gibt. In bestimmten Bereichen – etwa MA 10 – werden explizit auch Kontakte mit privaten Einrichtungen und Unternehmen genannt.

Rahmenbedingungen, Instrumente und Projektideen

- Als wesentliche Voraussetzung für die Etablierung eines neuen kommunalpolitischen Handlungsfeldes werden insbesondere angeführt: Rückhalt von Politik und Verwaltung auf möglichst hoher kommunaler Funktionsebene bzw. von einflussreichen Personen in Politik und Verwaltung. Insbesondere die politische Ebene muss ein Interesse haben, Zeitpolitik als „neues“ Feld möglicher Interventionen zu betrachten (dies korrespondiert mit den internationalen Ergebnissen).
- Obwohl der Begriff „Zeitbüro“ als Instrument zur Organisation und Umsetzung kommunaler Zeitpolitik in Wien zunächst keine Zustimmung findet, sind sich alle ExpertInnen einig, dass es gegebenenfalls eine „Stelle“, eine „Person“ braucht, die für die „kommunale Zeitpolitik“ verantwortlich ist und/oder Pilotprojekt leitet. Eine derartige – etwa zunächst befristete – „Stelle“ sollte auf übergeordneter Ebene (z.B. MD) angesiedelt sein. Dieser „Stelle“ werden von den ExpertInnen unterschiedliche

Aufgaben zugeordnet, die sich jedoch nicht ausschließen: z.B. Informationen zu Zeitproblematiken vor Ort sammeln und darstellen, Informationen zum Thema „Zeitpolitik“ zur Verfügung stellen und Informationsaustausch betreiben; Organisation von themenspezifischen Veranstaltungen und/oder Schulungen für Bedienstete der Kommunalverwaltung; Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „kommunale Zeitpolitik“, Initiierung und Begleitung von Pilotprojekten, etwa auf Bezirksebene.

- Einige ExpertInnen können sich – als ersten Schritt – auch ein Pilotprojekt zum Beispiel auf Bezirksebene vorstellen. Dieses Pilotprojekt sollte die Ausgangslage vor Ort analysieren und den konkreten Handlungsbedarf identifizieren sowie in Kooperation mit allen relevanten AkteurInnen auf Kommunal- und Bezirksebene Verbesserungsmaßnahmen erarbeiten und deren Umsetzung begleiten.
- Einige Umsetzungsideen gehen auch in die Richtung, „Zeitpolitik und Lebensqualität“ bzw. „Zeitwohlstand und Lebensqualität“ als Verwaltungsziel zu definieren, um dann mit den relevanten Abteilungen Kontraktziele zu vereinbaren.
- Kontrovers sind die Positionen zu Erarbeitung und Stellenwert etwa eines „Leitbildes kommunale Zeitpolitik“. Manche sind der Meinung, dass bereits mit einem Kapitel „Zeitpolitik“ im STEP die Bedeutung der „Zeitdimension“ für das politische Handeln sichtbar wird und damit auch eine entsprechende Berücksichtigung in den einzelnen Politikbereichen nach sich ziehen könnte. Andere wiederum meinen, dass dies überhaupt keine Auswirkungen hätte, sofern es nicht gelingt, das Leitbild auch zu operationalisieren – also eine Brücke zwischen Leitbild und operativen Dienststellen in der Kommunalverwaltung zu schlagen. Eine Idee geht in Richtung Erstellung dynamischer Zeitkarten (so genannter „Chronomaps“) und deren Integration in den nächsten STEP.

4.3. Zusammenfassende Ergebnisse der Fokusgruppen

4.3.1. Fokusgruppe 1: Arbeit und Wirtschaft

Sensibilisierung

Vor dem Hintergrund des Ziels, AkteurInnen aus dem Bereich Arbeit und Wirtschaft für das Thema kommunale Zeitpolitik zu interessieren und für die dahinter liegenden Problemlagen zu sensibilisieren, zeigte sich eine Reihe von interessanten Punkten, die auch in der weiteren Diskussion immer wieder auftauchten.

Organisatorische Ebene: Magistrat und/oder dezentral

Vor dem Hintergrund der kurzen Präsentation der internationalen Beispiele wurde v.a. die Frage nach der organisatorischen Ebene, auf der Zeitpolitik gemacht wird, aufgeworfen. Zum einen wurde auf die Bedeutung der Verankerung auf der Ebene des Magistrats

verwiesen, zum anderen auf die Notwendigkeit, Projekte und Umsetzungsversuche dezentral zu organisieren.

Relevanz der Thematik: Selbstevidenz und/oder Notwendigkeit genauer Zieldefinition

Bei der Präsentation des Konzeptes und der internationalen Beispiele wurde die Frage aufgeworfen, ob es sich bei Zeitpolitik nicht um ein selbstevidentes („no-na“) Thema handelt. Daraus resultierte die Frage, welche konkreten Ziele zeitpolitische Projekte und Strategien verfolgen. Die Definition der Ziele zeitpolitischer Projekte und Maßnahmen spielte daher eine wichtige Rolle in der weiteren Diskussion (z.B. „Entschleunigung und/oder Beschleunigung“, „Harmonisierung zeitlicher Rhythmen – warum und für wen?“, „Zeitwohlstand/-souveränität und Lebensqualität der BürgerInnen“).

Zeitpolitik wurde jedoch sofort als Querschnittsmaterie identifiziert. Eine zeitpolitische Perspektive könnte daher einen Hebel darstellen, um bestimmte Maßnahmen etwa im wirtschaftspolitischen Bereich (Ladenöffnungszeiten) nicht isoliert, sondern vernetzt bzw. systemisch zu betrachten und ihre Auswirkungen auf andere Bereiche besser einschätzen zu können.

4.3.1.1. Themen

Eine Reihe von Themen und Problembereichen tauchte in der Gruppendiskussion immer wieder auf. Interessanterweise sprangen die meisten DiskussionsteilnehmerInnen zwischen Einschätzungen und Erfahrungen, die sie aus ihrer beruflichen Funktion und ihrem Tätigkeitsbereich gewonnen haben und subjektiven Wahrnehmungen zeitpolitischer Probleme und Konflikte hin und her. Auf diese Weise konnte eine Reihe von möglichen zeitpolitischen Themenfeldern identifiziert und umrissen werden. Wie sich aber an der abschließenden Diskussion zu möglichen Projektideen zeigte, bedarf die Etablierung und Konzeptualisierung von kommunaler Zeitpolitik und ihre Umsetzung in konkreten Projekten einer Reihe von Vorarbeiten, zu denen etwa die Analyse des Ist-Zustandes und eine adäquate Identifikation zeitpolitischer Probleme gehört. Auf Basis dieses Wissens müssen die beteiligten bzw. einzubindenden AkteurInnen bestimmte Ziele definieren, die durch konkrete Projekte erreicht werden können.

„Bürokratie“

In der Diskussion wurde auf die Bedeutung von e-government für viele Verwaltungsabläufe (elektronische Einreichung von Anträgen etc.) hingewiesen.

Der Bürokratie wurde zwar eine Verbesserung der BürgerInnennähe zugestanden, aber auch der Wunsch nach mehr Transparenz bei Verwaltungsabläufen geäußert (ähnlich wie beim Internethändler Amazon): Wo befindet sich der Akt gerade, in welchem Bearbeitungsstatus etc. Der **Faktor Bürokratie** ist aus Perspektive der Unternehmen weiterhin ein „Zeitfresser“ – obwohl es Verbesserungen z.B. durch e-government gibt.

Zeitliche Probleme bei öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen

Die Entwicklung der Qualität (öffentlicher) Dienstleistungen wurde in der Fokusgruppe sehr kritisch eingeschätzt und sofort als zeitpolitisches Problem identifiziert. Die angesprochenen Inhalte reichen von der Einschränkung der Öffnungszeiten von Postämtern (so hat z.B. das Postamt 1010 nicht mehr bis Mitternacht offen, was auch in der Privatwirtschaft zu Problemen bei der Einhaltung von Einreichfristen führt) über die mangelnde Abstimmung von Fahrplänen der ÖBB mit Arbeitszeiten, Öffnungs- und Schließungszeiten (Schulschluss etc.) bis hin zu unspezifischen Zeitangaben zum Eintreffen bestimmter DienstleisterInnen (z.B. Rauchfangkehrer), woraus die Notwendigkeit resultiert, einen halben Urlaubstag zu nehmen etc.

Ein wichtiges Thema war KundInnenbetreuung durch Call-Center (so versucht etwa das AMS, 70% der Anrufe innerhalb von 30 Sekunden anzunehmen).

Insgesamt wurde aber moniert, dass KundInnen in (zumindest subjektiv) langen Warteschleifen (Notwendigkeit der Transparenz, etwa wie viele Anrufer vor mir) hängen bleiben und die Qualität der Bearbeitung der Anfrage oft zweifelhaft ist, da die Call-Center-Agents unter zeitlichem Druck stehen.

Veränderung der Arbeitswelt und des Erwerbslebens

Vielleicht wenig überraschend angesichts der thematischen Orientierung der Fokusgruppe kreiste die Diskussion immer wieder um die gegenwärtigen Tendenzen in der Arbeitswelt und im Erwerbsleben. Insbesondere hier vermischten sich subjektive Einschätzungen der DiskutantInnen mit der aus ihren beruflichen Funktionen gewonnenen Expertise.

Ein Dauerbrenner der Diskussion war die Notwendigkeit der dauernden Verfügbarkeit im Arbeitsleben und die Ausdehnung und Zunahme der Anforderungen: Networking am Abend, Weiterbildungen und Infoveranstaltungen z.B. für Unternehmen am Wochenende – auch UnternehmerInnen klagen über Probleme mit Work-Life-Balance! Insbesondere der vermehrte Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien und die damit verbundene Informationsflut tragen dazu bei.

Ladenöffnungszeiten sind auch aus Perspektive kleiner Handelsgeschäfte nicht unbegrenzt verlängerbar. Positiv eingeschätzt wurde die gesellschaftliche Konsenshaltung zum arbeitsfreien Sonntag, auch wenn dieser durch Supermärkte und Shoppingcenter an Bahnhöfen etc. durchlöchert wird.

Fragmentierte Arbeitszeiten und Standortverlagerungen (auch innerhalb Wiens) sind aufgrund der Größe der Stadt für manche ArbeitnehmerInnen ein Problem, da sich dann die Frage der Verfügbarkeit des öffentlichen Verkehrs, von Kinderbetreuungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen etc. stellt. Im Kontext der Veränderungen des ALVG (Arbeitslosenversicherungsgesetz) ergeben sich hier etwa auch Probleme für die Zumutbarkeit bei der Aufnahme von Arbeit (insgesamt zwei Stunden Fahrzeit zumutbar).

Ein wichtiges Thema war die **Aus- und Weiterbildung bzw. Lebenslanges Lernen**, was auch ein massives zeitpolitisches Problem darstellt. Viele ArbeitnehmerInnen, aber auch Unternehmen sind gezwungen, Weiterbildung in die Freizeit zu verlagern, was natürlich Fragen der Work-Life-Balance und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufwirft. In diesem Kontext wurden auch gegenwärtige Probleme des österreichischen Schulsystems diskutiert (Vormittagsschule statt Ganztagschule, Fragmentierung des Stoffes durch 50-Minuten-Einheiten, Gestaltung der Ferienordnung etc.).

Es ist daher nicht verwunderlich, dass das Thema **Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bzw. Work-Life-Balance** sowohl aus Perspektive der ArbeitnehmerInnen wie auch der KMUs eine wichtige Rolle spielte. So ist die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen ein zentraler Punkt, es ist aber nicht immer funktional (etwa bei Weiterbildungsveranstaltungen durch das AMS), wenn Kinderbetreuung vor Ort angeboten wird (Ablenkung der TeilnehmerInnen). Auch Fragen der Pflege von z.B. erkrankten Kindern wurden diskutiert (Unternehmen könnten bestimmte Unternehmen/Einrichtungen/Initiativen aussuchen – Frage des Vertrauens –, um ihren MitarbeiterInnen im Bedarfsfall die Suche nach Betreuungspersonen zu erleichtern).

4.3.1.2. *Organisationsformen*

In diesem Kontext wurden v.a. zwei Themen angesprochen: Zum einen, dass in erheblichem Maße zwischen Institutionen und AkteurInnen deswegen Abstimmungserfordernisse entstehen, weil deren Aktivitäten unterschiedlichen Rhythmen und Fristigkeiten folgen. Moniert wurde zum anderen auch die Multiplikation von Verhandlungs- und Koordinationsaktivitäten und -plattformen mit unklaren Kompetenzen etc. Das weist darauf hin, dass aus zeitpolitischer Perspektive nachgedacht werden muss, wie die unterschiedlichen Bedürfnisse der bestimmte Aktivitäten (Vernetzung, Abstimmung etc.) tragenden Personen berücksichtigt werden können.

4.3.1.3. *„Projektideen“ und mögliche Aktivitäten*

Analyse Ist-Zustand: In der Diskussion wurde sichtbar, dass erheblicher Forschungsbedarf zum Thema existiert. Was ist der Ist-Zustand in Wien aus einer zeitpolitischen Perspektive? Welche „Zeitlichkeiten“, Zeitmuster und Rhythmen existieren in der Stadt überhaupt? Gibt es zeitpolitische Probleme und wenn ja, wo?

Transparenz: In der Diskussion wurde die Verbesserung der Transparenz zeitlicher Strukturen in der Stadt als wesentliches Thema identifiziert. Das betrifft etwa die Frage von Öffnungszeiten und die Zugänglichkeit von Ämtern und öffentlichen Dienstleistungen. Als konkrete Maßnahmen wurden hier etwa Versuche mit BürgerInnendonnerstagen oder Ähnlichem (verlängerte Öffnungszeiten an manchen Tagen) diskutiert. In diesem Kontext wurde auch betont, dass Transparenz gruppenspezifisch zu fassen ist und dass die Notwendigkeit existiert, Gruppen, die Schwierigkeiten bei der Nutzung von e-government haben, zu unterstützen (öffentlicher Zugang zu IKT und Hilfestellung bei der Nutzung von Online-Formularen etc.).

„**Time Budgeting**“: Entwicklung eines Modells zur Analyse und Einschätzung möglicher zeitpolitischer Auswirkungen von politischen Maßnahmen; Sicherstellung und Entwicklung einer vernetzten und systemischen Perspektive. Das könnte z.B. auf Grätzlebene umgesetzt werden (Abstimmung von Verkehr, Schulzeiten etc.).

Commitment durch Magistrat: Die Bedeutung dezentraler Aktivitäten und die Einbeziehung von AkteurInnen außerhalb des Magistrats wurde zwar als sehr wichtig angesehen, trotzdem wurde die Bedeutung eines klaren Willens des Magistrats für die Umsetzung von Projekten und Maßnahmen erwähnt. Bei der Einbindung von BürgerInnen muss auf die jeweiligen Zeitbudgets und Arbeitsweisen geachtet werden, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen.

4.3.2. Fokusgruppe 2: Lokale Ebene

Sensibilisierung für das Thema kommunale Zeitpolitik

Im Laufe der Diskussion wurde immer wieder darauf verwiesen, dass vorab mit dem Thema keine konkreten Vorstellungen und Inhalte verbunden werden konnten. Nach der Präsentation des Konzepts und der internationalen Beispiele und vor allem durch die Diskussion konnte aber ein Verständnis für das Thema und die Inhalte von kommunaler Zeitpolitik entwickelt werden.

Strukturelles Problem vs. individuelles Verhalten

Obwohl Zeitprobleme und gestiegener Zeitdruck und vor allem die Frage der Beschleunigung und der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ als strukturelle Probleme erkannt wurden, kam auch die Ansicht zum Ausdruck, sich diesen doch auf individueller Ebene zu entziehen und auch entziehen zu können. Auch die zunehmende Ungeduld der Menschen (alles muss sofort erledigt werden) wurde als „Auslöser“ von Zeitdruck angesprochen.

4.3.2.1. Themen

In dieser Gruppendiskussion kam es zu einer interessanten Schwerpunktbildung. Auf der einen Seite konzentrierten sich die DiskutantInnen auf das Problem, wie BürgerInnenbeteiligung möglichst zielgruppengerecht zu organisieren sei und wie durch die Beschäftigten des Magistrats BürgerInnenkontakte (Anfragen etc.) adäquat zu bearbeiten seien. Zeitpolitische Probleme ergeben sich also im „dezentralen Bereich“ zuallererst in der Frage des Umgangs mit, der Einbindung von und der konkreten Arbeit für die BürgerInnen.

BürgerInnenbeteiligung und Partizipationsprozesse

Das Thema der BürgerInnenbeteiligung und der Partizipationsprozesse nahm in dieser „dezentralen“ Fokusgruppe einen **zentralen Stellenwert** ein. Dabei geht es einerseits um den (hohen) zeitlichen Aufwand für die einzelnen Menschen, die sich an solchen

Prozessen beteiligen, andererseits aber auch um die Frage der Beteiligungsprozesse als „Zeitfresser“ bei der Umsetzung von Vorhaben. Darüber hinaus wurde hier auch die Frage der zeitlichen Lagerung von notwendigen Treffen im Rahmen von Beteiligungsprozessen diskutiert und problematisiert: unterschiedliche Gruppen (etwa UnternehmerInnen, engagierte BürgerInnen oder auch kommunale Verwaltungsbedienstete) haben zu unterschiedlichen Tages/Abendzeiten eher schon oder nicht Zeit. Aufgrund sehr enger zeitlicher Grenzen/Fristen sind außerdem sehr viele Treffen innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums notwendig, was den Zeitdruck abermals erhöht. In manchen Bereichen (Einbindung von MigrantInnen) ist z.B. der Einsatz von MultiplikatorInnen sinnvoll. Angebote müssen zeitlich möglichst niederschwellig sein.

Als besonderes Problem erweist sich, dass Beschäftigte in der Verwaltung Aufgaben in ihrer Normalarbeitszeit erledigen wollen/müssen, während BürgerInnenbeteiligung eher in den Abendstunden stattfindet. Koordinationsbedarf entsteht aber auch dort, wo unterschiedliche Zielgruppen in Partizipationsprozesse eingebunden werden sollen. In der Diskussion trat ein interessantes Problem demokratischer Beteiligungsprozesse zutage.

Aufgrund der Veränderungen in der Arbeitswelt, der Flexibilisierung und Veränderung der Lage von Arbeitszeiten vieler Gruppen wird anscheinend der (zeitliche) Raum für gemeinsame Partizipationsprozesse der Bevölkerung mehr und mehr fragmentiert. Dies wird auch durch die Versuche (angesichts der weiterhin dominanten Arbeitsteilungen), Kinderbetreuung vor Ort zur Verfügung zu stellen, nicht wirklich verbessert.

Umsetzungs- und Ausführungsebene

Da die Fokusgruppe aus dem „dezentralen“ Bereich mit der Umsetzung und Ausführung von konkreten Maßnahmen und Politiken befasst ist, kommt hier auch sehr klar der wachsende zeitliche Druck, der sich auf dieser Ebene ergibt, bzw. die „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ auf dieser Ebene zum Ausdruck. Das heißt, die Menschen in der kommunalen und lokalen Verwaltung sind – angesichts der gestiegenen Erwartungshaltung und der veränderten Politik – selbst immer stärker Zeitproblemen ausgesetzt, da die BürgerInnen eine möglichst rasche Beantwortung ihrer Fragen usw. erwarten (E-Mail, Anrufbeantworter etc.). Viele BürgerInnen, insbesondere aber auch Medien fordern eine möglichst rasche Umsetzung von bestimmten Projekten und Maßnahmen; derartige Forderungen kulminieren v.a. in Wahlkampfzeiten.

Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und/oder Weiterbildung mit Kinderbetreuung

Auch die Frage der notwendigen Kinderbetreuung sowohl für Treffen (z.B. bei Beteiligungsprozessen) als auch Veranstaltungen (Berufsorientierung und Weiterbildung etc.) wurde angesprochen, jedoch zeigt die Erfahrung, dass die Angebote (Kinderbetreuung bei Treffen und Veranstaltungen) häufig nicht wirklich angenommen werden.

Veränderungen in der Arbeitswelt und zeitlicher Anpassungsdruck

Ähnlich wie in der Fokusgruppe „Arbeit und Wirtschaft“ kreiste auch hier die Diskussion immer wieder um die Veränderungen in der marktorientierten Arbeitswelt und um den zeitlichen Anpassungsdruck, der sich auf andere Arbeits- und Lebensbereiche daraus ergibt.

Die Flexibilisierung der Arbeitswelt und die Anpassung aller Arbeits- und Lebensbereiche an diese wird als negativ identifiziert. Es wurde die Meinung formuliert, dass nicht allen Flexibilisierungswünschen aus der Arbeitswelt nachgekommen werden soll. So sollen etwa konkret **Ladenöffnungszeiten** eher wieder eingeschränkt als weiter ausgedehnt werden, denn auch die Nachfrage (etwa am Vormittag oder auch bei den Abendöffnungen) scheint nicht so groß zu sein. Vor diesen Hintergrund (=Anpassung an zunehmende Flexibilisierung) wird auch ein langer „**Bürgerdonnerstag**“ nur bedingt als sinnvoll erachtet. Andererseits würde **Arbeitszeitverkürzung** (statt noch längeren Arbeitszeiten) auch zu einer gerechteren Verteilung von Arbeit führen.

Im Gegensatz dazu wurde aber auch festgehalten, dass **individuelle Flexibilität** positiv sein kann, jedoch muss diese „partizipativ“ sein und nicht gegen den Willen der Betroffenen erfolgen.

Auch die „**Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit**“ war ein herausragendes Thema in der Fokusgruppe. Diese Problematik wird sowohl auf die marktorientierte Arbeitswelt, auf die Erwartungshaltung gegenüber kommunalen wie lokalen Behörden und PolitikerInnen als auch auf Beteiligungsprozesse bezogen. Die massiv gestiegene Verfügbarkeit führt auch dazu, dass die betroffenen Personen (z.B. im Agenda-Prozess) sehr ausgelastet werden und dann alle paar Jahre ausgewechselt werden „müssen“. Damit geht aber viel „investierte Zeit“ im Sinne von „kostbarem“ Know-how verloren.

In der Diskussion wurde – nicht zuletzt mit Blick auf die Frage von Vereinbarkeit – ein interessantes Dilemma sichtbar. So wurde gefordert, der Flexibilisierung in der Arbeitswelt und den Forderungen nach allgemeiner Verfügbarkeit (Stichwort: Entschleunigung) entgegenzuwirken, was konkret bedeuten kann, dass z.B. die Öffnungszeiten von Kindergärten sich nicht an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren sollen, da dadurch möglicherweise Anreize geschaffen werden, die Flexibilisierungstendenzen zu verstärken. Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen flexiblen Arbeitszeiten und veränderten Anforderungen an ihre Verfügbarkeit im Beruf ausgesetzt sind, der sie sich bei Gefahr des Arbeitsplatzverlustes nicht leicht entziehen können, entsteht dadurch die Gefahr, dass die Menschen derartige Vereinbarkeitsprobleme individuell lösen müssen. In der Gruppendiskussion ließ sich diese Problematik nicht auflösen, da sie nicht allein durch eine Diskussion zwischen betroffenen BürgerInnen und öffentlichen Stellen gelöst werden kann, sondern eben auch die Wirtschaft in diese Frage eingebunden werden muss. Weiters sind – angesichts wachsender Forderungen nach Ausdehnung von Öffnungszeiten – KleinunternehmerInnen (v.a. Handelsbetriebe) selbst massiven Zeitproblemen ausgesetzt.

Beschleunigung vs. Entschleunigung

Das Thema Beschleunigung vs. Entschleunigung wurde vielschichtig diskutiert: Einerseits besteht ein Anspruch an die **Politik zur Beschleunigung** (BürgerInnen und vor allem Medien haben immer weniger Geduld), gleichzeitig bedeutet die vielfach geforderte Partizipation/Beteiligung aber auch eine Verlangsamung. Für die Beteiligungsprozesse können aber auch zwei Phasen identifiziert werden: Prozess bis hin zum Ergebnis kann (mehr) Zeit brauchen, aber die Umsetzung soll dann rasch(er) erfolgen!

Für **Kinder, Jugendliche und SeniorInnen ist Entschleunigung** notwendig, sonst kommen sie buchstäblich unter die Räder. Die Forderung nach mehr (öffentlichen) Räumen, in denen unorganisierte und nicht kommerzialisierte Zeit verbracht werden kann, wurde in der Diskussion virulent.

Auch **UnternehmerInnen** selbst haben keine Zeit mehr. Bei Beteiligungsprozessen ist es am schwierigsten, mit diesen einen Termin zu finden; Unternehmen haben (angeblich) auch keine Zeit mehr, Lehrlinge auszubilden.

„**Zeit-Qualität-Kosten-Nachhaltigkeit**“: Es wurde festgehalten, dass Qualität (etwa bei Jugendprojekten) auch Zeit (=Beteiligungsprozess) braucht. Das verursacht mitunter höhere Kosten, dafür ist die Nachhaltigkeit aber gegeben. Das Gegenteil davon wäre, ein Projekt sehr schnell auf die Beine zu stellen und damit (zumindest zunächst) Zeit und Geld zu sparen. Abänderungen im Nachhinein, weil man drauf kommt, dass es so nicht passt, kosten im Endeffekt aber viel mehr Geld.

Vergabeverfahren und EU-weite Ausschreibungen stellen sich als sehr zeitintensiv dar. Die Umsetzung von Projekten dauert daher oft sehr, sehr lange. Hier wäre eine Beschleunigung bzw. die Beachtung des Zeitkriteriums wünschenswert. Durch neue Vergabeverfahren, die sich nur noch am Bestbieter-Prinzip orientieren, geht auch „investierte Zeit“ (=Know-how) verloren, AnbieterInnen von Leistungen, die sehr lange Zeit sehr gut gearbeitet haben, verschwinden vom Markt. „Neue“ AnbieterInnen können die versprochenen Leistungen dann aber z.B. gar nicht termingerecht erbringen.

Ziele/Zielgruppen von Zeitpolitik

Immer wieder wurde auch darüber diskutiert, was das Ziel von kommunaler Zeitpolitik sein soll („Zeit haben“ allein ist noch kein Wert) bzw. dass ein Ziel oder Ziele definiert werden müssen. Dabei geht es auch um die Frage, für welche Zielgruppen Zeitpolitik gemacht werden soll: z.B. für „**Schwächere**“ in der Gesellschaft – Zeit wird bei der Frage von Benachteiligung als ein ganz wesentlicher Faktor identifiziert. Auch **Jugendliche** werden immer wieder als Zielgruppe von Zeitpolitik genannt, da sie sehr stark mit anderen Gruppen um öffentliche Räume konkurrieren. Bei Jugendlichen bzw. in der Jugendarbeit kommt es immer wieder zu zeitlichen und räumlichen Veränderungen (z.B. haben sich die Bedarfe an fixen und flexiblen Betreuungszeiten geändert); Jugendarbeit ohne SMS, ohne rasche/flexible Vereinbarungen ist nicht möglich; freie Zeit der Jugendlichen hat sich auch geändert, ist „selbst gewählt“ oder „arbeitslos“ etc. Bei den Jugendprojekten in den Bezirken zeigt sich, dass es sowohl um eine zeitliche wie auch räumliche Abstimmung geht. Grundsätzlich geht es darum, für unterschied-

liche Gruppen (z.B. ÖsterreicherInnen und Menschen mit **Migrationshintergrund**) Angebote unterschiedlich zu gestalten (kulturelle Dimension von Zeit). Auch die **ZeitanbieterInnen in der Verwaltung**, aber auch in anderen Institutionen, die öffentliche Aufgaben übernehmen, werden in der Diskussion als mögliche Zielgruppe identifiziert. Die Qualität der Betreuung von BürgerInnen und der Bearbeitung ihrer Anliegen bzw. die Qualität ihrer Einbindung wird durch den Druck zur immer umfassenderen Verfügbarkeit der Beschäftigten, die diese Zeiten erzeugen – so die implizite Aussage in der Diskussion – in letzter Konsequenz nicht verbessert.

Verknüpfung von Zeit- und Raumpolitik

Vor allem bei Jugendlichen wird die notwendige Verknüpfung von Raum- und Zeitpolitik höchst evident. Raum/Zeitverbindungen werden aber auch bei der Berufsorientierung und Weiterbildung ersichtlich (Angebote in den Bezirken, Angebote kommen zu den Menschen). Aber auch für andere Gruppen können (zeitliche) NutzerInnenkonflikte im öffentlichen Raum identifiziert werden. Zudem wird die Entkommerzialisierung und Zurückgewinnung des öffentlichen Raumes als notwendig erachtet.

4.3.2.2. „Projektideen“ und mögliche Aktivitäten

Erhebung von unterschiedlichen Zeitstrukturen: Auch in dieser Fokusgruppe taucht immer wieder die Frage nach den zeitlichen Strukturen der Stadt, dem „Zeitgefühl der Stadt“ oder dem Zeitgefühl der verschiedenen StadtbewohnerInnen auf. Konkret wird auch das Erstellen von „Zeitprofilen“ (z.B. bezogen auf den Tagesablauf) von „ModellwienerInnen“ vorgeschlagen.

Da das Thema Partizipations- und Beteiligungsprozesse eine große Rolle spielt, wird auch ein großes Interesse an der **Erhebung von Zeitinvestitionen im Zuge von Beteiligungsverfahren** differenziert nach unterschiedlichen Gruppen oder auch nach dem Geschlecht artikuliert.

Im Kontext der Diskussion um die zunehmende „Ungeduld“ der BürgerInnen und Medien in Fragen der Umsetzung von Projekten stellt sich die Frage, inwieweit dem durch mehr **Transparenz** über den konkreten Ablauf entgegengewirkt werden könnte (in welchem Stadium der Bearbeitung findet sich dieses und jenes Projekt – wobei sichtbar gemacht werden müsste, dass es viele Projekte gibt, die bearbeitet werden).

Pilotprojekt: „Was bedeutet Zeit im Tagesablauf für WienerInnen“: Ein sehr konkreter Vorschlag bezieht sich auf die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Evaluierung des „Mariahilfer Platzl“ (2009) den Tagesablauf von WienerInnen zu erfassen.

Zeitliche Aspekte im Rahmen des Leitbilds „öffentlicher Raum“: Im Sinne einer sinnvollen Verschränkung von räumlichen und zeitlichen Dimensionen der Stadt kommt auch der Vorschlag, das Leitbild „öffentlicher Raum“ um einen zeitlichen Aspekt zu ergänzen.

Beschleunigung von Sitzungen (auf Bezirksebene): Untersuchung, ob und inwiefern der Zeitfaktor bei der Lösung eines Problems oder für die Qualität der Lösung eines Problems entscheidend ist. Das könnte über Selbstbeobachtung, Beobachtung von außen, Fragebögen etc. erfolgen. Veränderungen, Verbesserungen würden allen helfen!

Bezirksumfrage betreffend „Zeit und Partizipation“: Von 30.000 EinwohnerInnen des 6. Bezirks haben 2.500 geantwortet. Diese könnten angeschrieben und ein Projekt mit ihnen erarbeitet werden, wo es etwa um die Frage geht, wie entscheidend die „Zeit“ für die Partizipation bzw. die Beteiligung am politischen Geschehen ist.

5. METHODISCHE VORGEHENSWEISE

Zur Bearbeitung der sehr umfassenden Ziele und Fragestellungen der Machbarkeitsstudie „Chancen und Möglichkeiten kommunaler Zeitpolitik – Zeitbüro und Projektideen für Wien“ war die Anwendung verschiedener Methoden bzw. Instrumente notwendig.

Für die Erarbeitung der internationalen Ansätze und Beispiele stellte die **Literatur- und Dokumentenrecherche** – vor allem via Internet – ein Hauptinstrument dar. Vor allem italienische sowie französische Städte/Gemeinden, die über ein Zeitbüro verfügen, stellen zum Teil sehr interessante Informationen und Dokumente im Internet bereit. Im Falle von Paris konnten diese durch ein ExpertInnengespräch ergänzt werden (Gespräch von Ursula Bauer mit einer Fachreferentin des Pariser Zeitbüros), für die Darstellung der zeitpolitischen Aktivitäten in Hamburg wurde Kontakt mit einem ehemaligen Mitarbeiter des VERA-Projekts aufgenommen, der Material zur Verfügung stellte. Für eine nähere Untersuchung und Darstellung wurden – auf Basis der Zugänglichkeit der Informationen und der Relevanz für die Machbarkeitsstudie – schließlich sechs Städtebeispiele ausgewählt: Bozen, Rom und Florenz, Paris, Bremen und Hamburg.

- Die Erarbeitung von bestehenden zeitorientierten Ansätzen und der zeitpolitischen Problemlage auf Ebene der Stadt Wien erfolgte zunächst durch zwei Hauptinstrumente: Dokumentenanalyse und **ExpertInneninterviews**. Entsprechend den Anregungen durch die Begleitgruppe und auf Basis der Verfügbarkeit wurden folgende Dokumente und Studien der Stadt Wien daraufhin untersucht, ob und in welcher Weise das Thema „Zeit“ bzw. „Zeitpolitik“ aufscheint: Alles zu jeder Zeit? – Die Städte auf dem Weg zur kontinuierlichen Aktivität, Masterplan Verkehr 2003, Leben und Lebensqualität in Wien 2003, STEP 1994 und 2005, Wächst Wien?
- Leitfadenbasierte Interviews wurden mit folgenden ExpertInnen – vor allem aus der kommunalen Verwaltung – durchgeführt:
- Ursula Bauer (MD-OS: Projektleiterin Gender Mainstreaming)
- Manfred Fasching (Büro Stadträtin Frauenberger)
- Ulrike Haslinger (MA 22: Querschnittsbereich: Nachhaltige Entwicklung und Internationale Kooperation)
- Rainer Hauswirt (MA 18: Referat Stadtforschung und Raumanalyse)
- Eva Kail (MB-BD: Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen)
- Astrid Kellner (MA 55: Mobiler Bürgerdienst)
- Andrea Binder-Zehetner (Agenda 21)
- Walter Kouba (MA 53: Presse und Informationsdienst)
- Jutta Kleedorfer (MA 18: Projektkoordination – Mehrfach- und Zwischennutzung)
- Johann Mittheisz (MD-OS: Gruppenleiter Informations- und Kommunikationstechnologie)
- Kurt Mittringer (MA 18: Leiter Stadt- und Regionalentwicklung)
- Robert Spacek (MD-OS: Leiter-Stv.)

- Thomas Weninger (Städtebund – Generalsekretär)
- Christine Spieß (MA 10: Wiener Kindergärten, Dienststellenleitung)
- Karin Jary (MD-OS: Gruppenleiterin Leitungsinstrumente)
- Dieter Häusler und Angelika Winkler (MA 18: Verkehrsplanung und Mobilitätssteigerung)
- Karl Hosemann (WWFF)
- Johannes Höhrhan (IV)

Leitfaden für die ExpertInnengespräche zum Thema „Zeiten der Stadt“ (dieser wurde je nach InterviewpartnerIn detailliert und ergänzt)

- Für welchen Tätigkeitsbereich sind Sie/ist Ihre Dienststelle bei der Stadt Wien/im Magistrat zuständig?
- Spielen im Rahmen Ihrer Tätigkeiten die Dimension „Zeit“ oder zeitorientierte Überlegungen eine Rolle? Wenn ja, in welchen Bereichen und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
- Glauben Sie, dass es sinnvoll ist, die Dimension Zeit (stärker) in Ihrem Bereich, aber auch in anderen kommunalpolitischen Feldern mitzudenken? Wenn ja, in welchen Bereichen? Wenn nein, warum nicht?
- Mit welchen zeitpolitischen Problemlagen (Zeitkonflikten) sind Sie als VertreterIn Ihrer Dienststelle, aber auch persönlich (im Alltag) konfrontiert?
- Kommunale Zeitpolitik erfordert Koordinierung, Zusammenarbeit und Moderation – zwischen Verwaltungseinheiten, mit „Stakeholdern“ und den BürgerInnen. Welche Formen, Strategien funktionieren Ihrer Meinung/Erfahrung nach am besten? Wo gibt es die größten Erfolge, wo die größten Probleme und warum?
- Kommunale Zeitpolitik kann in verschiedenen Formen umgesetzt/organisiert werden – in Einzelprojekten (auf bestimmte Problemlagen bezogen), als Querschnittsmaterie (Vernetzung von bestehenden Ansätzen), in Form eines „Zeitbüros“ –, die sich nicht notwendigerweise ausschließen müssen. Was scheint Ihnen sinnvoll zu sein? Wo sehen Sie für sich/Ihre Dienststelle die Möglichkeit/Bereitschaft, sich zu engagieren? In welcher Form?
- Wer müsste/könnte/sollte Ihrer Meinung nach sonst noch in das Projekt „kommunale Zeitpolitik“ eingebunden werden (in und außerhalb der Verwaltung)?

Zur vertiefenden, themenspezifischen Erarbeitung von zeitpolitischen Problemlagen in Wien, aber vor allem zur Identifikation von möglichen Projektideen für Wien wurde zusätzlich das Instrument der explorativen **Fokusgruppe** eingesetzt. In Abstimmung mit den AuftraggeberInnen wurden zwei Fokusgruppen abgehalten: eine zum Thema „Arbeit und Wirtschaft“ in Wien und eine auf lokaler bzw. dezentraler Ebene. TeilnehmerInnen der Fokusgruppen waren:

- Agnes Streissler (ZIT)
- Gabriele Schmidt (AK Wien, Bildungspolitik)
- Inge Friehs (AMS Wien)
- Michael Klug (AK Wien, Kommunalpolitik)

- Eva Krennbauer (WAFF)
- Helmut Naumann (WKW, Wirtschaftspolitik)
- Angelika Wolff (WAFF-TEP)
- Robert Lechner (Agenda 21, 1070)
- Renate Kraft (MA 13: Parkbetreuung)
- Renate Kaufmann (Bezirksvorsteherin 1060)

Mit der Abhaltung der Fokusgruppendifkussion wurden folgende Ziele verfolgt, die auch den TeilnehmerInnen an der Diskussion offengelegt wurden:

- Einbeziehung von AkteurInnen aus dem Bereich „Arbeit und Wirtschaft“ bzw. dem „dezentralen“ Bereich – Sensibilisierung für das Thema kommunale Zeitpolitik
- Identifizierung von Handlungsfeldern und zeitpolitischen Problemlagen in Wien im Bereich Arbeit und Wirtschaft bzw. auf „dezentraler“ Ebene
- Diskussion von möglichen Projektideen für Wien
- Diskussion von Organisationsformen und Arbeitsweisen sowie Instrumenten kommunaler Zeitpolitik in Wien
- Der Fokusgruppendifkussion ging die Vorstellung des Konzepts „kommunale Zeitpolitik“ und die Präsentation internationaler Beispiele voraus. Die Diskussion gliederte sich in drei Fragenblöcke:

Fragenblock 1

Spielt im Rahmen Ihrer Tätigkeit die Dimension „Zeit“ bzw. spielen zeitorientierte Überlegungen eine Rolle?

Mit welchen zeitpolitischen Problemlagen (Zeitkonflikten) sind Sie als VertreterIn Ihrer Einrichtung, aber auch persönlich (im Alltag) konfrontiert?

Fragenblock 2

Von der Zeitnot zum Zeitwohlstand – Entschleunigung oder Beschleunigung?

Welche Zeitprobleme und Zeitungleichgewichte existieren für bzw. zwischen AnbieterInnen und NachfragerInnen von Zeit im Bereich Arbeit und Wirtschaft bzw. im „dezentralen“ Bereich? Wo herrscht Ihrer Meinung nach Zeitmangel oder auch Zeitüberfluss? Wo gibt es Zeitkonflikte – z.B. zwischen den anwesenden AkteurInnen?

Fragenblock 3

Kann Wien Paris oder Rom werden?

Stellen Sie sich vor, Zeitpolitik ist für die relevanten AkteurInnen im Bereich Arbeit und Wirtschaft auf regionaler Ebene ein etabliertes Thema: Welche Projekte oder Aktivitäten könnten unter diesen Bedingungen entstehen? Wie müssten oder könnten diese aussehen? Was würden die beteiligten AkteurInnen benötigen? Wie würden sie die Projekte erarbeiten?

Entsprechend dem Vertrag wurde gleich zu Beginn der Machbarkeitsstudie eine praxisorientierte **Begleitgruppe** installiert, die im Kern aus den AuftraggeberInnen (Reinhard Troper und Alice Ludwig bzw. Gabriel Hilbrand) und VertreterInnen der Kommunalverwaltung (Ulrike Haslinger – MA 22, Astrid Kellner – MA 55, Ursula Bauer – MD-OS, Thomas Weninger – Österreichischer Städtebund, Rainer Hauswirth – MA 18, Andrea Waldegg – MA 57) bestand. Insgesamt fanden drei Treffen mit der Begleitgruppe statt, wobei die TeilnehmerInnen variierten und zusätzliche VertreterInnen (Alfred Silber und Eva Krennbauer – WAFF sowie Jutta Kleedorfer – MA 18: Projektkoordination – Mehrfach- und Zwischennutzung) teilnahmen. Eine der Hauptaufgaben der Begleitgruppe bestand in der inhaltlichen und methodischen Konkretisierung bzw. Schwerpunktsetzung der Machbarkeitsstudie. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Begleitgruppe einerseits für den Informationsaustausch und andererseits für die Kontaktaufnahme mit InterviewpartnerInnen und TeilnehmerInnen der Fokusgruppen eine ganz wesentliche Rolle spielte. Ohne die aktive Mitarbeit der Begleitgruppe hätten viele Informationen und auch InterviewpartnerInnen nicht gewonnen werden können.

Der zentrale Kern der Machbarkeitsstudie, nämlich das „Konzept der Machbarkeit kommunaler Zeitpolitik und Projektideen für Wien“, das auf Basis der Integration aller im Projektverlauf erzielten Ergebnisse erstellt wurde, wurde ebenfalls mit der Begleitgruppe diskutiert und die Anregungen in das endgültige Konzept eingearbeitet.

- Im Hinblick auf die **externe Qualitätskontrolle** konnte Drⁱⁿ Martina Heitkötter, wissenschaftliche Expertin auf dem Gebiet „lokale Zeitpolitik“ und ehemalige Leiterin des „ZeitBüro Bremen-Vegesack“, gewonnen werden. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Erarbeitung einer Stellungnahme zum „Vorläufigen Konzept der Machbarkeit kommunaler Zeitpolitik und Projektideen für Wien“. Darüber hinaus konnten im Projektverlauf inhaltliche wie methodische Diskussionen – wenn auch nur via Telefon und Internet – geführt werden.

LITERATUR

- Asadi, Shams (2002): Wien – eine Stadt, die niemals schläft?; in: Dossier, 06/2002, Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Wien
- Bevilaqua, Christina (1997): Prime linee per il piano di fattibilità dei tempi, degli orari e degli spazi della città di Firenze (www.comune.firenze.it/istruzione/temporari_spazi/piano)
- Bonfiglioli, Sandra (2000): Die Politik der Städtischen Zeit; in: Mückenberger, Ulrich (Hg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. 2. erw. Auflage, Edition Temmen, Bremen, S.23-34
- Bonfiglioli, Sandra/Mareggi, Marco (Hg.) (1999): Il tempo e la città fra natura e storia. Atlante di progetti sui tempi della città, Roma
- Bonfiglioli, Sandra/Mareggi, Marco/Zedda, Roberto (Hg.) (2000): Stadt Bozen. Mobilitätspakt und Zeitleitplan, Rom
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Siebter Familienbericht, Berlin
- Comune di Firenze (2004): Testo integrale del piano territoriale degli orari, Firenze (www.firenze.it/istruzione/temporari_spazi/piano/index.html)
- Comune di Roma (1997): Il piano die tempi e degli orari del comune di Roma, (www.comune.roma.it)
- Comune di Roma (2005): Focus: Il tempo die cittadini, (www.comune.roma.it)
- Comune di Roma (2005a): Piano die tempi e degli orari della città di Roma, (www.comune.roma.it)
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (2005): Zeitpolitisches Manifest, Berlin und Bremen (www.zeitpolitik.de, download 11.10.2007)
- Deutsches Institut für Urbanistik (2000): Zeitpolitik als kommunales Handlungsfeld. Analyse der Zeitgestaltungsprojekte des Expo-Nordverbundes: Bremen – Hamburg – Hannover (www.zeitpolitik.de, download 11.10.2007)
- Die „Zeiten der Stadt“ der Gemeinde Bozen (www.gemeinde.bozen.it, download 10.10.2007)
- Dokumentation des Projektverlaufs „Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt“ (www.bremen2030.de, download 11.10.2007)
- Eberling, Matthias/Henckel, Dieter (1998): Kommunale Zeitpolitik. Veränderungen von Zeitstrukturen – Handlungsoptionen der Kommunen, edition sigma, Berlin
- Eberling, Matthias/Henckel, Dieter (2001): Alles zu jeder Zeit? Die Städte auf dem Weg zur kontinuierlichen Aktivität, Projekt-Endbericht, Deutsches Institut für Urbanistik
- Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (2000): Zeiten der Stadt und Lebensqualität, Irland/Dublin
- European Commission (2008): Indicators for Monitoring the Employment Guidelines including indicators for additional employment analysis, 2008 compendium, Brüssel
- Garhammer, Manfred (2001): Arbeitszeit und Zeitwohlstand im internationalen Vergleich – eine Schlüsselfrage für die Lebensqualität in Europa; in: WSI-Mitteilungen 4/2001, S. 231-241

- Geissler, Birgit (1998): Alltagszeit und die „Zeiten der Stadt“ – Von Italien lernen; in: Ulrich Mückenberger (Hg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld, Bremen, S. 35-42
- Hametner, Kristina (2007): Struktur und Entwicklung der Beschäftigung in Wien 1996 – 2006. Eine quantitative Analyse; in: Magistrat der Stadt Wien (MA 5): Die neue Vielfalt in der Arbeitswelt: Neue und klassische Erwerbsformen im Vergleich. Wien in Zahlen 2007: Beschäftigung, Wien, S. 5-20
- Hanappi-Egger, Edeltraud/Schnedlitz, Peter/Eberherr, Helga/Von Dippel, Alexander (2009): Ageing Society – Altern in der Stadt: Aktuelle Trends und ihre Bedeutung für die strategische Stadtentwicklung; Forschungsprojekt, Endbericht, Wien
- Haydn, Gerlinde (2007): Neue Selbständige in Wien. Eine quantitative Untersuchung; in: Magistrat der Stadt Wien (MA 5): Die neue Vielfalt in der Arbeitswelt: Neue und klassische Erwerbsformen im Vergleich. Wien in Zahlen 2007: Beschäftigung, Wien, S. 33-38
- Heitkötter, Martina/Schneider, Manuel (Hg.) (2005): Zeitpolitisches Glossar: Grundbegriffe, Felder, Instrumente – Strategien, München (www.zeitpolitik.de; download 11.10.2007).
- Heitkötter, Martina (2006): Sind Zeitkonflikte des Alltags gestaltbar? Prozesse und Gegenstände lokaler Zeitpolitik am Beispiele des ZeitBüro-Ansatzes, Peter-Lang, Frankfurt/Main et al.
- Heitkötter, Martina (2007): Aktuelle Ansätze lokaler Zeitpolitik; in: Zeitpolitisches Magazin, Ausgabe 10 (www.zeitpolitik.de download 11.10.2007)
- Krenn, Manfred/Eichmann, Hubert/Flecker, Jörg/Hermann, Christoph/Papouschek, Ulrike (2005): Partizipation oder Delegation von Unsicherheit? Partizipationschancen in entgrenzten Arbeitsfeldern – IT-Dienstleistungen und mobile Pflege. Forba-Forschungsbericht, Wien
- Läpple, Dieter/Thiel, Joachim (2005): Das Forschungs- und Gestaltungsprojekt „Verzeitlichung des Raumes“ (VERA). Neue raum-zeitliche Herausforderungen an der Schnittstelle von Arbeitswelt und Lebenswelt; in: Zeitpolitisches Magazin, Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (www.zeitpolitik.de/pdfs/zpm-6-12-05.pdf)
- Legge 8 marzo 2000, n. 53, „Disposizioni per il sostegno della maternità e della paternità, per il diritto alla cura e alla formazione e per il coordinamento dei tempi delle città“ (pubblicata nella Gazzetta Ufficiale n. 60 del 13 marzo 2000) (<http://www.senato.it/parlam/leggi/000531.htm> 13.06.2000)
- Magistrat der Stadt Wien (MA 5): Die neue Vielfalt in der Arbeitswelt: Neue und klassische Erwerbsformen im Vergleich. Wien in Zahlen 2007: Beschäftigung, Wien
- Magistratsdirektion: Stadtbaudirektion – Gruppe Planung (1993): Wächst Wien? Raum, Zeit, Qualität. Beirat für die Stadtentwicklung, Wien
- Mairhuber, Ingrid (2001): „Tempi della Città“: von Italien lernen, FORBA-Schriftenreihe Nr. 3/2001
- Mayerhofer, Peter (2007): Stadtwirtschaft im Umbruch – Wiens Beschäftigungssystem unter neuen Rahmenbedingungen; in: Wirtschaft und Gesellschaft, 33. Jahrgang, Heft 1, S. 11-40
- Mesch, Michael (2007): Die Berufsstruktur der Beschäftigung in Wien 1991-2001. Berufshauptgruppen in den Wirtschaftsbereichen und -klassen; in: Wirtschaft und Gesellschaft, 33. Jahrgang, Heft 1, S. 41-72

- Mückenberger, Ulrich (Hg.) (1998): Zeiten der Stadt, Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld, Bremen
- Mückenberger, Ulrich (2004): Metronome des Alltags, Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung, edition sigma, Berlin
- Mückenberger, Ulrich (2007): „Zeiten der Stadt“ – ein europäischer Lernprozess; in: Zeitpolitisches Magazin, Ausgabe 10
- Projektbericht (2006): Projekt Familiengerechtes Hanau – eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Hanau (www.zeitpolitik.de download 11.10.2007)
- Rinderspacher, Jürgen, P. (2002): Zeitwohlstand, ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation, edition sigma, Berlin
- Stadler, Bettina (2005): Daten zu atypischer Beschäftigung in Österreich; in: Statistische Nachrichten 12/2005, S. 1093-1100
- Stadt Bozen – Amt für Statistik und Zeiten der Stadt (2006): Alles eine Frage der Zeit! Die Zeitpolitik der Stadt Bozen (www.gemeinde.bozen.it/zeiten.stadt)
- Stadt Bozen (2005): Zeitleitplan für die Stadt Bozen; Grundsatzpapier (www.gemeinde.bozen.it/zeiten.stadt)
- Stadt Bozen (2005a): Zeitleitplan für die Stadt Bozen – Der strategische Entwicklungsplan (www.gemeinde.bozen.it/zeiten.stadt)
- Statistik Austria (2005): Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung, Wien
- Statistik Austria (2007): Frauen und Männer in Österreich – Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden, Wien
- Statistik Austria (2008): Arbeitskräfteerhebung 2007, Wien
- Stohr, Henrik (2007): Impulsreferat. Drei Quartiere, drei Gesichter des Wandels; in: VERA (Verzeitlichung des Raumes): Alltagsorganisation und Zeitkonflikte in der „postfordistischen“ Stadt. Dokumentation des Workshops des VERA-Projekts mit Praxispartnern und Entscheidern. Manuskript
- Voithofer, Peter/Gittenberger Ernst/Dorr, Andrea (2003): Evaluierung der Wiener Ladenöffnungszeiten; Studie im Auftrag der MA 27, Wien
- Walterskirchen, Ewald (2006): Aktive Beschäftigung in Österreich, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

ANHANG 1: STELLUNGNAHME VON DR. MARTINA HEITKÖTTER

Dr. Martina Heitkötter

12.12.2008

Stellungnahme zum vorläufigen Konzept „Möglichkeiten und Perspektiven von Zeitpolitik in Wien“ 12.12.2008

Inhalt

ANHANG 1: STELLUNGNAHME VON DR. MARTINA HEITKÖTTER.....	84
1. VORBEMERKUNG.....	85
2. ORGANISATIONSFORMEN, ARBEITSWEISEN UND INSTRUMENTE.....	85
Organisationsformen auf mehreren Ebenen der Politik und Kommunalverwaltung.....	86
Zeitpolitische Organisationsformen auf dezentraler Ebene.....	87
Verzahnung der verschiedenen Ebenen und Gremien zentral wichtig.....	88
Bürgerbeteiligung.....	88
Forum für Zukunftsfragen, Zeitpolitik und Lebensqualität.....	89
Institutionalisierung: Die einzurichtende „Stelle“.....	90
3. HANDLUNGSFELDER UND PROBLEMLAGEN.....	90
Arbeit und Wirtschaft.....	91
Verwaltung, Bürger/innenkontakt, Partizipation.....	92
Querschnittsfragen.....	93
4. KONKRETE AKTIVITÄTEN UND MÖGLICHE PILOTPROJEKTE.....	94
Auf der Ebene der Wiener Stadtpolitik.....	94
Auf dezentraler Ebene.....	95
5. ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN.....	96
6. VERWENDETE LITERATUR.....	97
ANHANG 2: BEISPIELE FÜR CHRONOMAPS.....	98

1. VORBEMERKUNG

Das vorliegende Konzept beschreibt auf der Grundlage internationaler Studien und Literatur sowie leitfadengestützter Experteninterviews und Fokusgruppen – schwerpunktmäßig aus dem Bereich der Wiener Kommunalverwaltung – drei Dimensionen der Umsetzung lokaler Zeitpolitik für Wien. Erstens werden identifizierte Handlungsfelder und Problemlagen vorgestellt, zweitens werden Vorschläge im Hinblick auf Organisationsformen, Arbeitsweisen und Instrumente gemacht sowie drittens Ansatzpunkte für konkrete Aktivitäten und mögliche Pilotprojekte dargelegt. Die Ausführungen unterscheiden dabei zwei Umsetzungsebenen lokaler Zeitpolitik innerhalb der Kommunalpolitik bzw. -verwaltung.

Es ist positiv hervorzuheben, dass sich die Stadt Wien dem Thema lokale Zeitpolitik in derart systematischer Art und Weise nähert, dass sie eine empirisch basierte und den internationalen Wissensstand berücksichtigende Machbarkeitsstudie in Auftrag gibt, um auf dieser Basis über weitere Schritte zu entscheiden.

Grundsätzlich gesprochen bietet das Konzept mit seinen empirischen Grundlagen, dem gewählten methodischen Vorgehen, dem Aufbau und dem Gehalt der Aussagen meiner Einschätzung nach eine gelungene Ausgangslage für weitere Entscheidungen. In meiner Stellungnahme zu dem mir vorliegenden vorläufigen Konzept vom 20.11.2008 werde ich nachfolgend auf die drei genannten Aspekte des Konzepts kommentierend eingehen.

2. ORGANISATIONSFORMEN, ARBEITSWEISEN UND INSTRUMENTE

Das Konzept schlägt für Wien vor, kommunale Zeitpolitik auf zwei Ebenen zu etablieren. Auf der übergeordneten Ebene des Magistrats kann „Zeit“ als kommunaler Gestaltungsfaktor in die großen Linien der Stadtpolitik eingebracht werden, um förderliche Rahmenbedingungen für zeitpolitische Gestaltungsvorhaben zu schaffen, die auf lokaler Ebene konkretisiert und umgesetzt werden können. Favorisiert wird dabei die Orientierung an räumlichen Strukturen der Bezirke bzw. einzelner Stadtteile gegenüber einer thematischen Dezentralisierung. Es wird auf übergeordneter Ebene (Magistratsdirektion, einer Magistratsabteilung oder außerhalb der Kommunalverwaltung) die Einrichtung einer „zeitpolitischen Stelle“ empfohlen, die die anfallenden Aufgaben der Aktivierung, Vernetzung relevanter Akteure, Initiierung und Entwicklung von zeitpolitischen Gestaltungsprojekten, Durchführung von Partizipationsprozessen sowie Moderation von Abstimmungsprozessen verantwortlich übernehmen kann.

Diese in der Machbarkeitsstudie herausgearbeiteten drei zentralen Strukturelemente entsprechen dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion der Zeitpolitikforschung sowie der zeitpolitischen Praxis (Mückenberger 2004; Heitkötter 2006). Der Mehrebenenansatz zeitpolitischer Verankerung in der Kommune, die erforderliche

(wenn auch möglicherweise zunächst befristete) Institutionalisierung zeitpolitischer Aktivitäten in Form einer irgendwie gearteten Agentur oder Instanz sowie differenzierte Arbeitsstrukturen in Form von politikfeldübergreifenden Foren einerseits und thematisch ausgerichteten Runden Tischen, Arbeitskreisen etc. auf lokaler Ebene andererseits erscheinen mir richtungweisend auch für die mögliche Umsetzung kommunaler Zeitpolitik in Wien. An dieser Grundeinschätzung anknüpfend möchte ich nachfolgend eine Reihe struktureller Anregungen formulieren, die zum einen vertiefend, zum anderen ergänzend als Anreicherung der Diskussion um die Machbarkeit kommunaler Zeitpolitik in Wien zu verstehen sind.

Organisationsformen auf mehreren Ebenen der Politik und Kommunalverwaltung

Wie die zeitpolitischen Praxiserfahrungen aus Deutschland wie auch aus Italien zeigen, ist tatsächlich ungeachtet der letztlich gewählten Organisationsstruktur der politische Wille, am besten personifiziert in einer hochrangigen politischen Persönlichkeit der Stadt (Bürgermeister/in, Stadtrat/rätin, Abteilungsleitung etc.) für eine Umsetzung lokaler Zeitpolitik in einer Kommune ein nicht zu unterschätzender Erfolgsfaktor. Es ist lohnend, der Gewinnung einer solchen Persönlichkeit, die dieses Thema verwaltungsintern mitbefördert und nach außen dafür steht, Aufmerksamkeit zu schenken. Das gilt für beide Ebenen, die des Magistrats und der Gesamtstadt sowie für die Ebene der Bezirke.

Entscheidend für die Umsetzung lokaler Zeitpolitik ist **die Schaffung transversaler, politikfeld- und behördenübergreifender zeitpolitischer Vernetzungsstrukturen**, die auch das wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Leben außerhalb der Verwaltung einbinden. Die dahinter stehende Überlegung ist, dass lokale Zeitpolitik die ganzheitliche Alltagsgestaltung der Bürgerinnen und Bürger aufwertet und zum Ausgangspunkt politischer Gestaltung macht. Auf eine einfache Formel gebracht, ist der Alltag „der Ort, an dem alles zusammenkommt“. Lokale Zeitpolitik verfolgt das zentrale Ziel, die Alltagsgestaltung in zeitlicher Hinsicht zu erleichtern und den/die Einzelne von Koordinations- und Synchronisationsaufgaben zu entlasten. Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, strukturell und auf der Ebene der Organisationsform die Segmentierung und Versäulung von Zuständigkeiten einzelner Ausschnitte des Alltagslebens ein Stück weit zu überwinden – durch eine breit angelegte Vernetzungsstruktur. Dies wird auch zu Recht in dem Konzept vorgeschlagen. Es sollte sich hier allerdings um *ein* Gremium, *ein* Forum, *einen* großen Runden Tisch pro Ebene handeln – also eines für die Gesamtstadt Wien und jeweils eines für die beteiligten Bezirke bzw. Stadtteile. Die lokale Ebene ist für die Erarbeitung und Umsetzung konkreter zeitpolitischer Maßnahmen und Vorhaben erfahrungsgemäß die entscheidende, die allerdings schnell an ihre Grenzen stößt, wenn auf der übergeordneten Ebene keine Entsprechung vorhanden ist. Ein wesentliches Merkmal muss dabei eine Zusammensetzung der beteiligten Akteure und Institutionen sein, die *deutlich über die Verwaltung hinausreicht* und die jeweils relevanten Vertreter der Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie die Anbieter öffentlicher und privater Dienstleistungen aus den Bereichen Mobilität, Gesundheit, Kultur etc.

integriert. Es ist auch darauf zu achten, dass nicht nur die „Zeitanbieter“-Perspektive darin vertreten ist, sondern auch die „Zeitnachfrager“-Perspektive in Form beispielsweise von Elternbeiräten, Arbeitnehmervertretungen, Seniorenvereinigungen etc. Die Chance lokaler Zeitpolitik liegt für die Verwaltung gerade darin, über derartige „Foren“ und Vernetzungsstrukturen ihre Binnenorientierung ein Stück weit zu überwinden und einen Brückenschlag in die Stadtgesellschaft hinein zu vollziehen. Dadurch besteht die Möglichkeit, vorhandene Ansätze der Bürgerorientierung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung zu ergänzen, indem der/die Bürger/in nicht nur als Nachfrager/in von Verwaltungsdienstleistungen gesehen wird, sondern als Mensch, der in seinem vielfältigen Alltag ganz verschiedene Anforderungen und Aufgaben zu erledigen hat.

Hauptfunktion dieser Vernetzungsstruktur ist die Sichtung von lokalen Zeitkonflikten, die Initiierung konkreter Gestaltungsvorhaben (die von themen- bzw. projektbezogenen Arbeitskreisen erarbeitet und umgesetzt werden) und die diskursive Beratung und Begleitung gerade im Lichte der unterschiedlichen alltagsrelevanten Perspektiven, um auf diese Weise Optimierungen aus der Nutzerperspektive zu ermöglichen.

Zeitpolitische Organisationsformen auf dezentraler Ebene

Die im Konzept vorgeschlagene Orientierung an räumlichen Strukturen bezogen auf Bezirke oder ggf. noch kleinteiliger erscheint mir nicht nur ausgesprochen sinnvoll, sondern fast zwingend. Die Organisation des Alltags (sich versorgen, Kinderbetreuung/Schule, Ärzte, aber auch soziale Netzwerke etc.) findet schwerpunktmäßig im unmittelbaren räumlichen Lebensumfeld statt. In der raum-zeitlichen Gestaltung des lokalen Lebensumfelds liegen – abgesehen von den ebenfalls einflussreichen Koordinaten der jeweiligen Erwerbsbeteiligung (Arbeitszeiten, Arbeitsort, Arbeitsbedingungen oder arbeitslos) – wichtige Einflussgrößen hinsichtlich der zeitlichen Lebensqualität im Alltag. Damit Zeitpolitik auch an den zentralen zeitlichen Konfliktlagen der Bürger/innen ansetzen und für diese spürbare Veränderungen bewirken kann, ist die Berücksichtigung der „Meso- und Mikroebene“ von herausragender Bedeutung. Auf Bezirksebene sind verschiedene Formen der institutionellen Anbindung zeitpolitischer Aktivitäten denkbar, wie im Konzept vorgeschlagen. Zu beachten ist, inwieweit die Institution oder Organisationsstruktur über eine breite öffentliche Akzeptanz und lokale Kompetenz verfügt und am ehesten eine Türöffner-Funktion wahrnehmen kann, um relevante Akteure aus anderen Bereichen zur Mitarbeit zu gewinnen.

Ausgehend von der breit angelegten Vernetzungsstruktur (siehe oben) hat sich auf lokaler Ebene bewährt, ansetzend an den konkret eruierten Problembeständen und zeitpolitischen Lösungsideen im Laufe der Zeit kleinteilige themenbezogene Arbeitsstrukturen (Runde Tische, Arbeitsgruppen) einzurichten, die in ihrer Zusammensetzung im Unterschied zu der übergreifenden Vernetzung deutlich homogener und dadurch arbeitsfähiger bei der konkreten Umsetzung sind. Diese Ausdifferenzierung ist grundsätzlich auf beiden Ebenen denkbar, sollte jedoch schwerpunktmäßig auf der lokalen Ebene verfolgt werden.

Dort, wo bereits einschlägige Strukturen vorhanden sind, sollten diese – wie im Konzept angemerkt – unbedingt genutzt und durch die zeitpolitische Perspektive ergänzt werden; insbesondere wenn sich die einschlägigen Akteure gleichen, sollten Doppelstrukturen vermieden werden.

Verzahnung der verschiedenen Ebenen und Gremien zentral wichtig

Bei der Entwicklung zeitpolitischer Organisations- und Arbeitsformen auf verschiedenen Ebenen der Wiener Stadtgesellschaft ist wesentlich auf die Verknüpfung und Verzahnung der verschiedenen Ebenen zu achten.

Dies gilt insbesondere für den Informationsaustausch zwischen den übergreifenden Vernetzungsstrukturen untereinander und den projektbezogenen Arbeitsgruppen. Für diese Vermittlungs- und Verzahnungsleistung ist zum einen schwerpunktmäßig die einzurichtende „Stelle“ (siehe unten) zuständig, die ggf. auf den jeweiligen Ebenen die Moderation übernimmt und dafür sorgt, dass in regelmäßigen Abständen über die Aktivitäten und Ergebnisse der projektbezogenen Arbeitsgruppen in übergreifenden Foren berichtet und darüber beraten wird. Diese Form der Beratung erfüllt entsprechend der zeitpolitischen Theorie die Funktion, immer wieder die verschiedenen Alltagsperspektiven in den Projektentwicklungsprozess einfließen zu lassen und auf diese Weise Synergien zu erzeugen, Ressourcen zu bündeln und das Ergebnis im Sinne der Bürger/innen zu optimieren. Beispielsweise hat im Rahmen des Vegesacker Zeitbüro-Projekts die so genannte „öffentliche Dienstleister-Runde“ (örtliche Behörden, Stadtbibliothek und Beratungsanbieter) durch einen derartigen Rückkoppelungs- und Austauschprozess die Einrichtung eines gemeinsamen „Bürgertags“ mit durchgehenden Öffnungszeiten auch an den lokalen Markttagen orientiert und die Information über diesen „Zeitkompromiss“ über den öffentlichen Personennahverkehr ermöglicht. Gleichzeitig unterfüttert diese Form der organisierten Rückkoppelung die Arbeit der Foren mit praktischen und konkreten Prozessen und Ergebnissen. Der Austausch ist auf alle Fälle in beide Richtungen zu gewährleisten.

Darüber hinaus hat es sich auch bewährt, wenn eine gewisse personelle Überschneidung in den Gremien auf den verschiedenen Ebenen besteht, um den Beratungs- und Diskussionsprozess zu unterstützen.

Bürgerbeteiligung

Die Integration der Nutzerperspektive raum-zeitlicher Dienstleistungsangebote mittels Bürgerbeteiligungsprozesse ist ein zentrales Element lokaler Zeitpolitik und wird zu Recht auch im vorliegenden Konzept prominent aufgegriffen. Die Einbindung der Bürger/innen hat grundsätzlich betrachtet die Funktion, die zeitlichen Problemlagen und Bedarfe aus Sicht der Bürger/innen zu erheben und diese in den Entscheidungs- und Gestaltungsprozess mit einzubeziehen. Dadurch wird die Akzeptanz der angestrebten neuen Zeitarrangements oder veränderten Dienstleistungsangebote erhöht. In diesem

Sinne steckt hier auch der zentrale innovative Kern von Zeitpolitik: Waren insbesondere örtliche Zeitstrukturen bislang eher Ausdruck der Interessen von Zeitanbietern, wertet lokale Zeitpolitik die Gestaltung von lokalen Zeitstrukturen zu einem Gegenstand demokratischen Nachdenkens und kollektiver Bearbeitung auf. Individuell erfahrene Zeitkonflikte im Alltag werden somit zum öffentlichen Gestaltungsgegenstand. Insofern ist örtliche Zeitpolitik auch als ein Demokratisierungsprojekt zu betrachten und zu vermitteln. Angemessene Formen der Partizipation der von Zeit- und Dienstleistungsangeboten „Betroffenen“ zu etablieren, ist daher unverzichtbarer Bestandteil örtlicher Zeitpolitik. Im Schwerpunkt sollten Bürgerbeteiligungsprozesse dabei meines Erachtens auch für die Etablierung lokaler Zeitpolitik in Wien auf der lokalen Ebene liegen. Gute Erfahrungen auf gesamtstädtischer Ebene wurden allerdings in München beispielsweise mit internetbasierten Verfahren der Bürgerbeteiligung gemacht im Zusammenhang mit der familienpolitischen Leitlinie für den Masterplan, die auch explizit zeitpolitische Komponenten enthält (s.u.).

Zu erwägen wäre auch, inwieweit neben der ansässigen Bevölkerung auch neue Nutzergruppen wie Pendler/innen oder Touristen Berücksichtigung finden sollten (vgl. HafenCity in Hamburg); es wird insgesamt von dem gewählten Leitbild und der Zielrichtung von Zeitpolitik in Wien abhängen, inwieweit ein solcher Zugang sinnvoll wird.

Interessant erscheint mir – wie im Konzept vorgeschlagen –, auch die zeitlichen Bedingungen bezogen beispielsweise auf die zeitliche Lage und den erforderlichen Zeitumfang von Partizipationsangeboten zum Gegenstand zu machen. Darüber können inhärente Selektionsmechanismen transparent gemacht und diesen entgegengewirkt werden. Ein derartiges Vorhaben wäre geeignet für ein Aktionsforschungsprojekt in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hochschulen/Forschungsinstituten. Durch ein solches zeitpolitisches Projekt könnten verfahrensbezogene Erkenntnisse gewonnen werden, die für die gesamte Kultur und Praxis von Bürgerbeteiligung in Wien gewinnbringend wären.

Forum für Zukunftsfragen, Zeitpolitik und Lebensqualität

Die im Konzept unter „konkrete Aktivitäten und mögliche Pilotprojekte“ auf Magistratsebene eingebrachte Idee eines Diskussionsforums für Zukunftsfragen, Zeitpolitik und Lebensqualität möchte ich vor dem Hintergrund der zeitpolitischen Erfahrungen in Bremen bestärken. Für den lokalen Prozess im Stadtteil Vegesack sowie für die Verankerung des zeitpolitischen Zugangs in der Stadtpolitik war das so genannte Bremer „Perspektivenlabor“¹⁷ – ein vom Bürgermeister eingerichtetes, stark akademisch geprägtes Beratungsgremium zu Fragen der Bremer Stadtentwicklung allgemein – eine wesentliche Inspirationsquelle und Unterstützungsstruktur. Hier handelte es sich um einen wenig formalisierten Kreis, eine Art Think Tank bestehend aus praxisorientierten

¹⁷ Ansprechbar für weitere Informationen zum Bremer „Perspektivenlabor“: Dr. Günther Warsewa, Institut für Arbeit und Wirtschaft in Bremen.

Hochschullehrer/innen, der Frauenbeauftragten und anderen Persönlichkeiten. Um der Diskussion von Fragen des zeitpolitischen Selbstverständnisses von Wien (verknüpft mit einem Leitbild), der thematischen Schwerpunktsetzung sowie innovativen Ideen ein Umfeld zu eröffnen, in dem die großen Linien ohne sofortigen Verwertungs- und Umsetzungsdruck gedacht und diskutiert werden können, ist eine derartige Struktur empfehlenswert. Gleichzeitig können das vor Ort verfügbare Know-how sowie mögliche Begleit- und Forschungskapazitäten der örtlichen Hochschullandschaft eingebunden werden.

Institutionalisierung: Die einzurichtende „Stelle“

Die Erfahrungen in zeitpolitischen Projekten in Deutschland, Italien und Frankreich zeigen, dass die Initiierung eines zeitpolitischen Prozesses die Bereitstellung vor allem personeller Kapazitäten für die Initiierung und Begleitung von Vernetzungsprozessen, die Erhebung von Problemlagen und Gestaltungsbedarfen, die Initiierung konkreter Projekte sowie die Moderation von Aushandlungsprozessen unterschiedlicher Zeitinteressen erforderlich macht. Es ist grundsätzlich möglich und auch an verschiedenen Orten praktiziert worden, diese Aufgaben an bereits vorhandene Institutionen – häufig beispielsweise die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten – zu übergeben. Für eine Profilierung dieses neuen Politikfeldes allerdings ist die Einrichtung einer spezifischen Agentur, Instanz, Stelle – was entlang der vor allem aus Italien kommenden Erfahrungen ein örtliches „Zeitbüro“ ist – zu empfehlen. Bei der personellen Besetzung ist auf alle Fälle darauf zu achten, dass ein breit gefächertes Kompetenzprofil gegeben ist (vgl. Heitkötter 2006: 194ff).

3. HANDLUNGSFELDER UND PROBLEMLAGEN

Die Machbarkeitsstudie für Wien hat aus den Experteninterviews sowie den Fokusgruppen zwei inhaltliche Handlungsfelder identifiziert („Arbeit und Wirtschaft“ und „Verwaltung, Bürgerkontakte, Partizipation“) sowie eine Bündel von Querschnittsfragen, die meiner Ansicht nach wichtige konzeptionelle Fragen des zeitpolitischen Zugangs berühren und weniger konkrete Handlungsfelder umreißen. Die beiden inhaltlichen Themen markieren wesentliche zeitpolitische Handlungsfelder für den weiteren Prozess in Wien. Aufgrund der Auswahl der Gesprächspartner, die hauptsächlich aus dem Verwaltungsbereich stammen, wäre es ratsam, die beiden Handlungsfelder als einen fundierten Startpunkt zu verwenden. Zugleich sollte der Prozess, weitere zeitliche Problembestände und damit Handlungsfelder zu identifizieren, offen gestaltet werden und die Rückmeldungen der gesamten Breite von Akteuren, die für ein behörden- und verwaltungsübergreifendes Vernetzungsgremium gewonnen werden können, mitberücksichtigen.

Arbeit und Wirtschaft

Die in diesem Handlungsfeld herausgearbeiteten vier zeitlichen Problemcluster „ständige Verfügbarkeit“, „Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie/Privatleben“, „Aus- und Weiterbildung/ lebenslanges Lernen“ sowie „alternsgerechtes Wohnen“ bieten gut vorstrukturierte Ansatzpunkte. Die zeitpolitischen Gestaltungsideen könnten sich noch direkter auf dieses Handlungsfeld beziehen und als Vorschläge für den weiteren zeitpolitischen Prozess noch markanter ausgearbeitet werden. Es erscheint mir grundsätzlich fruchtbar, den Suchfokus für konkrete Gestaltungsideen konsequenter an diesen Problemfeldern auszurichten. Wir wissen aus zeitpolitischen Realexperimenten, dass bei den lokalen Akteuren der Wunsch nach und der institutionelle Druck auf „konkrete Maßnahmen“ und „spürbare Erfolge“ sehr groß ist. Die Motivation einer längerfristigen Mitarbeit hängt stark davon ab, inwieweit es gelingt, praktische Gestaltungsvorhaben auf den Weg zu bringen.

Mögliche Ansatzpunkte konkreter Projektideen sehe ich beispielsweise in:

- „Eine Stadt baut Zeitbrücken“: Bestehende Zeitlücken zwischen Arbeitszeitanforderungen einerseits und zeitlichen Angeboten für Kinderbetreuung und Bildung andererseits – eine zentrale zeitliche Dimension des Vereinbarkeitsproblems – können Ausgangspunkte für konkrete zeitpolitische Gestaltungsprojekte sein: Auf- und Ausbau erweiterter und flexibler Betreuungsangebote, um auch Betreuungsbedarfe für die zunehmenden atypischen Arbeitszeiten (gerade in Teilzeit) abzudecken, Back-up-Systeme bzw. Betreuungsangebote für Notfälle, für Aus- und Weiterbildungsphasen sowie Randzeitenbetreuung etc. Es bietet sich hier an, familienpolitische Maßnahmen der Kommune konsequent mit der zeitpolitischen Perspektive zu verknüpfen.
- Grundsätzlich ist das Verständnis von „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ systematisch um einen dritten Pol zu erweitern, nämlich um den Aspekt des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements. Gesellschaftliche wie lokale Zeitarrangements sollten zukünftig auch diesen Sektor explizit berücksichtigen, der auch gerade für Städte und Gemeinden eine wertvolle Ressource sowie Quelle der Gemeinschaftsstiftung und Solidarität kennzeichnet.
- Bezogen auf die Wirtschaft könnte eine weitere Stoßrichtung sein, Verbundstrukturen für Unternehmen zu entwickeln, um familienfreundliche Maßnahmen in den Betrieben anzuregen bzw. die Einrichtung betriebsnaher Betreuungsangebote¹⁸ zu unterstützen, die Familien zeitlich entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familien erleichtern.
- Hinsichtlich des Problemclusters „ständige Verfügbarkeit“ bzw. „Entgrenzung der Erwerbsarbeit“ ist zu erwägen, zeit- und bildungspolitische Ansätze zu verknüpfen. Wir wissen, dass die zeitlichen Flexibilisierungs-, Beschleunigungs- und Entgrenzungsprozesse neue Anforderungen an die individuellen Zeitkompetenzen stellen.

¹⁸ In Bremen wurde ein derartiges Unternehmens-Netzwerk mit Hilfe des Audits „Beruf und Familie“ etabliert, siehe weiterführende Informationen zum Bremer Verbundprojekt „Beruf + Familie“ unter: <http://www.berufundfamilie-bremen.de>

Zeitpolitische Gestaltung setzt nicht nur an den Zeitstrukturen und den Alltagsbedingungen an, sondern hat auch die Möglichkeit, den individuellen Erwerb von Zeitkompetenzen durch Bildungsangebote zu fördern.

- Gestaltung der Ladenöffnungszeiten: Neben der Frage der Regulierung der Ladenöffnungszeiten am Abend und/oder an den Wochenenden bietet für die Nutzer/innen, den lokalen Einzelhandel sowie die Attraktivität lokaler Subzentren auch die zunehmende Uneinheitlichkeit und Intransparenz der Öffnungszeiten zeitpolitische Gestaltungsansätze.
- Innovativ und dem zeitpolitischen Selbstverständnis entsprechend wäre es, sich den Fragen der ständigen Verfügbarkeit, der Flexibilisierungsspirale, dem Verhältnis von Ent- und Beschleunigung (siehe Querschnittsthemen) über einen öffentlich geführten Diskurs beispielsweise in Form von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Zukunftswerkstätten oder anderen Beteiligungsformen anzunähern, an denen die regionalen Wirtschaftverbände, der Einzelhandel und die Kommunalverwaltung genauso beteiligt sind wie die Kirchen, die Arbeitnehmervertretungen sowie letztlich die Bürger und Bürgerinnen. Erkenntnisleitend wären Fragen wie beispielsweise: „Wie soll unsere Stadt zeitlich verfasst sein?“, „Wie wollen wir, dass die Uhren in Wien ticken?“ Nationale und internationale Verflechtungen sind dabei selbstverständlich zu berücksichtigen.

Verwaltung, Bürger/innenkontakt, Partizipation

Die Weiterentwicklung von e-government-Ansätzen ist sicher auch unter zeitpolitischer Perspektive im Sinne zeitlicher Entlastung sowohl von Bürger/innen wie auch von Verwaltungsmitarbeiter/innen von Relevanz. Erwägenswert scheint mir auch – wenn nicht bereits vorhanden –, existierende Stadtinformationssysteme gezielt um die zeitliche Perspektive zu erweitern, insbesondere als Suchkategorie. Damit wird es beispielsweise möglich, internetbasiert zu recherchieren, welche Kindertageseinrichtungen in einem bestimmten Bezirk einen Frühdienst, eine Mittagsbetreuung oder Betreuung in den frühen Abendstunden anbieten, oder welche Ärzte bzw. Handwerker auch am Samstag oder in den Abendstunden erreichbar sind.

Bei den Themen „Kontakt zwischen Bürger/innen und Verwaltung“ sowie „Vergaberecht“ scheinen mir bislang die Verwaltungsbinnenperspektive noch sehr prägend bzw. technikbezogene Lösungsansätze vorherrschend zu sein. Ergänzend zu den Befunden der Machbarkeitsstudie wäre ein nächster Schritt, exemplarisch auf der Ebene eines Bezirks auch die Perspektive der Bürger/innen unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Alltagsanforderungen (und nicht nur als „Kunden/innen von Verwaltungsdienstleistungen“) einzubeziehen. Im weiteren ginge es dann darum, auch die legitimen Zeitinteressen der Verwaltungsmitarbeiter/innen bezogen auf Arbeitsabläufe, aber auch auf ihr Privatleben zu erheben und einen fairen Aushandlungsprozess anzustoßen, der zeitpolitisch moderiert wird. Zeitpolitik zielt darauf ab, faire Zeitkompromisse zwischen Zeitanbietern und Zeitanfragern hervorzubringen und einseitige Zeitfestlegungen dadurch zu ersetzen. Dieses Grundverständnis zeitpolitischen Handelns ist auch für die

Etablierung des Ansatzes in Wien explizit hervorzuheben, um mögliche Befürchtungen, den „grenzenlosen Bürgerwünschen“ ausgeliefert zu sein, entgegenzuwirken.

Der Aspekt der Koordination, Vereinheitlichung und Transparenz der Verwaltungsöffnungszeiten unterschiedlicher Behörden ist zumindest in Deutschland ein großes Thema, das teilweise durch Bürgerbüros oder Ähnliches, die verschiedene Dienstleistungen räumlich bündeln, teilweise entschärft, aber nicht gänzlich aufgehoben ist.

Querschnittsfragen

Wie bereits angedeutet sind die Punkte „Alltagszeiten – Lebensverlaufsperspektive“¹⁹, „erforderliche Zielgruppenorientierung“ sowie das „zeitpolitische Leitbild der Lebensqualität“ meiner Einschätzung nach wesentlich. Sie sollten den konzeptionellen Rahmen der Machbarkeitsstudie expliziter prägen:

- Der für Wien vorgeschlagene Ansatz hat beide Zeitachsen (Alltagszeiten und biografische Perspektive) im Blick – auch wenn die synchrone Perspektive für die kommunale Zeitpolitik sicher im Vordergrund stehen wird – und schlägt vor, beide mit konkreten Gestaltungsprojekten zu hinterlegen.
- Unter dem Aspekt der Zielgruppenorientierung von Zeitpolitik können grundsätzlich unterschiedliche Differenzierungen gemacht werden: Geschlecht, soziale Schicht, Herkunft, Lebensform, Alter etc. Eine wesentliche Unterscheidung ist in diesem Zusammenhang auch die Frage der Integration in den Erwerbsprozess oder nicht. Derzeit sind unter zeitpolitischen Gesichtspunkten stark die Bevölkerungsgruppen im Fokus, die unter Zeitdruck stehen und Vereinbarkeitsanforderungen zu meistern haben. Die Personen mit einem Zuviel an häufig entwerteter Zeit (wie (Langzeit-) Arbeitslose oder teilweise auch ältere, isoliert lebende Menschen) sind bislang in der zeitpolitischen Diskussion und Gestaltungspraxis eher randständig.
- Die Verbesserung der zeitlichen Lebensqualität für die Bürger/innen sollte als explizite Zielorientierung zeitpolitischer Aktivitäten für Wien einen deutlich prominenteren Platz bei der Konzipierung einnehmen. Möglicherweise ist auch das Konzept des „Zeitwohlstands“ (vgl. Rinderspacher 2002; Heitkötter 2006 und 2009), den es zu schaffen, zu mehren oder zu erhalten gilt, ein noch geeigneteres, weil auch begrifflich ein neuer Bezugspunkt. Erfahrungsgemäß fühlen sich bei zeitlicher Lebensqualität/Zeitwohlstand viele Menschen intuitiv von Zeitpolitik am ehesten angesprochen. Darin drückt sich ein tiefes Unbehagen gegenüber der gegenwärtigen zeitlichen Verfasstheit der Gesellschaft ebenso aus wie eine Ahnung von und Sehnsucht nach Veränderungsmöglichkeiten. Hier bietet sich auch an, eine Querverbindung zu der Leitbilddiskussion bzw. der Erarbeitung einer kommunalpolitischen Leitlinie zu ziehen.

¹⁹ Siehe hierzu auch den Siebten Familienbericht der Bundesregierung Deutschlands, der diese Unterscheidung ausbuchstabiert: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/siebter-familienbericht.property=pdf.bereich=.rwb=true.pdf>

4. KONKRETE AKTIVITÄTEN UND MÖGLICHE PILOTPROJEKTE

Wie bei den Handlungsfeldern sollten auch identifizierte Projektideen meines Erachtens als mögliche Ausgangspunkte einer für Wien zu initiierenden Zeitpolitik dargestellt werden. Wichtig ist dabei der Hinweis, dass diese Ideen im Rahmen der vorgeschlagenen Organisationsformen (Zukunftsforum/Perspektivenlabor, Vernetzungsstrukturen auf Magistrats- und Bezirksebene) zu gewichten, anzureichern, zu präzisieren oder zu modifizieren sein werden. Es ist ausgesprochen hilfreich, die im Konzept formulierten Aktivitäten und Projektideen als Diskussionsgrundlage einzubringen, der weitere Entwicklungsprozess sollte jedoch offen gestaltet sein und Mitwirkungsmöglichkeiten für die neu Beteiligten eröffnen (siehe oben). Es wird auch darum gehen, einerseits die Palette der Möglichkeiten zeitpolitischer Gestaltungsprojekte darzustellen und andererseits zu verhindern, dass der Eindruck eines „Sammelsuriums“ entsteht. Umso wichtiger sind die konzeptionellen „Streben“ und Orientierungslinien. Es wäre zu erwägen, die Projektideen möglicherweise nicht bezogen auf die beiden Organisationsebenen darzustellen, sondern bezogen auf die Handlungsfelder und entlang der konzeptionellen Linien.

Auf der Ebene der Wiener Stadtpolitik

- **Leitlinie/Leitbild:** Darin sehe ich einen wichtigen und geeigneten Ansatzpunkt, um einen verbindlichen Rahmen für konkrete Projekte zu schaffen. Die Erarbeitung dieser Leitlinien wird auch wertvolle Sensibilisierungseffekte mit sich bringen. In München wurde vor zwei Jahren die Leitlinie „Kinder- und Familienpolitik“ vom örtlichen Stadtjugendamt erarbeitet und eingebettet in einen mehrstufigen Beteiligungsprozess (relevante Institutionen wie Träger, Verbände, Einrichtungen etc. sowie mit Bürger/innen) öffentlich diskutiert, bevor sie vom Stadtrat verabschiedet wurde.²⁰ Diese Leitlinie nimmt explizit auf Zeitpolitik Bezug und formuliert zeitorientierte Aufgaben und Qualitätskriterien der Leitlinien.
- **Erhebung zeitlicher Problemlagen:** Die systematische Erhebung sowie Visualisierung zeitlicher Problemlagen (beispielsweise mit Hilfe von zeitkartografischen Darstellungen der „Chronomaps“²¹) ist eine wesentliche Grundlage für weitere zeitpolitische Aktivitäten. Es ist sinnvoll, dies schwerpunktmäßig auf die lokale Ebene zu verlagern und für ausgewählte Stadtteile oder Bezirke zu konkretisieren. Es ist zu empfehlen, die systematische Erhebung und Bestandsaufnahme zumindest exemplarisch zu verbinden mit daraus resultierenden praktischen Gestaltungsprojekten, damit

²⁰ Siehe unter: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/85_soz/00_aktuell/familie/dat/leitlinie_familie_langfassung.pdf

Kurzfassung unter: http://familie.portal.muenchen.de/site/downloads/_2_leitliniefamilie_kurzfassung.pdf

²¹ Vgl. dazu: Pohl, Thomas (2008): Chronomaps als Repräsentations- und Kommunikationsmittel der raum-zeitlichen Strukturierung; in: Läßle, Dieter/Oßenbrügge, Jürgen/Mückenberger, Ulrich (Hg.): Neue Muster in Zeit und Raum, Opladen

Zeitpolitik nicht zu einem „Papiertiger“ bzw. einem rein analytischen Zugang wird, sondern spürbare Veränderungen hervorbringt.

- **Sensibilisierung:** Öffentliche Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die Veränderungen der gesellschaftlichen Zeitregime, für die daraus resultierenden individuellen Zeitprobleme, für die Gestaltbarkeit von Zeitstrukturen als öffentliche Aufgabe sowie für die Zieldimension Lebensqualität/Zeitwohlstand zu erzeugen, ist ein wesentlicher Bestandteil zeitpolitischer Aktivität. Zeitpolitische Praxiserfahrungen haben gezeigt, dass „lokale Zeitkonflikte“ nicht per se gegeben, sondern das Produkt öffentlicher Kommunikation und dabei erfolgreicher spezifischer Deutungsleistungen sind, die den Zeitgehalt einer sozialen Problemlage in den Vordergrund stellt (Heitkötter 2006:296ff.). Eine derartige Sensibilisierung kann konkret erfolgen durch Ausstellungen, Vortragsreihen, künstlerisch-kreative Zugänge, Wettbewerbe an Schulen sowie durch die genannten Foren.
- **Zeitfolgenabschätzung:** Die Entwicklung und Umsetzung eines Verfahrens zur Abschätzung der (häufig nicht intendierten) zeitlichen Konsequenzen beispielsweise von Stadtentwicklungsprojekten (Erschließung von Neubaugebieten, Ausweisung von Gewerbegebieten, Planung von Einkaufs- und Dienstleistungszentren etc.) ist unter dem Stichwort „Zeitverträglichkeitsprüfung“ ein in der zeitpolitischen Diskussion häufiger angedachter Ansatz. Eine Konkretisierung und Ausgestaltung eines derartigen Verfahrens sowie dessen verbindliche Implementierung in die städtebaulichen Regelungs- und Genehmigungsvorgänge hätte großes Innovationspotenzial. Allerdings wären dazu m.E. Kooperationspartner aus der Wissenschaft erforderlich, um die notwendigen Entwicklungsarbeiten zu unterstützen.

Auf dezentraler Ebene

- Einrichtung eines zeitpolitischen Bezirksforums: siehe oben.
- **Transparenz von Öffnungszeiten:** Häufig ist die Unkenntnis bestehender Zeitstrukturen bzw. der Aufwand, diese in Erfahrung zu bringen, ein Grund für erlebten Zeitstress. Mehr Transparenz herzustellen, möglicherweise in Zusammenhang mit internetbasierten Ansätzen/Stadtinfosystem, gehört zu den klassischen Ansätzen der Zeitpolitik und kann gut kombiniert werden mit systematischen Erhebungen. Eine große Herausforderung dabei ist die Pflege und Aktualisierung solcher Systeme (am besten anbieterbasiert), da sie nur nützlich sind und Akzeptanz finden, wenn sie verlässliche Informationen liefern. Bei zu unübersichtlichen, heterogenen Zeitstrukturen, beispielsweise bei unterschiedlichen Behörden, ist zu erwägen, dies mit einem Projekt zu kombinieren, das auch die Koordination dieser Zeiten zum Ziel hat.
- **„Was bedeutet Zeit im Tagesablauf einer Wienerin“:** Diese Projektidee ist gut mit der systematischen Erhebung sowie der Sensibilisierung (im Rahmen einer Ausstellung) zu verknüpfen. Durch eine Individualisierung bzw. Personalisierung können zeitliche wie räumliche Beschränkungen und Freiräume des Alltags gut veranschaulicht werden. Dazu sollten die Ansätze und Instrumente der Zeitgeografie, insbe-

sondere die „Raum-Zeit-Pfade“ genutzt werden.²² Allerdings sollten hier unterschiedliche Lebensentwürfe und Sozialkriterien berücksichtigt werden, denn gerade die Differenz in den Tagesabläufen ist aussagekräftig.

- **Beschleunigung von Sitzungen:** Die aufgeworfene Grundfrage, welche Bedeutung der Zeitfaktor für die Lösung und insbesondere die Qualität von Lösungen hat, ist ausgesprochen interessant und theoretisch auch bereits reflektiert (Niklas Luhmann geht von einer latenten Interdependenz zwischen Zeitordnung, Sachordnung und Sozialordnung aus; beispielsweise läuft eine unter Zeitdruck gefällte Entscheidung Gefahr, sachlich-inhaltliche Schwächen zu erzeugen). Als zeitpolitisches Projekt wäre gut darauf zu achten, aus den Erkenntnissen und Befunden einer derartigen Befragung auch konkrete, praxisrelevante Konsequenzen abzuleiten, die im Alltag spürbare Effekte mit sich bringen.
- **Zeit und Partizipation:** Dies ist m.E., wie an anderer Stelle des Gutachtens bereits ausgeführt, ein guter Ansatz.

5. ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Anknüpfend an das relativ hohe Niveau von Lebensqualität in Wien kann die Öffnung für die zeitpolitische Perspektive eine Chance bieten, auch die zeitliche Dimension von Lebensqualität im Alltag und im Lebensverlauf explizit mit in den Blick zu nehmen.

Die vorliegende Machbarkeitsstudie gibt dazu weiterführende Anregungen. Häufig braucht es eine Weile, bis die Zeit vor Ort tatsächlich reif ist, dass sich eine Kommune zeitpolitisch auf den Weg macht. Eine systematische Erhebung zeitlicher Problemlagen verbunden mit exemplarischen Konkretionen einzelner Gestaltungsprojekte sowie Maßnahmen zur Vorbereitung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit können erste Schritte sein. Ich wünsche allen Beteiligten viel Erfolg, Ausdauer und Inspiration auf diesem Weg.

²² Vgl. die klassischen Arbeiten von Hägerstrand (Lundt-Schule) sowie Parkes/Thrift; aktuell siehe auch Pohl: <http://www.uni-hamburg.de/geographie/personal/Mitarbeiter/pohl/>

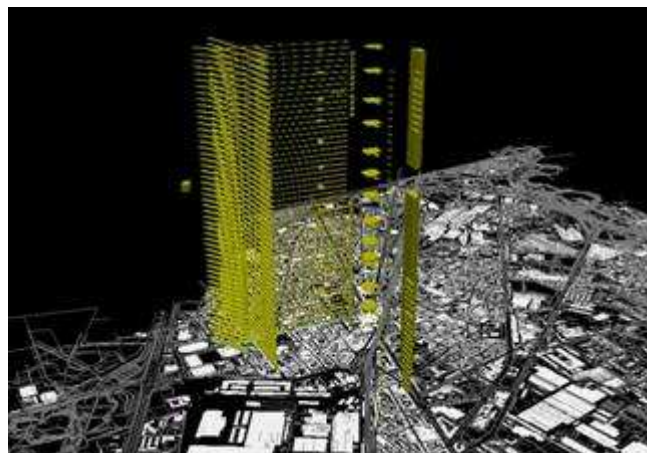
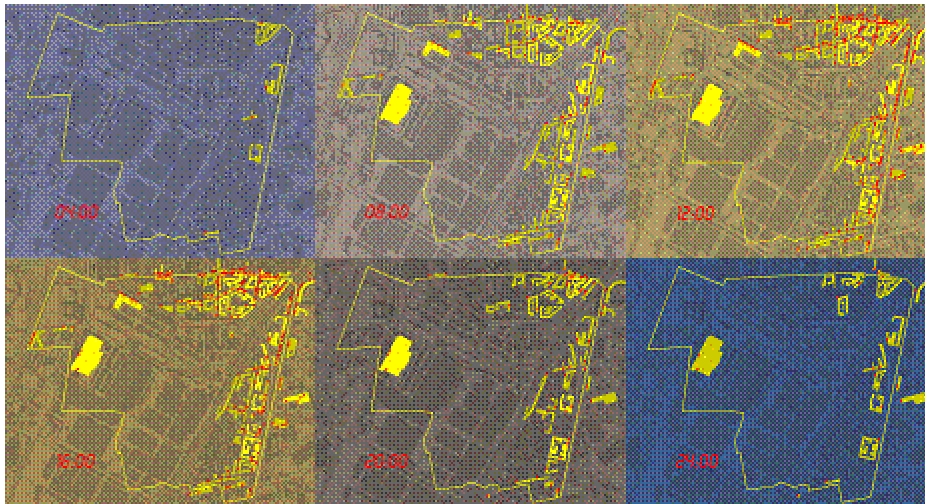
6. VERWENDETE LITERATUR

- Heitkötter, M. (2007): Aktuelle Ansätze lokaler Zeitpolitik. In: Zeitpolitisches Magazin, Heft 10, S. 1-3
- Heitkötter, M. (2006): Sind Zeitkonflikte des Alltags gestaltbar? Prozesse und Gegenstände lokaler Zeitpolitik am Beispiel des ZeitBüro-Ansatzes. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang.
- Heitkötter, M. (2009): Der „temporal turn“ in der Familienpolitik – zeitpolitische Gestaltungsansätze vor Ort für mehr Zeitwohlstand in Familien, In: Heitkötter, M./ Jurczyk, K./ Lange, A./ Meier-Gräwe, U. (2009): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. (im Erscheinen)
- Mückenberger, U. (2004): Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitik, lokale Effekte, soziale Regulation. Berlin: edition sigma.
- Rinderspacher, J.P. (Hg.) (2002): Zeitwohlstand. Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation. Berlin: edition sigma.

ANHANG 2: BEISPIELE FÜR CHRONOMAPS

Component n. 1 - ChronoGIS

ArcView GIS extension for dynamic mapping of time-related data. Especially conceived for production of On/Off maps, can show also "timeline" data (sampled time data). Additional features include background map animated rendering and interval analysis of opening hours. Works on day/week time basis. Proposed use is for stakeholder animation and time-space design in the context of participated workshops.



Component n. 2 – UTBM TOOL

GIS interface to spatio-temporal databases for space-time analyses. Components allow to:

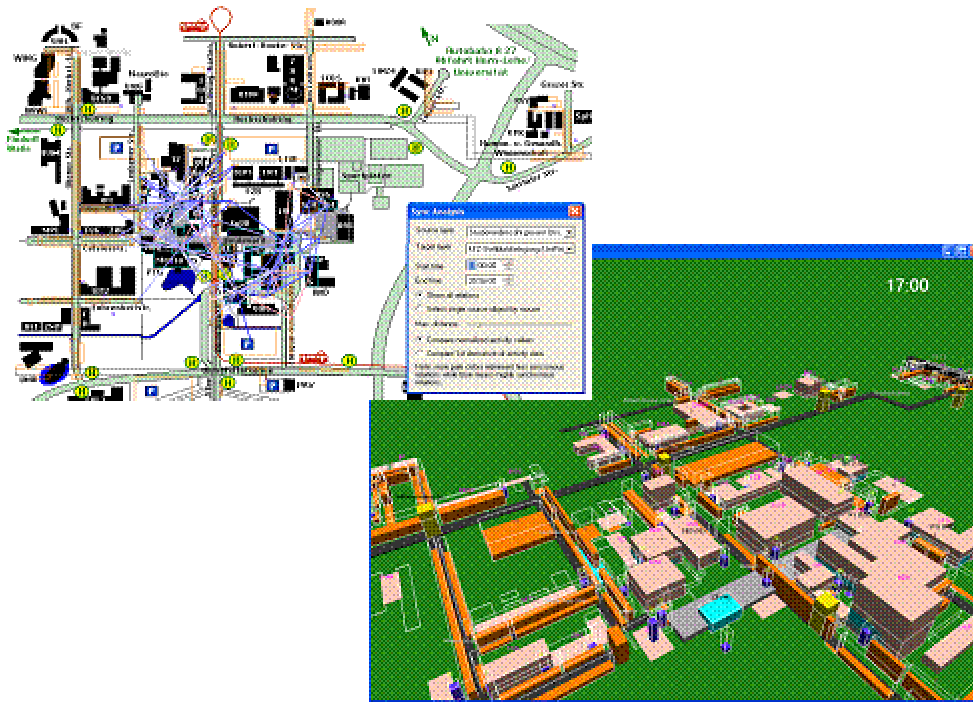
- Create thematic layers and configure a set of animations.
- Pick layers, the animation pulse, the step and days to animate.
- Add constraints on animation.
- Query data layer.
- Test constraints.
- Add global indicators for a better understanding of phenomena (2 indicators).
- Allow users to analyze dispersion.



Component n. 3 - SynOptX MS

SynOptX MS is a Windows® application for rapid creation of geographic vector data features from digital (or scanned) maps that can be assigned timeline data in a day-scale. The created model can be animated in 3D, showing different types of time phenomena in spatial relation to each other, which allows the user to correlate times in a synoptic view. In the z-axis the feature heights represent optionally the maximum or average activity value. Model may also be applied to synchronicity analysis of events.

The component is meant to be used in participated time-policy design processes even in low IT environments (when no professional digital geographic data and GIS instruments are available).



Component n. 4 - SoPuS_GIS

SoPuS_GIS is an application for creating view diagrams based on digital, local light model. Its features and intended use are based on assumptions that relate urban safety to the use and visibility of public spaces.

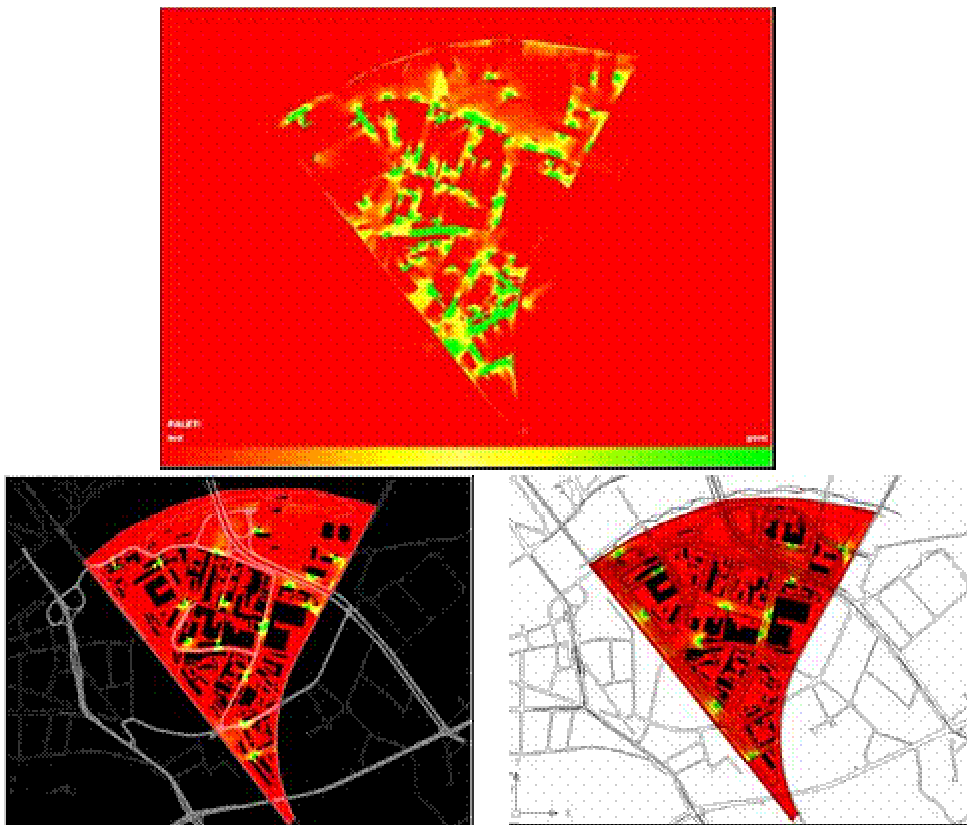
SoPuS_GIS produces 24 hrs cycle chromomaps of all time-point diagrams:

- All-day animation of visibility diagrams
- 15 minutes recurrent frames for single activity animation
- static day and night chromomaps
- arithmetic average chromomaps
- monochromatic images for analysis purposes

Enabled applications:

- visualization of the space explored by users (according to the assumption - safe),
- visualization of activity level, with regard to the public space,
- extension of the activity in space and time notation,
- comparisons between different space solutions, from the point of view of public space safety and vitality,
- activities management (as for example workday lengthening or changes in structure by introducing night-time activities, different types of activities mixing),
- analysis of long-lasting revitalization processes.

Follows a list of other deliverables related to the TOOL.



Quelle: www.sure-project.com/tool.html